



INTERNATIONALES LEBEN

Probleme der Aussenpolitik, der Diplomatie und der nationalen Sicherheit



320 Jahre Große Botschaft Peters I

Werbung

WOHNUNGEN UND OFFICEN IN PACTH IN VERSCHIEDENEN BEZIRKEN MOSKAUS



GASTFREUNDLICHKEIT IST UNSER BERUF

arenda.updk.ru

495 770 3535



GlawUpDK
bei MID Russlands



RAT DER ZEITSCHRIFT:

Sergej Lawrow

Minister für Auswärtige Angelegenheiten Russlands

Alexander AWDEJEW	<i>Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter Russlands in Vatikan</i>
Sergej WJAZALOW	<i>Generaldirektor des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten Russlands</i>
Andrej DENISOW	<i>Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter Russlands in der Volksrepublik China, Kandidat der Wirtschaftswissenschaften</i>
Alexander DZASOCHOW	<i>Doktor der Rechts- und Staatswissenschaften (Dr.rer.pol.habil.)</i>
Igor IWANOW	<i>Präsident des Russischen Rates für internationale Angelegenheiten, Korrespondierendes Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, Doktor der Geschichtswissenschaften</i>
Konstantin KOSATSCHJOW	<i>Vorsitzender des Komitees des Föderationsrates für internationale Angelegenheiten, Kandidat der Rechtswissenschaften</i>
Wladimir LUKIN	<i>Mitglied des Föderationsrates der Föderationsversammlung Russlands, Doktor der Geschichtswissenschaften, Professor</i>
Michail MARGELow	<i>Vizepräsident der offenen Aktiengesellschaft «AK Transneft»</i>
Alexej MESCHKOW	<i>Außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter der Russischen Föderation in der Französischen Republik und im Fürstentum Monaco</i>
Alexander PANOW	<i>Doktor der Rechts- und Staatswissenschaften (Dr.rer.pol.habil.)</i>
Georgij PETROW	<i>Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Russlands</i>
Alexej PUSCHKOW	<i>Kandidat der Geschichtswissenschaften</i>
Sergej RJABKOW	<i>Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten Russlands</i>
Michail SESLAWINSKI	<i>Leiter der Föderalen Agentur für Presse und Massenkommunikation</i>
Wladimir TITOW	<i>Erster Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten Russlands</i>
Anatolij TORKUNOW	<i>Rektor des Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten Russlands, Akademiemitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, Doktor der politischen Wissenschaften</i>
Alexej FEDOTOW	<i>Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter Russlands in der Slowakei, Kandidat der Rechtswissenschaften</i>
Wladimir TSCHIZHOW	<i>Ständiger Vertreter Russlands bei der EU</i>
Jurij SCHAFRANIK	<i>Vorstandsvorsitzender der Internationalen Erdölgesellschaft "SojasNefteGas", Präsident des Fonds «Weltpolitik und Ressourcen»</i>
Alexander JAKOWENKO	<i>Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter Russlands in Großbritannien, Doktor der Rechtswissenschaften, Professor</i>

Chefredakteur **Armen OGANESJAN**

INHALTVERZEICHNIS

DIPLOMATIE

- 3 **Sergej Lawrow**, *Minister für auswärtige Angelegenheiten Russlands*. Zum 25. Jahrestag der Herstellung der diplomatischen Beziehungen mit Ländern Zentralasiens
- 15 **Sergej Rjabkow**, *Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten Russlands*. Im Laufe der Jahre wollen die USA immer weniger nach Kompromissen suchen

POLITIK

- 37 **Victor Vassiliev**. Quo vadis Deutschland?
- 67 **Gleb Iwaschenzow**. Krise um Korea: gibt es einen Ausweg?

TRENDS

- 91 **Jurij Petrow**. Geschichte Unseres Landes ist Unzerreissbar
- 107 **Andrey Yaschlawsky**. Europäische Muslime: keine leichten Identitätsfragen

KOMMUNIKATION

- 131 **Gabor Stier**. Jenseits von Wahrheit



**ZUM 25.
JAHRESTAG DER
HERSTELLUNG
DER
DIPLOMATISCHEN
BEZIEHUNGEN
MIT LÄNDERN
ZENTRALASIENS**

**SERGEJ
LAWROW**

Minister für auswärtige
Angelegenheiten
Russlands

„Internationales Leben“: Im Jahre 2017 jährt sich zum 25. Mal die Herstellung der diplomatischen Beziehungen mit Ländern Zentralasiens (ZA). Wie sind die wichtigsten Meilensteine des Werdens der gegenseitigen Beziehungen Russlands zu unabhängigen Staaten der Region?



Sergej Lawrow: Die zentralasiatischen Länder sind im verflossenen Vierteljahrhundert zu gleichberechtigten Teilnehmern des internationalen Lebens geworden. Russland hat zu Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenien und Usbekistan Alliierten- oder strategische Partnerbeziehungen aufgestellt. Heutzutage verfügen wir über eine beträchtliche Rechtsbasis, und zwar über mehr als 900 bilaterale Verträge und Regierungsabkommen. Die Rolle des regelmäßigen vertraulichen Dialogs auf höchster Ebene ist bei gemeinsamen Bemühungen schwer zu überschätzen.

Wir stellen mit Vergnügen fest, dass die Herangehensweisen unserer Länder an die Hauptprobleme der regionalen und globalen Tagesordnung entweder zusammenfallen oder einander sehr nah sind. So sieht zum Beispiel der Vertrag über die Gutnachbarschaft und Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert zwischen der Russischen Föderation und der Republik Kasachstan vom 11. November 2013 die Durchsetzung einer miteinander abgestimmten Außenpolitik vor. Eine besondere Bedeutung messen wir dem Zusammenwirken bei der Festigung der Sicherheit und der Verteidigungsfähigkeit der zentralasiatischen Länder bei, unter anderem auf dem Wege der Kaderausbildung für staatliche Gewaltorgane.

Zwischen Russland und zentralasiatischen Ländern sind tief strukturierte wirtschaftliche und handelspolitische Beziehungen geknüpft. Nach Ergebnissen des Jahres 2016 betrug ihr Gesamtvolumen über 18,5 Milliarden US-Dollar. Das liegt unter den vorjährigen Werten, was mit der Wechselkursvolatilität verbunden ist, aber in materiellem Ausdruck bleibt nach wie vor eine positive Dynamik erhalten. In der Region funktionieren produktiv mehr als 7500 russische sowie Gemeinschaftsunternehmen. Wir schätzen das erreichte Niveau der zwischenregionalen Zusammenarbeit positiv ein.

Humanitärer Austausch schreitet auch kontinuierlich fort. Über 150 000 Bürger zentralasiatischer Staaten studieren an



Hochschulen in Russland, dabei wird für 46 000 von ihnen das Studium aus dem föderalen Haushalt finanziert.

Wir sehen die Zukunft unserer Beziehungen optimistisch. Wir rechnen damit, dass zu ihrer weiteren Vertiefung die Ergebnisse der Besuche des Präsidenten Russlands W. W. Putin in Kasachstan, Tadschikistan und Kirgisien beitragen sollen, die auf Ende Februar des laufenden Jahres angesetzt und zeitlich mit der Begehung des 25. Jahrestages der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen abgestimmt sind.

„Internationales Leben“: Im Westen behauptet man nach wie vor, dass Russland nicht mit Versuchen aufhört, die UdSSR wenn nicht neu aufzubauen, so doch die ehemaligen Sowjetrepubliken, die Länder des Zentralasiens miteingeschlossen, zu unterwerfen. Könnten Sie diese Äußerungen aus dem Blickwinkel der wirklichen Rolle Russlands beim Werdegang der unabhängigen Staaten Zentralasiens kommentieren?

Sergej Lawrow: Die Bestätigungen über neoimperiale Ansprüche, desto mehr Pläne zur Wiederherstellung der UdSSR gehören vollkommen zum Phantastik-Genre und sind es nicht wert, im Ernst besprochen zu werden. In Russland betrachtete man immer die von den Völkern der ehemaligen Sowjetrepubliken getroffene Wahl zugunsten der Unabhängigkeit und eines selbstständigen Entwicklungsweges achtungsvoll. Die Zusammenarbeit mit ihnen bauen wir in verschiedenen Formaten, ausschließlich aber aufgrund der Prinzipien der Gleichberechtigung und der Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen auf.

Das betrifft voll und ganz die zentralasiatischen Staaten. Wir wirken heute erfolgreich zusammen, sowohl auf der bilateralen Grundlage, als auch im Rahmen der Integrationsvereinigungen, die GUS, OVKS, EAWU, SOZ miteingeschlossen.



„Internationales Leben“: Es wurden einige Artikel veröffentlicht, in denen man über eine beträchtliche Hilfe Russlands für zentralasiatische Länder berichtete. Worin besteht unser Beitrag zur Entwicklung der Staaten dieser Region, darunter durch UNO-Strukturen?

Sergej Lawrow: In beinahe 10 Jahren hat Russland den Staaten Zentralasiens eine Hilfe in Höhe von 6,7 Milliarden US-Dollar erwiesen. Unentgeltliche finanzielle Hilfe auf bilateraler Grundlage betrug über 4 Milliarden US-Dollar, dabei liefen über 592,3 Millionen US-Dollar durch EAWU-Strukturen (aus dem Beitrag Russlands zum Eurasischen Fonds für Stabilisierung und Entwicklung) ein.

Am Ende des vorigen Jahres befanden sich auf dem Territorium Russlands ungefähr 3,8 Millionen Bürger zentralasiatischer Staaten, überwiegend um hier zu arbeiten. Sie unterstützen nicht nur ihre Familien, indem sie beträchtliche Geldsummen in ihre Heimat überweisen, sondern leisten auch einen Beitrag zur Entwicklung der russischen Wirtschaft.

In den zurückliegenden zwei Jahren sind markante Veraenderungen in Bezug auf Volumen der russischen Unterstützung der internationalen Entwicklung durch UNO-Strukturen im GUS-Raum, vor allem in Zentralasien, geschehen. Es wurden Beschlüsse über die Finanzierung von mehr als 10 großen Projekten gefällt. Im Zentrum unserer Aufmerksamkeit stehen die Reduzierung von Elend und Armut, solche Bereiche wie Gesundheitsschutz (Reduzierung von Kinder- und Müttersterblichkeit, Bekämpfung von Krankheiten), Bildungswesen, der Umweltschutz, die Lebensmittelsicherheit (Programm „Lebensmittel für Arbeit“, Organisierung der Schülerspeisung für mehr als 484 000 Schulkinder in Tadschikistan und Kirgisien). Eine große Bedeutung messen wir der Schaffung und Modernisierung der Infrastruktur bei



sowie der Stärkung des nationalen Potentials im Bereich der Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität, der Vervollkommnung des Systems der Staatsverwaltung.

Russland bleibt ein wichtiger Teilnehmer der internationalen Aktivitäten zur humanitären Hilfe für die notleidenden Staaten Zentralasiens. Unser Land hat in den Jahren 2013-2016 an den Fonds von UN World Food Programme 65 Millionen US-Dollar für Tadschikistan und Kirgisien gezahlt.

„Internationales Leben“: Wie sind die Rolle und der Platz der Länder Zentralasiens bei der Entwicklung und Festigung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit im GUS-Format auf der gegenwärtigen Etappe?

Sergej Lawrow: Wir wissen den Betrag der zentralasiatischen Länder zur Erhöhung der Effektivität der Arbeit der Gemeinschaft zu schätzen. Die Länder der Region haben das Amt des Vorsitzenden in der GUS erfolgreich ausgeübt (Tadschikistan im Jahre 2011, Turkmenistan 2012, Kasachstan 2015, Kirgisien 2016) und dadurch zur Erweiterung des Zusammenwirkens beigetragen.

Mit Genugtuung stellen wir fest, dass die Länder Zentralasiens in der Frage über die Notwendigkeit der Erhaltung der GUS als eine angesehene internationale Organisation einig sind. So tritt beispielsweise Kasachstan oft als Urheber gemeinsamer Projekte auf und arbeitet aktiv an ihrer Umsetzung. Unter Vorsitz Kirgisiens wurde im Jahre 2016 eine Reihe von wichtigen Entscheidungen gefällt, die auf die Vervollkommnung der Tätigkeit der Gemeinschaft gerichtet sind. Tadschikistan nimmt an der Umsetzung der Initiativen zur Unterstützung der Stabilität und Bekämpfung der Terrorgefahr in der Region teil. Usbekistan und Turkmenistan legen auch ihr Interesse an der kontinuierlichen Entwicklung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit in diesem Format an den Tag.



Im laufenden Jahr erfüllt Russland ihre Aufgaben als GUS-Vorsitzland. Wir lehnen uns auf die Unterstützung von unseren Kovorsitzenden auf, und zwar von Kirgisien und Tadschikistan, darunter bei der Umsetzung der Projekte, die auf die Erhöhung der Effektivität der Funktionierung der Organisation, auf die Festigung ihres Ansehens auf der internationalen Arena abzielen.

„Internationales Leben“: Welche Bedeutung hat die EAWU für die Region Zentralasien?

Sergej Lawrow: Ich möchte daran erinnern, dass der Urheber der Idee der eurasischen Integration der Präsident Kasachstans N. A. Nasarbajew ist, der sie bereits im Jahre 1994 zum Ausdruck gebracht hat. Und Kasachstan und Kirgisien sind vollberechtigte Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Die Vorteile, die die Mitgliedschaft an der EAWU mit sich bringt (und das sind mehr als 182 Millionen Verbraucher und kumulatives Bruttoinlandsprodukt von über 2,2 Billionen US-Dollar), liegen auf der Hand. Schon heute funktioniert die Union weitgehend nach einheitlichen Regeln und Standardnormen. Es wurden gemeinsame Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Arbeitskraftmärkte geschaffen. Die EAWU leistet einen gewichtigen Betrag zur Gewährleistung der regionalen Stabilität bei und wird zu einem wirtschaftlichen Anziehungszentrum.

Wir betrachten die Union als eines der Schlüsselbestandteile bei der Umsetzung der Initiative vom Präsidenten Russlands W. W. Putin zur Gestaltung in Eurasien eines vielschichtigen Integrationsmodells zwecks Gewährleistung einer beständigen Entwicklung des ganzen Kontinents, Zentralasien natürlich miteingeschlossen. In der jüngsten Zeit wurden in diese Richtung bedeutende Erfolge erzielt. Das Freihandelsabkommen zwischen der EAWU und Vietnam ist in Kraft getreten. Die Verhandlungen über den Abschluss des Abkommens über die wirtschaftliche



und handelspolitische Zusammenarbeit zwischen der EAWU und der Volksrepublik China kommen in Schwung. Es werden weitere Schritte vorgenommen, um die Errichtung der EAWU und des „Wirtschaftsgürtels entlang der Seidenstrasse“ miteinander zu verknüpfen. Die Idee des russischen Präsidenten unterstützen aktiv Mitglieder des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN).

„Internationales Leben“: Die Steigerung der terroristischen Aktivität im Nahen Osten und in Afghanistan beeinträchtigt die Lage im Zentralasien aus dem Blickwinkel der Risiken für die Sicherheit. Wie hoch ist das Niveau unserer Zusammenarbeit mit den Ländern dieser Region bei der Abwehr solcher Gefahren? Wie sehen die Möglichkeiten der weiteren Erhöhung der Effektivität des Zusammenwirkens in diesem Bereich aus?

Sergej Lawrow: Die Hauptgefahr für die Sicherheit in Zentralasien kommt vom Territorium Afghanistans. Besondere Sorgen bereiten die Versuche vom ISIS, sich im Norden der IRA festzusetzen sowie seine Truppen mit militanten Kämpfern anderer Terrorgruppen zu verstärken. Im August des vorigen Jahres hat ein mit dem ISIS verbundener Selbstmordattentäter in Bischkek gegenüber der Auslandsvertretung der Volksrepublik China einen Terroranschlag verübt.

Eine große Gefahr stellt das ziemlich hohe Niveau der grenzüberschreitenden Wanderung der ausländischen Terroristen dar, die nach der Teilnahme an Gefechtshandlungen im Nahen Osten und im Norden Afrikas in ihre Länder zurückkehren wollen. Die Zahl der in der GUS Geborenen, die sich den Dschihadisten zugesellt haben, geht in die Tausende. Alarmierend wirkt auch der Zusammenschluss zwischen dem Terrorismus, der organisierten Kriminalität und dem Drogentraffik, den nicht nur Einschätzungen der zuständigen Behörden Russlands und der Länder der Gemeinschaft, sondern auch Informationen



der angesehenen internationalen Behörden bestätigen. Geheimdienste Russlands und der zentralasiatischen Staaten wirken bei der Lösung dieser Probleme eng zusammen.

Eine besondere Bedeutung messen wir der Festigung der Zusammenarbeit durch die Regionale Anti-Terror-Struktur (RATS) der SOZ bei, in der fast alle Länder der Region, Afghanistan miteingeschlossen, als Teilnehmer, Beobachter oder Partner gesammelt sind. Auf die Lösung dieser Aufgabe zielt unsere Initiative zur Reformierung der RATS ab, laut der diese Struktur mit Vollmächten zur Ausarbeitung von Empfehlungen für eine effective Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung aus dem Drogenhandel ausgestattet werden soll.

Die Bedeutung der russischen militärischen Präsenz in Zentralasien und der OVKS-Sperre bei der Reduzierung der Gefahren für die Sicherheit, bei der Unterstützung der Stabilität in der Region ist schwer zu überschätzen. Die Umwandlung der OVKS zu einer universellen Organisation, deren Mandat die Bekämpfung des Terrorismus, illegalen Drogenhandels sowie der Gefahren im Cyberraum einschließen sollte, ist berufen, zur Festigung ihres Potentials beizutragen. Im vorigen Jahr wurden wichtige Schritte in diese Richtung vorgenommen. Im September wurde die Strategie der kollektiven Sicherheit der OVKS bis zum Jahr 2025 angenommen. Im Anti-Terror-Bereich wurden zusätzliche Maßnahmen zur Terrorbekämpfung genehmigt, eine Verabredung über die Ausarbeitung der Einheitlichen Liste der Terrororganisationen getroffen. Es wurde die Funktionierung des Zentrums für Krisenreagieren in Gang gebracht, es wird auch die russische Initiative zur Gründung eines Anti-Drogen-Zentrums durchgearbeitet.

„Internationales Leben“: In der UdSSR waren wir ein einheitliches Volk. Wie ist heutzutage die Lage unserer Landsleute in zentralasiatischen Ländern?



Sergej Lawrow: das Zusammenwirken mit den Landsleuten in Zentralasien gehört zu unseren bedingungslosen Prioritäten. Ihre Lage ist im Großen und Ganzen günstig. Dessenungeachtet werden einige von ihnen bei der Ausbildung der Kinder in der Muttersprache, beim Zugang zur Ausbildung, Gesundheitsschutz, Sozialversicherung mit Schwierigkeiten konfrontiert. Das Außenministerium Russlands, unsere Botschaften und Generalkonsulate lösen geschäftstüchtig entstehende Probleme sowohl auf bilateraler Ebene, als auch mit Hilfe von multilateralen Mechanismen im Rahmen der GUS. Die Regierungskommission für Angelegenheiten der Landsleute im Ausland koordiniert und kontrolliert kontinuierlich die Ausführung aller Programme der Arbeit mit russischen Gemeinden in Zentralasien, die sowohl auf der föderalen Ebene, als auch in Subjekten der Russischen Föderation angenommen worden sind.

Mit Genugtuung stellen wir fest, dass die Landsleute einen unschätzbaren Beitrag zur Erhaltung des Andenkens an gemeinsame Kapitel unserer Geschichte leisten. Davon zeugen unter anderem Maßnahmen zum Feiern des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg, unter anderem die Aktion „Unsterbliches Regiment“.

Wir rechnen damit, dass die in der Region ansässigen Landsleute auch im Weiterem zur Erweiterung der mehrdimensionalen Zusammenarbeit zwischen Russland und zentralasiatischen Staaten beitragen werden.

„Internationales Leben“: Wie steht es um die russische Sprache in den ZA-Ländern? Was machen wir, um das Interesse für sie in der Region zu fördern?

Sergej Lawrow: Die russische Sprache behauptet weiter ihre Position als wichtigste Lingua franca in der zentralasiatischen Region. Angaben der jährlichen Monitoringuntersuchungen,



die in den Ländern Zentralasiens durchgeführt worden sind, zeugen vom bedeutenden Interesse am Russischstudium, was unter anderem durch eine große Anzahl von Anträgen auf die Ausbildung in Russland bestätigt wird, die von ausländischen Bürgern durch das System Russia.Study eingereicht werden.

In Zentralasien funktionieren mehr als 3700 Schulen mit russischsprachigem Unterricht. Zu den jüngsten Beispielen gemeinsamer Bemühungen gehört die Eröffnung der Anton-Tshechow-Schule in Bischkek am 1. September 2016, die vom Russischen Friedensfonds (Russland) und dem gesellschaftlichen Fonds "Russisches Gut" (Kirgisien) gegründet worden ist.

Eine besondere Aufmerksamkeit schenken wir der Ausbildung der ausländischen Bürger zu Russischlehrern in unserem Lande. So betrug zum Beispiel die Gesamtanzahl der Lehrkräfte aus den GUS-Ländern, die sich weitergebildet hatten, 4615, von ihnen waren 2338 Pädagogen der russischen Sprache. Kursstudium der russischen Sprache auf der Basis der russischen Wissenschafts- und Kulturzentren in zentralasiatischen Ländern wurde auf eine Systemgrundlage gebracht.

Die Agentur Rossotrudnitschestwo als staatlicher Hauptauftraggeber des föderalen Zielprogramms „Russische Sprache“ hat im vorigen Jahr an Bildungsanstalten der Länder Zentralasiens mehr als 7 600 Stück Lehrbücher, Tutorials, Bücher und Zeitschriften über die russische Sprache geliefert.

Zur Popularisierung der russischen Sprache trägt auch aktive Tätigkeit der russischen Hochschulen in Zentralasien bei, die Messen, die sie dort durchführen. Im April des vorigen Jahres fanden solche Veranstaltungen in allen Staaten der Region statt.

„Internationales Leben“: Wie laufen unter gegenwärtigen Bedingungen der Kulturaustausch, gegenseitige Bereicherung der Völker Russlands und der zentralasiatischen Länder ab?



Sergej Lawrow: Wir begrüßen das Interesse der zentralasiatischen Partner für die Erweiterung des humanitären Kulturaustausches, der zwischenmenschlichen Kontakte. Eine besondere Rolle ist bei der gemeinsamen Arbeit russischen Wissenschafts- und Kulturzentren im Ausland (RWKZ) zugefallen. Heutzutage funktionieren sie erfolgreich in Astana, Bischkek, Duschanbe, Taschkent. Im Dezember 2016 wurde ein RWKZ-Büro in Osch eröffnet. Es wird die Abstimmung des russisch-turkmenischen Regierungsabkommens über die Gründung und Bedingungen der Tätigkeit von Informations- und Kulturzentren fortgesetzt.

Unter Beistand des Kulturministeriums Russlands und mit Teilnahme der RWKZ verlaufen regelmäßig die zeitlich an Staatsfeiertage der Russischen Föderation, Gedenkdaten der russischen oder der gemeinsamen Geschichte angepasste Konzertprogramme, Treffen der Kulturschaffenden, Ausstellungen.

Wir streben danach, dass russische Kulturzentren in Zentralasien von der breiten Öffentlichkeit als gefragte Plätze betrachtet werden, an die sich alle wenden, die sich für modernes Russland, seine Kultur, für die russische Sprache interessieren, die in unserem Lande studieren oder gemeinsame humanitäre Initiativen voranbringen möchten.

Die Umsetzung des Programms für kurzfristige Informationsreisen nach Russland junger Vertreter der politischen, gesellschaftlichen, wissenschaftlichen sowie Geschäftskreise "Neue Generation" wird fortgesetzt. 2016 nahmen an diesem Programm 200 junge Bürger der Länder Zentralasiens teil. Im vorigen Jahr wurden Projekte umgesetzt, die dem 25. Gründungstag der GUS, dem nächstfälligen Jahrestag des Großen Sieges, dem 75. Jahrestag des Beginns des Großen Vaterländischen Krieges gewidmet waren.

„Internationales Leben“: In letzter Zeit legen westliche Länder, darunter die Europäische Union, ein erhöhtes Interesse



für Zentralasien an den Tag. Wie verhält sich die Russische Föderation zu so einer Aktivität?

Sergej Lawrow: Falls die Programme, die von der Europäischen Union umgesetzt werden, zu einer erfolgreichen Lösung der sozial-wirtschaftlichen Aufgaben beitragen sollen, mit denen die Länder Zentralasiens konfrontiert werden, so kann man das nur begrüßen.

Gleichzeitig haben wir auch schlimme Erfahrungen gemacht, und zwar mit so einer EU-Initiative, wie „Östliche Partnerschaft“. Sie zeugt davon, dass die Brüssel-Politik in Bezug auf die Staaten der ehemaligen Sowjetunion nicht selten als ein Nullsummenspiel gestaltet wird, wobei sie vielseitige Beziehungen, die unsere Völker verbinden, nicht nur nicht berücksichtigt, sondern öfters auf ihre Zerstörung abzielt.

Was Zentralasien anbetrifft, so wurden hier Fälle beobachtet, in denen europäische Investitionen politisch motiviert waren und das Hauptziel der Hilfe eine einseitige Erschließung der Märkte für Waren aus der EU blieb.

Als viel aussichtsreicher in Bezug auf die Gewährleistung der beständigen Entwicklung des ganzen eurasischen Kontinents betrachten wir den Beginn der sachlichen Arbeit an der Gestaltung eines gemeinsamen wirtschaftlichen und humanitären Raums von Lissabon bis Wladiwostok, gestützt auf Prinzipien der Unteilbarkeit der Sicherheit und der breiten Zusammenarbeit. Eine besondere Bedeutung gewinnt in diesem Zusammenhang die „Integration der Integrationen“ – die Instandsetzung des praktischen Zusammenwirkens zwischen der Europäischen Union und der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Schlüsselwörter: Länder Zentralasiens, GUS, OVKS, EAWU, SOZ, EU.



IM LAUFE DER JAHRE WOLLEN DIE USA IMMER WENIGER NACH KOMPROMISSEN SUCHEN

SERGEJ RJABKOW

Stellvertretender Minister für
auswärtige Angelegenheiten
Russlands



Armen Oganjesjan, Chefredakteur der Zeitschrift "Internationales Leben": Sergej Aleksejewitsch, in jüngster Zeit wird das antirussische Gesetz, das vom US-Kongress verabschiedet und vom Präsidenten D. Trump signiert worden ist, aktiv diskutiert. Bedeutet die Tatsache selbst, dass dieses Gesetz unterzeichnet worden ist, den Beginn einer dauerhaften Periode, in der die USA in Beziehungen mit unserem Land Kurs auf wirtschaftliche und handelspolitische Konfrontation nehmen? Oder ist das doch ein Dokument, das von begrenzten Möglichkeiten zeugt, über die der Präsident D. Trump verfügt, und das am ehesten ein Faktor des innerpolitischen Kampfes in den USA ist?

**Sergej Rjabkow, stellvertretender Außenminister Russlands:**

Beides ist der Fall. Die Worte des Präsidenten D. Trump über seine Zurückweisung der Versuche der beiden Kongresskammern, Verfassungsvollmachten des Präsidenten anzutasten, die er bei der Unterzeichnung des Gesetzes gesagt hatte, sprechen für sich.

Was aber eine Konfrontation zwischen unseren Staaten betrifft, so würde ich diese Verallgemeinerung nicht zu weit treiben. Ich hoffe, dass es doch zu keiner Konfrontation kommen wird. Wir werden arbeiten, um destruktive Auswirkungen des Gesetzes wenn nicht vollkommen zu überwinden, so wenigstens Wege zu einer Schadenminimierung zu finden.

Das Problem besteht aber darin, dass es sehr schwierig sein wird, ohne einen neuen Beschluss der beiden Kongresskammern, der auf dem Gesetzgebungswege den ganzen Mist aufhebt, den sie in russisch-amerikanischen Beziehungen angehäuft haben, das alles loszuwerden. Es wird viele Bemühungen fordern. So sind die Tatsachen. Es geht um einen Schritt der Mitglieder des US-Kongresses, der langfristige Folgen herbeiführen wird. Es ist jetzt schwer vorauszusagen, wie viel Zeit es nehmen wird, wenigstens einen mehr oder weniger normalen modus operadi mit den Vereinigten Staaten auszuarbeiten. Wird wollen danach streben.

Armen Oganjesjan: Inwieweit ist der US-Präsident imstande, seine eigene Außen- und Innenpolitik zu betreiben, und inwieweit ist er bereit, dass unter heutigen Bedingungen zu machen?

Sergej Rjabkow: Ich würde nicht sagen, dass die Trump-Administration sich in mehreren Hinsichten als eine Kraft bewährt hat, die die außenpolitische Tagesordnung



bestimmt. Ja, der Präsident hat ein attraktives innenpolitisches Programm, das, soweit ich verstehe, bei einem bedeutenden Teil von Amerikanern gefragt bleibt. Was aber die Umsetzung dieses Programms in konkrete Taten anbetrifft, so geht sie, soweit man urteilen kann, nicht so erfolgreich, wie es das Weiße Haus und die Exekutive insgesamt wünschen.

Was die Außenpolitik und wenigstens ihre "russische Komponente" anbetrifft, so kann man im Moment im Zusammenhang damit ausschließlich Enttäuschung empfinden. Ich bin gezwungen festzustellen, das damit im bedeutendem Maße die schlimmsten Seiten des Obama-Erbes ihre Fortsetzung bekommen. Wir beobachten sogar eine Verschärfung der Rhetorik bei einer Reihe von Aspekten des politischen Kurses, der auf der Abschlusstrecke der Regierungszeit von Obama-Administration Probleme in Beziehungen der USA zu uns sowie zu einigen anderen Ländern herbeigeführt hatte. In Summa kann man also sagen, dass wir in der US-amerikanischen Politik in Bezug auf Russland mit einer negativen Nachfolgerschaft zu tun haben sowie mit einem bestimmten Durchrutschen bei der Umsetzung der Leitsätze, Ideen, Vorschläge, die in Washington früher zum Ausdruck gebracht worden sind. So sieht die Situation für einen außenstehenden Beobachter aus. Wollen wir abwarten, was weiter kommt.

D. Trump ist natürlich ein willensstarker Mensch, der so weltklug ist, dass innerpolitische Stürme für ihn wahrscheinlich kein Hindernis sind. Wir sehen aber, dass einige Sujets doch in die Richtung driften, die den im Kongress herrschenden Stimmungen entspricht. Bisher kann man noch sagen, dass sich die Trump-Administration auf der Stufe der Suche und des Werdens ihrer Herangehensweisen befindet. Es ist aber sehr traurig, dass die Beziehungen mit Russland keine Bewährungsprobe in Bezug auf die Beständigkeit gegen die Angriffe abgelegt



haben. Die Stärke dieser Angriffe nahm in zurückliegenden Monaten immer zu. Im Endergebnis konnte die Mehrheit sowohl im Repräsentantenhaus, als auch im Senat der Präsidentialadministration ihren Willen aufdrängen.

Armen Oganjesjan: Die Geschichte kennt zweifellos keinen Konjunktiv. Was würde aber geschehen, wenn Hillary Clinton an die Macht gekommen wäre? Ich glaube, wir machen jetzt eine Zeit durch, die unter den Demokraten besser wäre.

Sergej Rjabkow: Ich kann zulassen, dass Sie recht haben. Eine dramatische Verschlechterung war auch möglich, aber wir können das nun nicht nachprüfen. Wir sind imstande, abstrakt, hypothetisch zu urteilen. Dabei hat für mich in dieser Situation die Tatsache eine große Bedeutung, dass der antirussische Dschinn eben aus dem Inneren der Demokratischen Partei, deren Kandidat verloren hatte, herausgelassen, dass das Gespenst der Hetzjagd auf einen äußeren Feind eben dort geboren worden ist. Als Ergebnis sind die Effekte entstanden, die wir jetzt in Form des neuen Gesetzes sehen, in Form allgemeiner paranoiden Atmosphäre, die um Russland in den USA entstanden ist, ganz unerklärbaren Ausbrüchen von Anprangerung und eines gewissen Verfolgungswahnes, die sehr viele Politiker und Funktionäre in Washington überfallen hat.

Die Demokraten haben auf Jahre hinaus auf eine bespiellose Weise die Möglichkeit vereitelt, mit uns vernünftige Beziehungen aufzubauen. Dabei haben sie Russland als Schreckmittel und die Beziehungen zu Russland als Instrument, als einen Hammer benutzt, mit dem sie Trumps Präsidentschaft zerschmettern wollen. Leider ist das so. Und es ist egal, wer Präsident der Vereinigten Staaten ist und wer bei folgenden Wahlen siegen wird – er oder sie wird



sich unter dem in Kraft gesetzten Gesetz, das von beiden Kammern des Kongresses verabschiedet wurde, hinsichtlich einer vernünftigeren Politik in Bezug auf Russland sehr unfrei fühlen. Das ist ein großes Problem, das es früher nicht gegeben hat. Im bestimmten Sinne ist das eine neue Realität.

Armen Oganjesjan: Das Ausmaß der wirtschaftlichen und Handelsverbindungen zwischen den USA und Russland ist durchaus nicht groß, und US-amerikanische Sanktionen können diese Seite unserer Beziehungen nicht beeinträchtigen. Können wir sie also vor ihnen keine Angst haben?

Sergej Rjabkow: Wir haben es wirklich gelernt, unter Sanktionen zu leben. Seit 2014 hat es mehr als 35 Sanktionswellen gegeben, die Sanktionen wurden gegen fast 400 russische Organisationen und etwa 200 unsere Bürger verhängt. Das neue Gesetz beschränkt zusätzlich den Erwerb russischer Wertpapiere, Investitionen in russische Projekte, den Zugang zu Technologien nichtkonventioneller Förderung der Kohlenwasserstoffe. Es gibt auch andere Momente außer der politischen Komponente dieses Gesetzes, die an und für sich Empörung hervorrufen. In vielen Hinsichten ist diese Komponente einfach provokativ. Im Großen und Ganzen hat man zu diesem Bild viele finstere Farben hinzugefügt. Ungeachtet dessen glauben wir, dass es auch in dieser Situation möglich ist zu arbeiten.

Ein kleiner Warenumsatz ist eher schlecht als gut. Wäre der Warenumsatz etwas höher, so wären die Interessen der US-amerikanischen Geschäftswelt besser ausgeprägt. Dann könnte die Gruppe besonders abgefeinter Politiker, die nach dem Prinzip "je schlimmer, desto besser" handeln, nicht, ihren Willen den anderen aufdrängen. Diese Politiker könnten die Menschen nicht anführen, die sich, ich lasse es zu, für die



Beziehungen zu Russland wohl nicht besonders interessieren, aber der künstlichen Welle der Russlandfeindlichkeit auch in destruktive Prozesse verstrickt wurden.

Die Wirtschaft sich sowohl im guten, als auch im schlechten Sinne spüren lassen. Wir wollen natürlich die Aktivitäten intensivieren, die mit der Importsubstitution, der Reduzierung der Abhängigkeit von amerikanischen Zahlungssystemen, vom US-Dollar als Abrechnungswährung usw. verbunden sind. Jetzt ist das zu einer dringlichen Notwendigkeit geworden.

Armen Oganjesjan: Welche Beschränkungen sind noch im Gesetz festgelegt?

Sergej Rjabkow: Ausser denen, die ich erwähnt habe, wird noch der Zugang zu Ressourcen auf dem internationalen Markt für russische Finanz- und Kreditinstitutionen beschränkt. Es gibt eine ganze Reihe der Verordnungen, laut denen das Finanzministerium die Einkommensquellen zu recherchieren hat, aus denen die oder andere Investitionen aus Russland in US-amerikanische Immobilien gemacht wurden.

Es gibt einen bei seiner politischen Frechheit absolut beispiellosen Block, der die Möglichkeiten der US-amerikanischen Exekutive beschränkt, eine selbstständige Außenpolitik zu betreiben. In allem, was mit Russland zu tun hat, sind der amerikanischen Exekutive von nun an die Hände in starkem Maße gebunden. Jede Administration, egal, wie der konkrete Präsident heißt, verfügt jetzt über minimalen Handlungsspielraum für eigene Schritte. Für die Beseitigung dieser ganzen Anhäufung von antirussischen Kunstgriffen wird eine gemeinsame Kongress-Resolution von zwei Parteien und zwei Kongress-Kammern notwendig sein, und unter Berücksichtigung der im Moment dominierenden Stimmung wird es sehr schwer sein, sie zu verabschieden und die



Bewilligung der beiden Kammern zu bekommen. Und es ist überhaupt unklar, wann das im Prinzip geschehen kann.

Das Gesetz sieht eine umfangreiche Berichterstattung vor, die zum Thema Russland obligatorisch besorgt werden soll.

Armen Oganjesjan: Das ist ja noch ärger als McCarthyismus.

Sergej Rjabkow: Sieht so aus.

Armen Oganjesjan: Es entsteht der Eindruck, dass die Sanktionen, der Druck auf Russland unser Land nur stärker machen.

Sergej Rjabkow: Diese Logik ist richtig. Russland lenkt unter dem Zwang nicht ein und macht überhaupt nach Diktat nichts von dem, was seine Opponenten wollen und worauf sie hinarbeiten.

Die Frage der Anpassung unserer wirtschaftlichen Mechanismen an diese Realität ist recht ernsthaft. Ich kann betuern, dass wir uns damit beschäftigen. Der wirtschaftliche Block unserer Regierung beschäftigt sich damit. Es gehört zu unserer Geschichte, Vorteile aus Nachteilen zu ziehen. Das ist eigentlich Routinesache für uns. Das ist eine Charaktereigenschaft. In der Vergangenheit haben wir diesen Weg mehrere Male durchschritten und dieses Verhaltensmuster in die Tat umgesetzt.

Jetzt haben wir daran zu denken, wie wir uns gegen den amerikanischen alldurchdringenden totalen Voluntarismus schützen können. Den Kern und den politischen Sinn des Gesetzes sehe ich im Grunde genommen darin, dass man alle maximal einschüchtern, wenn nicht die ganze Welt als Geisel nehmen will. Im Text stehen absichtsvoll flexible "Gummiformulierungen". Außer ausdrücklichen Verordnungen sind dort mehrere Möglichkeiten enthalten,



ein und dieselbe Frage auf verschiedene Weise zu lösen. Die Beschlüsse sind in die Hand des US-amerikanischen Finanzministeriums gebracht: je nach Wunsch kann man Sanktionen gegen Personen, die mit Russen zusammenarbeiten, verhängen oder nicht verhängen. Man rechnet damit, dass die Geschäftsleute aus Drittländern Angst haben und Schritte wählen werden, die für Russland ungünstig sind. Die Politik unserer Feinde auf Kapitol läuft darauf hinaus, immer neue und neue Trennlinien zu ziehen. Sie sind zu dem Glauben gekommen, dass man Russland isolieren kann – wenn nicht direkt, so doch indirekt, indem sie die Geschäftsleute anderer Länder mit der Sanktionsschlinge fangen.

Wir verstehen alle diese Spiele ganz gut. Es ist für uns wichtig, funktionsfähige und effektive Arbeitsmodelle zu schaffen, bei denen der "Anschluss" an US-amerikanische Abrechnungs- und Kreditsystem schwächer wird. Ich bin kein Wirtschaftswissenschaftler, aber als Mitarbeiter des Außenministeriums spüre ich das einfach. Sonst werden wir immer an diesem Haken bleiben, und es ist gerade das, was sie brauchen.

Armen Oganjesjan: Mehrere Leute stellen sich die Frage, warum man im US-amerikanischen Kongress, wo doch die Republikaner die Mehrheit behalten, einen Krieg gegen den eigenen republikanischen Präsidenten begonnen hat?

Sergej Rjabkow: Konkret in Bezug auf diesen Gesetzentwurf hat sich die Idee durchgesetzt, dass Russland die Quelle aller Probleme ist. Russland habe sich angeblich in US-amerikanische Wahlen gemischt, Russland benehme sich "auf eine ungebührende Weise" gegenüber seinen Nachbarn, Russland



habe angeblich die Situation geschaffen, in der man über das Scheitern des Systems sprechen kann, in dem westliche Länder gewohnt bequem existieren.

Das Anhängen von Etiketten ist nicht einfach zur Sache von Propagandisten geworden. Das ist das A und O für die Menschen, die im US-amerikanischen Kongress sitzen. Für sie stehen nun der Schutz von missgedeuteten amerikanischen Werten sowie die Förderung dieser Werte sogar über die Interessen des eigenen Landes. Ich will mich jetzt nicht das antirussische Fieber ausführlich besprechen, das in den USA sowohl Massenmedien als auch Politiker und Politikwissenschaftler verschiedener Art betroffen hat, so dass sie etwas, was es nicht gegeben hat und auch im Prinzip nicht geben kann, mit Genuss erfinden und "belutschen". Das ist alles schmutzig und eines solchen Landes wie die USA unwürdig. Aber die Tatsache bleibt. Sie schaden sich selbst. Das, was in den zurückliegenden Monaten im Kongress geschieht, schadet ganz schwer dem Image, Renommee und Ansehen der USA als führende und in vielen Hinsichten einflussreichste Macht der Welt. Es ist seltsam, dass man dort so einleuchtende Dinge nicht versteht. Kleinkarierte Spiele US-amerikanischer Politiker ohne jeglichen realen Grund sind eines der wunderbarsten Phänomene der letzten Zeit.

Armen Oganjesjan: Laut der jüngsten Umfrage des Instituts für Sozialforschung und statistische Analysen Forsa unterstützen die meisten Bürger Deutschlands den Kurs der deutschen Regierung gegen neue US-amerikanische Russlandsanktionen. Bekommt somit Moskau den Handlungsspielraum für die Stärkung seiner Verbindungen mit Berlin? Wie standfest kann Europa gegenüber dem US-amerikanischen Druck sein?



Sergej Rjabkow: Als Europäer ihrerzeit eine harte Position in Bezug auf den Helms-Burton Act* eingenommen hatten, wurden Rechtsinstrumente gefunden, die die EU in praktischer Hinsicht nutzte, um ihre Geschäftswelt vor exterritorialer Anwendung US-amerikanischer Sanktionen zu schützen. Da wurde von der Europäischen Union aus wirtschaftlichen, politischen und anderen Gründen so ein rechtlicher "Zaun" gebaut, so eine juristische Gegengift gefunden, dass die Amerikaner gezwungen waren, den Widerstand der Europäer als gegebene Realität hinzunehmen. Und die Liefersperre und Blockade von Kuba, die von Washington mehrere Jahrzehnte gefördert wurden, haben im Großen und Ganzen den angestrebten Effekt nicht herbeigeführt. In der US-amerikanischen Blockade ist ein grosses Loch in Form der EU-Gegenmaßnahmen entstanden. Das gehört aber der Vergangenheit an.

Was die Gegenwart anbetrifft, so hören wir Erklärungen, die die Stimmungen eines bedeutenden Teiles von europäischen Ländern widerspiegeln, besonders der Länder, die stärker als andere an normalen Beziehungen, darunter wirtschaftlichen Beziehungen mit uns, interessiert sind. Den Erklärungen sollen aber wahrscheinlich die oder andere Taten folgen. Fange ich jetzt an, nicht darüber zu verbreiten, so kann man nicht ausschließen, dass manche Leute aus den Botschaften entsprechender Länder, die in Moskau funktionieren, diese meine Aussagen nachfolgen

* 1996 hat der US-Senat den Cuban Liberty and Democratic Solidarity Act verabschiedet, der auch als Helms-Burton Act bekannt ist. Im Gesetz waren zusätzliche Sanktionen gegen ausländische Firmen verankert, die mit Kuba handelten. Den Schiffen, die die Erzeugnisse von Kuba oder nach Kuba transportierten, wurde der Einlauf in US-amerikanische Häfen untersagt. Die USA hörten auf, den internationalen Finanzinstitutionen, die Kuba Geldmittel bereitstellten, Geld zu geben. Im Dokument wurde die "Nichteinwilligung der USA" in das Vorhandensein der russischen Abhöranlage (Lurdes) auf Kuba fixiert. – Anmerkung der Redaktion).



und in die Hauptstadt mitteilen werden, dass Russen erneut "Keile treiben", "die transatlantische Anknüpfung schwächen" wollen. Wie wir wissen, ist das ein direkter Anlass für die Konsolidierung von dem oder denen, dem oder zwischen denen man diese "Keile" zu treiben versucht.

Im Großen und Ganzen glaube ich nicht an die Selbständigkeit des heutigen Europas als Akteur auf der internationalen Schaubühne, besonders in russische Richtung. In den zurückliegenden Jahren haben sie leider auch so viel Negatives angehäuft und einen solchen Ballast in Beziehungen zu unserem Land geschaffen, dass es ihnen schwer fallen wird, darauf zu verzichten. Wollen wir sehen, wie es gehen wird. Der Lobbyismus der Geschäftswelt, die Wirtschaft sind natürlich auch Faktoren, die eine bestimmte Rolle spielen. Dessenungeachtet würde ich ihre Bedeutung unter neuen Umständen nicht übertreiben.

Armen Oganjesjan: Sergej Aleksejewitsch, wollen wir nun an die "traurigen" konkreten Tatsachen gehen. Ich meine die Beschlagnahme der russischen Immobilien in den USA, die Ausweisung der Diplomaten und unsere Antwort darauf. Glauben sie, dass die amerikanische Seite unsere Entscheidung adäquat wahrgenommen hat und dass das zu irgendeinem konstruktiven Dialog, wenigstens über unser Eigentum in den USA, führen kann?

Sergej Rjabkow: Ich hoffe sehr, dass die Lage eben so ampfangen wird, wie sie das jetzt beschrieben haben. Erstens haben wir nichts gemacht, was den Amerikanern unbekannt wäre, denn wir haben sie gewarnt, sowohl öffentlich, als auch hinter verschlossenen Türen. Zweitens, sie können unmöglich nicht verstehen, dass unsere Schritte eine Art Bezahlung ihrer verschobenen Schuld sind. Am 29.



Dezember des vorigen Jahres, als eine widerrechtliche Beschlagnahme der russischen Immobilien geschah, die durch die diplomatische Immunität geschützt waren, als die US-amerikanischen Behörden unsere Diplomaten aus Washington und San Francisco auswiesen, haben wir gewarnt, dass das Fehlen einer augenblicklichen und dramatischen Reaktion gar nicht bedeutet, dass es sie im Prinzip nicht geben wird. Jetzt geschah es, dass die Zahl unserer Mitarbeiter, die in den USA tätig sind, den Amerikanern als Quote mitgeteilt wurde, gemäß der die Zahl ihres Personals in der Botschaft in Moskau und in drei Generalkonsulaten (in Sankt Petersburg, Jekaterinburg und Wladiwostok) reduziert werden soll. Wollen wir sehen, wie sie die ihnen gestellte strikte Forderung ausführen werden. Des weiteren wollen wir Parität erhalten.

Ich glaube kaum, dass die Amerikaner unsere Schritte auf eine andere Weise verstehen. Man kann aber vermuten, dass sie jetzt einen neuen Anlass für folgende Verschärfungsstufe erfinden werden, für neue negative Schritte bei der Besorgung der Tätigkeit von diplomatischen Einrichtungen Russlands in den USA. Soll das wirklich passieren, so werden sie uns damit ein Zeichen über ihre Bereitschaft geben, die Spannung weiter zu schüren. Vor derartigen Handlungen haben wir sie auch mehrmals gewarnt.

Ich möchte die Möglichkeit nutzen und das nochmals machen: Gott behüte, dass man sich in Washington für etwas derartiges entscheidet. In diesem Fall wird unsererseits eine Retourkutsche folgen. Im Endeffekt werden wir eine weitere Verschlechterung der Bedingungen des normalen Funktionierens der diplomatischen Einrichtungen bekommen, deren Arbeit eigentlich die wichtigste Voraussetzung für jeglichen Dialog und für den Aufbau gesunder Beziehungen ist.

Ich möchte hervorheben, dass wir immer den Amerikanern folgen, was die Maßnahmen und Gegenmaßnahmen



betrifft. Machen sie einen Schritt unten, folgen wir ihnen. Wir initiieren nie etwas Negatives und reißen im breiteren politischen Sinne nichts von dem ab, was vorhanden ist. Die Mechanismen des Dialogs, die jetzt nicht funktionieren, wurden von der US-amerikanischen Seite geschlossen und abgeschafft. Wir schlagen vor, die Wiederherstellung einer Reihe von Richtungen zu beginnen. Bislang haben wir keine Antwort bekommen. Wir sind bereit, den Dialog über Syrien, die Ukraine, über die Rüstungskontrolle, über die Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen fortzusetzen. Es gibt kein einziges Thema, zu dem wir gesagt hätten: "Schluss, der Zug ist abgefahren – ihr habt dieses Gesetz verabschiedet, und wir wollen jetzt mit ihnen nichts zu tun haben".

Wer führt also eine Verschärfung herbei? Wer leistet sich Extratouren, die es in zwischenstaatlichen Beziehungen nicht geben darf? Wer will keine Ausdauer an den Tag legen? Wer denkt an die Folgen nicht?

Die Handlungen der USA sind in bedeutendem Maße ein Merkmal eines unlauteren Wettbewerbs. Die Vereinigten Staaten nutzen ihre Dominanz im internationalen Finanzsystem, dem internationalen Abrechnungssystem sowie die Besonderheiten ihres Rechtssystems, in dem die Exterritorialität eine zentrale Rolle spielt, um auf die Geschäftswelt in allen Winkeln der Welt – in China, Europa, Russland – einen Druck auszuüben, um somit auf unredliche Weise Vorteile zu ziehen. Wir werden mit dieser Handlungsweise in vielen Bereichen konfrontiert. Die USA versuchen, uns von den Märkten der militärischen technischen Erzeugnisse zu verdrängen. Ihre Amtspersonen erklären offen, dass die Vereinigten Staaten gegen den Nord Stream-2 sowie gegen den Turkish Stream usw. kämpfen werden. Das wird unbekommen gesagt. Das ist eine schmutzige, unsaubere, unwürdige Handlungsweise, die jetzt zum Kern der "russischen



Politik“ eines großen Landes geworden ist. Aber so was kann nur bis zu bestimmten Grenzen dauern, obwohl wir keine weitere Verschärfung, keine Spirale der Konfrontation bekommen wollen.

Armen Oganjesjan: Als wirtschaftliche Gegenmaßnahmen schlagen einige Experte Gegensanktionen aus der Kategorie der kritisch wichtigen Importe in die USA aus Russland: Lieferungen von Titan für die US-amerikanische Flugzeugindustrie, von Uran-Konzentrat für die Kernkraftwerke, von Technik für die Weltraumbranche. Ist so ein Szenario möglich?

Sergej Rjabkow: Bei allen unseren Schritten sowohl im wirtschaftlichen, als auch im politischen Bereich sollen unsere nationalen Interessen Priorität haben. Das ist eben der Fall, in dem jeder sich selbst der Nächste ist. Man darf nicht nach dem Prinzip handeln, jemandem so weh wie möglich zu tun. Das ist kein richtiges Benehmen, und es würde eine politische Unsicherheit und Nervosität widerspiegeln, die wir nicht empfinden. Werden wir so handeln, so wird es im Kongress nicht wenig Leute geben, die mit Genugtuung vor sich hin feststellen werden: wir haben doch richtig gehandelt, bei alledem hat das die Russen verletzt.

Ich persönlich bin der Meinung: wir sollen Ausdauer und Geduld an den Tag legen, eine strategische Geduld, wenn man so will, und uns nicht verzappeln. Wollen wir uns an den Harmel-Bericht aus dem Jahre 1967 erinnern, wo formuliert war, wie sich die NATO in Bezug auf Moskau in der Zeitperiode benehmen sollte. Dort gibt es viele wirklich aufschlussreiche Dinge. Wollen wir jetzt die Herangehensweise von Pierre Harmel auf das heutige Washington anwenden: Russland braucht meiner Meinung nach ein Zeistreckenherangehen an die Beziehungen mit den



Vereinigten Staaten. Erstens ist die Eindämmung (deterrence) dort, wo wir aggressive Handlungen der Amerikaner sehen, Angriffe, unendliche Versuche, uns zu schwächen, mit denen US-amerikanische Amtsträger einfach prahlen, das Bestreben, unsere Nachbarländer mit NATO-Militärobjekten, militärischer Infrastruktur zu sättigen, sowie mit massivem Aufmarsch gut ausgerüsteter Kontingente der Streitkräfte.

Das zweite Teil des Zweistreckenherangehens ist Heranziehung (engagement). Die Heranziehung der USA an den Dialog, aber nur in die Richtungen, die uns notwendig und für uns vorteilhaft sind. Wir sollen den Morgen mit dem Gedanken anfangen, was wir zu tun brauchen, um sich zu stärken und uns vor dem US-amerikanischen Druck zu schützen, und mit demselben Gedanken zu Bett gehen. Unsere Aktivitäten, unsere Politik in US-amerikanische Richtung nur diesen Aufgaben zuzuordnen, strikt in diesem Koordinatensystem zu handeln. Und weiter sollen wir sehen. Wollen wir auch diese Matrix eines Zweistreckenherangehens mit strategischer Geduld durchfüttern! Ich wiederhole aber, dass das nur meine persönliche Meinung ist. Die Außenpolitik wird vom Präsidenten Russlands gestaltet.

Armen Oganjesjan: Nebenbei gesagt, steht es auch im Gesetz, das vom Herrn Trump verabschiedet worden ist, dass die Sanktionen mit nationalen Interessen der USA nicht im Widerspruch stehen dürfen. Deshalb unterbrechen sie zum Beispiel die Zusammenarbeit im Bereich Raumfahrt nicht?

Sergej Rjabkow: Sie kennen ausgezeichnet ihre Interessen. Sie können immer ungeniert zu einem Dokument einen Absatz darüber hinzufügen, dass die USA den Staat X aus prinzipiellen Gründen zerschmettern werden, und buchstäblich im folgenden Absatz ohne



jegliche Befangenheit zu schreiben: soll aber das Land X uns, das heißt, den USA, im Bereich Y helfen, so werden wir dieses Land unterstützen, oder es werden ihm wenigstens Sanktionen erspart bleiben. Das ist normal. Das soll uns als Beispiel dienen.

Armen Oganjesjan: Welche Möglichkeitsfenster bleiben für die russisch-amerikanische Zusammenarbeit noch offen und wie sieht die Zukunft unserer Vereinbarungen auf dem Gebiet der Kernabrüstung aus?

Sergej Rjabkow: Das ist ein sehr ernsthaftes Thema. Diese Richtung fordert eine entsprechende tiefe Analyse und Planen auf Jahre hinaus. Wir können leider nicht ganz verstehen, worin der Washington-Kurs in diese Richtungen bestehen wird. Die Zeit rückt vor, die Kontrollfrist, die im START-Vertrag 2010 verankert worden ist, und zwar der 5. Februar 2018, wird immer näher. Um den INF-Vertrag gibt es viel Geschäftemacherei und unwürdige politische Krämerei. Die Fragen der politischen Stabilität wurden schon lange nicht besprochen. Wir sind zum Dialog über alle diese Richtungen bereit, man braucht aber zu verstehen, wer in diesem Dialog von US-amerikanischer Seite unser Partner sein wird und worin der Kern ihrer Herangehensweise besteht. Dort soll die Uebersicht der Nuklearpolitik bis zum Ende des Jahres beendet werden. Das ist ein wichtiges Dokument, es wird viel über die Vorzüge der Amerikaner im Bereich der Rüstungskontrolle sagen.

Der Weltraum soll friedlich bleiben. Die jüngsten Trends der US-amerikanischen militärpolitischen Elite, ihres Denkens, der amerikanischen militärischen Planung erregen Besorgnis. Sie verspüren immer mehr Drang, auf Installierung von Angriffsmitteln im Weltraum, auf die Erweiterung



der militärischen Anwendung von Raumfahrtobjekten hinzuarbeiten.

Es gibt auch Fragen, die im direkten Sinne bodenständiger, dadurch aber nicht weniger bedeutend sind. Zu ihnen gehört unserer Meinung nach, zum Beispiel, die Notwendigkeit, eine internationale Konvention über die Bekämpfung des chemischen und biologischen Terrorismus auszuarbeiten. Dieses Thema ist brandaktuell, darunter im Anschluss an die Situation im Nahen Osten. Bislang haben wir auch auf diesen Vorschlag von der anderen Seite keine Reaktion bekommen. Es kommt vor, dass alle in Washington in einen unendlichen Kampf gegen Windmühlen in Form der oder anderer veröffentlichten Informationen über den "russischen Einfluss", die "russische Einmischung", die es nicht gibt und nicht geben kann, vertieft sind.

Es wird keine wirkliche Stärkung der internationalen Sicherheit gelingen, falls die Amerikaner auch weiter mit der Arbeit an gemeinsamen Prioritäten zögern werden. Das sind die Terrorbekämpfung, Nichtweiterverbreitung, regionale Konflikte und vieles anderes. Immer wieder entstehen Situationen, in denen Ereignisse geschehen, nach denen alle sich irgendwie erinnern: ach, man sollte sich doch früher damit beschäftigen! Man muss auf keinen Anlass warten, sondern die Fragen einfach systemhaft durcharbeiten. Wir rufen dazu sowohl im bilateralen Aspekt als auch auf internationalen Schauplätzen auf.

Armen Oganjesjan: Sergej Alexejewitsch, glauben Sie, dass das Zusammenwirken von Russland, China und den USA zum nordkoreanischen Kernwaffenproblem unter heutigen Umständen fruchtbar wäre?

Sergej Rjabkow: Die Situation in Nordostasien ist Brisant, und es ist unklar, wie sie sich entwickeln wird. Die



Frage besteht ja darin, wie wir den Punkt finden können, in dem Interessen und Möglichkeiten von Pjöngjang und Washington einig werden. Bei Gegensätzlichkeit der politischen Kulturen und Herangehensweisen an die Situation wird es diesen zwei Akteuren nicht gelingen, eine konstruktive Lösung des Problems zu finden. Vermittlung ist möglich. Es hat sechsstufige Verhandlungen gegeben, die auf einer bestimmten Etappe ihre Effektivität bewährt haben. Sie haben es gestattet, die Situation in akzeptablen Grenzen zu halten. Es hat ein Dokument aus dem Jahr 1995 gegeben, das nicht uninteressant war. Jetzt aber ist die Bereitschaft der USA zum direkten Dialog, soweit ich verstehe, rein theoretisch. Sie stellen Bedingungen, die für die Gegenseite inakzeptabel sind. Und die Gegenseite schließt wohl daraus, dass man diesen Druck nur stoppen kann, indem man ihm einen Gewaltfaktor entgegensetzt. Das ist ein gefährliches Spiel, bei dem die Summe des Spielgeldes immer erhöht wird, und auch eine Sackgasse.

Wir schlagen bestimmte Schemata vor. Die Chinesen machen dasselbe. Im Grunde genommen kann man diese Schemata darauf reduzieren, dass man die Situation aufs Eis legen sowie Status quo wenigstens für eine bestimmte Zeit sichern soll. Dann kann man beginnen, das alles allmählich loszudrehen, die Latte niedriger zu legen und auf diesem Niveau zu fixieren. Das ist alles selbstverständlich. Darin liegt nichts, was nicht vor uns erfunden sowie nicht in verschiedenen diplomatischen Situationen mehrmals benutzt wäre. Bislang funktioniert leider dieses Schema nicht.

Und gleichzeitig sehen wir im UN-Sicherheitsrat ein um das andere Mal Situationen, in denen der Umfang und Charakter der Forderungen der USA an den Inhalt der Sanktionsdokumente unrealistisch sind und alle möglichen "roten Linien" weit überschreiten. Im Laufe der Jahre wollen



die Vertreter der Vereinigten Staaten immer weniger nach Kompromissen suchen. Auf internationalen Schauplätzen lassen sie sich immer häufiger vom Prinzip "Wer nicht mit uns ist, der ist wider uns" leiten, und das bedeutet, dass die, die nicht mit ihnen sind, grob zu brechen sind – keine Gespräche über irgendwelche Kompromisse, keine Suche nach Lösungen auf Grund eines Interessenausgleiches. Sie haben es offensichtlich verlernt, Texte gemeinsam zu redigieren, nach gegenseitig annehmbaren Formulierungen auf bilateraler Grundlage, gemeinschaftlich, mit Bleistift in der Hand zu suchen. Manchmal kommt es vor, dass sie einfach nicht mehr wissen, wie man das macht. Als Ergebnis werden die Probleme immer zahlreicher. Unter anderen wird das Ansehen der internationaler Organisationen untergraben. Es entsteht die Frage: wie sollen wir uns weiter benehmen?

Armen Oganessian: Welche Möglichkeitsfenster bleiben doch für die Zusammenarbeit offen?

Sergej Rjabkow: Sprechen wir über so genannte globale Herausforderungen, so gehört zu ihnen, unter anderem, die Sicherheit der Informations- und Kommunikationstechnologien. Bislang entwickelt sich der Berufsdialog mit den USA in diesem Bereich nicht weiter, obwohl wir den Amerikanern mehrmals ausführlich darüber signalisiert, welche gemeinsamen Schritte wir auf diesem Gebiet für richtig und notwendig halten.

Es gibt eine Menge andere Probleme, die auch weiter gemeinsam zu lösen sind, und zwar die Regelung einer Reihe von Konflikten, illegale Migration, Fragen zu Bedingungen, unter denen die internationale und nationale Geschäftswelt funktioniert, darunter unter Berücksichtigung von Tendenzen



zur Schutzzollpolitik, mit denen wir konfrontiert werden. Das alles ist konstruktiv zu besprechen.

Wir sind nicht dogmatisch, wir wissen, dass die USA eigene Interessen haben. Wir sehen ein, dass in Washington unter jeder neuen Administration die Herangehensweisen neu überdacht, die Weichen neu gestellt und neue Prioritäten eingeführt werden. Man darf aber zugleich nicht alles vereiteln, was früher zusammengespart worden war, man darf nicht so viel der politischen Konjunktur und eigenen verzerrten Vorstellungen über die Außenwelt aufopfern, wie es in der Situation mit russisch-amerikanischen Beziehungen geschieht. Aber unsere Aufrufe bleiben immer noch Aufrufe. Wir führen den Dialog nur mit Mühe, darunter zu dem Thema, das nach den Erklärungen der Amerikaner selbst für sie wichtig ist – ich meine die Regelung in der Ukraine. Sie haben ihren Sondervertreter ernannt, der Dialog mit ihm wurde aber bisher nicht gestartet.

Armen Oganjesjan: Die Amerikaner haben gesagt, Russland habe gebeten, einen Sondervertreter des US-Präsidenten für die Ukraine zu ernennen. Was bedeutet das? Wird diese Ernennung zur Erfüllung des Minsker Vereinbarungen beitragen?

Sergej Rjabkow: Soweit ich verstehe, hat der russische Präsident den US-amerikanischen Spitzenpolitikern mehrmals gesagt, dass wir zum Dialog über ukrainische Angelegenheiten, über die Situation im Südosten der Ukraine, über die Ausführung der Verpflichtungen aus dem "Minsker Paket" (vor allem von Kiew) mit den USA bereit sind.



Wir haben über keine Ernennung des US-amerikanischen Sondervertreters "gebeten". Es wurde nur gesagt, dass es ziemlich seltsam ist, bei Fehlen eines solchen Visavis von der amerikanischen Seite ständig Gespräche über die Notwendigkeit eines Dialogs zu hören. Unter Obama wurden entsprechende Pflichten von Assistant Secretary of State Victoria Nuland erfüllt. Herr Volker hat den Titel "Sondervertreter der USA bei den Verhandlungen über Ukraine" bekommen. Ehrlich gesagt, verstehe ich nicht, was diese "Verhandlungen über die Ukraine" bedeuten. Wer führt diese Verhandlungen und mit wem? Ich glaube, solche Fragen könnte man an Herrn Volker selbst stellen, als und falls er nach Moskau und überhaupt nach Russland kommt.

Armen Oganjesjan: Jetzt spricht man viel über mögliche Lieferungen von tödlichen Waffen an die Ukraine...

Sergej Rjabkow: Trumps Administration wird in diese Richtung intensiv gestoßen. Der genannte Herr Volker hat im Laufe seiner Reisen auch öffentliche Aussagen zugunsten dieser Variante gemacht.

Ich möchte bemerken, dass militärische Ausrüstungen und die Kampfmittel, die den Milizen an und für sich keine tödlichen Verletzungen zufügen können, schon lange als reißender Strom in riesiger Menge in die Ukraine geliefert werden, und dabei nicht nur aus den USA, sondern auch aus anderen NATO- und Nicht-NATO-Ländern. Militärausbilder aus den USA, Kanada und anderen Staaten trimmen ukrainische Militärs, lehren sie, wie man diese Waffen und spezielle Kampfmittel einsetzen soll.

Die hypothetisch mögliche Lieferung von tödlichen Waffen wäre dabei ein qualitativ neuer Schritt. Wird man



ihn wirklich machen? In der jüngsten Zeit stellen wir eine bestimmte Drift von Washington in diese Richtung fest. Eine entsprechende Entscheidung könnte eine äußerst gefährliche Entwicklung herbeiführen. Es ist klar, dass das im politischen Sinne von der "Partei des Krieges" in Kiew als ein gewaltiges Zeichen von Unterstützung gedeutet wäre. Im praktischen Sinne würde das eine wesentliche Destabilisierung der Lage im Südosten der Ukraine bedeuten. Hier gehen wir an die Analyse aller Umstände auch nüchtern und ohne Emotionen und warnen Washington vor neuen Fehlschritten.

Schlüsselwörter: russisch-amerikanische Beziehungen, Russland, USA, US-amerikanische Sanktionen, D. Trump, antirussisches Gesetz.



QUO VADIS DEUTSCHLAND?

Meilensteine der deutschen Chroniken

Seit der deutschen Einheit sind über 26 Jahre vergangen, das gibt uns einen günstigen Anlass, über den Erstarkungsprozess der wirtschaftlichen Macht, der Erhöhung des Status der Bundesrepublik als ein europäischer und internationaler Spieler nachzudenken. Selbstverständlich stehen das sozialökonomische Wohlbefinden der Bürger im vereinigten Deutschland, negative Trends, Herausforderungen und Risiken, denen die politische Klasse, die Wähler in dem Land sowie die eventuellen Mechanismen für die Überwindung der Schwierigkeiten im Focus der Forschungen und Diskussionen. Die Analyse der russisch-deutschen Beziehungen in diesem Zeitraum zielt auf die Beibehaltung der positiven Erfahrungen, auf die Aufdeckung der „wunden Stellen“, auf die Suche nach den Auswegen aus der Krisensituation ab.

Die nächsten Kampfgefährten H. Kohls stellen fest, dass die deutsche Einheit nicht

VICTOR VASSILIEV

Führender wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften Russlands

vvi-1947@yandex.ru



nur die Vergrößerung des Gebiets des Staates sondern auch die Verstärkung seiner politischen Führungsrolle in Europa zur Folge hatte. Die Ergebnisse der Umfrage, die 2015 durchgeführt wurde, zeigten, dass 67 Prozent der Westdeutschen und 72 Prozent ihrer Landsleute in den neuen Bundesländern den Neustart für ihr Land „als Freude“ wahrgenommen haben.¹ Die zusammengeführten Potenziale der intellektuellen Ressourcen der Bundesrepublik und der DDR, die günstige geografische Lage und das fortschrittliche Wirtschaftsmodell führten das neue Deutschland in die Positionen der größten Wirtschaft in Europa und auf die viertstärkste Stelle in der Welt nach den USA, China und Japan.

Zugleich werfen die Ostdeutschen den Westdeutschen vor, dass diese die sozialen Leistungen der Bürger der Ex-DDR nicht verstehen. Das Durchrutschen des Vereinigungsprozesses schadete der Entwicklung des Ausgleichs des Lebensstandards, was auch auf die soziale Ausdifferenzierung der deutschen Gesellschaft, auf die akute Reaktion der Ostdeutschen auf die Entwicklungen im Lande, in Europa und in der Welt auswirkt. Diese und andere Faktoren trugen in vieler Hinsicht auch zur Entstehung der Partei die Linke, die von den unzufriedenen linken Sozialdemokraten und der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) - früheren SED-Anhängern - initiiert wurde, zur Entstehung der Partei linker Populisten „Alternative für Deutschland“ (AfD) bei.

Auch andere Symptome traten in Erscheinung. Scharfsinnige Experten sehen auch im Verhalten der Elitenvertreter des einigen Deutschlands übermäßigen Hochmut, Mentorenhang, Moralisieren, was jeden Analysten und Journalisten hindert, die Probleme unvoreingenommen zu betrachten, sich selbst objektiv zu sehen, der anderen Partei aufmerksam zuzuhören.

Die neue Bundesrepublik „setzte“ aktiv die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens als Subjekte des internationalen Lebens „durch“ und 1992 bekamen neue Balkanstaaten ihre Unabhängigkeit. Die intensive Arbeit Berlins an der



„Befriedung“ Jugoslawiens endete mit dem Einsatz deutscher Luftwaffe bei den Luftangriffen gegen den unabhängigen Staat. Somit wurden die Schlussakte von Helsinki, die Pariser Charta, der Vertrag „2+4“ über die endgültige Regelung der deutschen Frage, das Grundgesetz der Bundesrepublik verletzt, dadurch erhielt die deutsche Außenpolitik eine andere Qualität und Dimension. Anhand der Konsequenzen aus der „Befriedung“ der Serben, lehnte die Bundesrepublik unter der Führung des Bundeskanzlers G. Schröder im „Dreier“-Bund, an dem Russland und Frankreich teilgenommen haben, den gewaltsamen Eingriff der USA im Irak ab, dadurch wurde die Möglichkeit mehrerer Plattformen für die Diskussion akuter Probleme europäischer und internationaler Politik bekräftigt. In diesen Jahren haben Handels- und Wirtschaftsbeziehungen Bundesrepublik-Russland wesentlich an Tempo gewonnen, intensiver wurde der politische Dialog auf höchster Ebene, auf Initiative W. Putins und G. Schröders wurde das intellektuelle Format der Zivilgesellschaft „Petersburger Dialog“ ins Leben gerufen. Der Prozess der historischen Aussöhnung zwischen Russen und Deutschen wurde gestärkt und vorangebracht, die Freundschaft erhielt reale Formen der zwischenmenschlichen Kommunikation. Moskau demonstrierte Edelmut und Großherzigkeit bei der Wiederherstellung der deutschen Einheit und wollte daher in Deutschen treue Freunde und zuverlässige Partner sehen, wobei es diese Linie mit konkreten Taten bekräftigte. 2002 entsandte Russland die Fachkräfte des Ministeriums für Katastrophenschutz in die neuen Bundesländer, um bei der Beseitigung der Folgen des Hochwassers zu helfen. Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte wurde der bekannte Spruch aus der Epoche des Kalten Krieges „Die Russen kommen!“ im positiven Sinne weitergetragen, über die Russen wurde als Verbündete geschrieben, die den Deutschen gegen die Naturkatastrophe unter die Arme gegriffen haben.



Vor dem Hintergrund der zunehmenden sozialökonomischen Probleme, der Unzufriedenheit und der Desorientierung in der Gesellschaft wies der Bundespräsident J. Rau (SPD) am 12. Mai 2004 in seiner sogenannten „Berliner Rede“ auf das unangemessen übertriebene Wohlsein eines bestimmten Personenkreises im öffentlichen Dienst und im Bereich des Wirtschaftsmanagements, auf ihren unermesslichen intellektuellen Hochmut hin. Der Machtkampf, so das Staatsoberhaupt, darf nicht auf die leninsche Formel „wer-wen“ reduziert werden, er darf von den wahren tiefgreifenden Problemen nicht ablenken, wie etwa strukturelle Arbeitslosigkeit – „die größte Wunde der deutschen Gesellschaft“. J. Rau legte den Wert auf die Pflege solcher Tugenden wie Wahrheitstreue, Pflichtbewusstsein und Anstand. Die Sicherheit der Bürger kann nur auf der Grundlage der Aneignung der Formel „wie sind der Staat“ zustande kommen. Der demokratische Staat nimmt wichtigere Funktionen als das konventionelle Unternehmen für die Erbringung der sozialen Leistungen oder Agentur für die Steigerung des Wirtschaftspotenzials wahr. Nur der vernünftige Ansatz an die Einhaltung des rationellen Verhältnisses zwischen Staat und Markt kann die soziale Stabilität und die Gerechtigkeit sicherstellen.

Die Rede des Bundespräsidenten fiel zeitlich mit der liberalen sozialökonomischen Reform „Agenda 2010“ des Bundeskanzlers G. Schröder zusammen. Dieses Projekt stieß die massenhafte Reduzierung der SPD-Wählerschaft an, was sich später in der vorgezogenen Bundestagswahl 2005, in dem Machtantritt der Bundeskanzlerin A. Merkel (CDU) und der Bildung der Koalition der Konservativen und Sozialdemokraten in Erscheinung trat. Der SPD-Spitzenkandidat F-W. Steinmeier hat es während der Parlamentswahl 2009 nicht geschafft, die machtstrebende A. Merkel zu stoppen, die laut den Umfrageergebnissen den Juniorpartner in der Koalition SPD gegen die FDP ausgewechselt hat.



Die aktuellen Diskussionen über das Wertefundament der deutschen Gesellschaft sind, wie wir sehen, keine augenblickliche Erleuchtung der Anhänger und Opponenten verschiedener Entwicklungsrichtungen der Bundesrepublik, der EU. Seit den 2000er Jahren unterziehen Präsidenten, Publizisten, Aktivisten der Zivilgesellschaft der Bundesrepublik die deutschen Eliten, die Massenmedien für ihre Selbstbewunderung und ihren Hochmut einer scharfen Kritik, die unter anderem zum Verfall des Schulwesens, zur Drogen- und Alkoholsucht unter den Jugendlichen, zu ihrem massenhaften Abgang in die virtuelle Computerwelt geführt haben. Bereits damals lauteten nachdrückliche Empfehlungen über die Notwendigkeit, dass die Migranten in der Bundesrepublik unbedingt Deutsch lernen und die Gesetze des Aufenthaltslandes respektieren müssen. Der Trend zur Transformation der Grundlagen der öffentlichen Verwaltung in die sogenannte Zuschauerdemokratie wurde stärker, wenn die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft nicht von den Bürgern, aber von dem engeren Kreis der politischen Klasse und der Manager bestimmt wird, die Jugend aber – die die Zukunft der Bundesrepublik und der Europäischen Union ist – die Lebensorientierungen verliert.²

Bei der solchen Last der inneren Probleme wurde aber – und das muss offen gesagt werden – die Arbeitslosigkeit unter der Bundeskanzlerin A. Merkel wesentlich reduziert, was im wesentlichen Maße auf die exportorientierte deutsche Wirtschaft zurückzuführen ist. Die Bundesrepublik hat die Probleme der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise erfolgreich gemeistert, wurde jedoch mit den Schwierigkeiten konfrontiert, die mit Brexit, mit dem andauernden Ukraine-Konflikt, der Migration, der Spaltung in der EU, der Konfrontation zwischen den USA, der EU und der RF verbunden sind.

Neben den genannten Herausforderungen verstärkten die Erosion der Moral, der Grundsätze der sozialen



Gerechtigkeit, die Konfrontation des Christentums (übrigens seiner postdogmatischen Modifikation) mit den Religionen der Vertriebenen, der Migranten, Flüchtlinge aus anderen Regionen der Welt die zentrifugalen Tendenzen, lösten die Diskussionen über die sogenannten „neuen Deutschen“ aus. Dieser Begriff umfasst nicht nur neue Zuwanderer sondern auch Deutsche selbst, die sich bemühen, ihrer Identität in der neuen Situation bewusst zu werden.

Wenn man die Städtchen der Ex-DDR besucht, sieht man arbeitsfleißige Deutsche, die sorgfältig und mit Begeisterung die mittelalterlichen Bauten renovieren und sie mit modernen Haushaltsgeräten füllen. Heute bereiten den Bürgern andere Probleme Sorgen. Vor ihren Augen verschwindet die frühere Glanz der ehemals gepflegten Plätze in Köln, München, Bonn, das zuckerkuchenähnliche Antlitz der gemütlichen Gemeinden verblasst, Müll kann dort tagelang liegen als Warnzeichen der Unvereinbarkeit der humanistischen Weltanschauung und der Zuwanderer als private Gäste der Frau Bundeskanzlerin. Deutschland ändert sich nach allen Richtungen auffällig, ihre Empfindungen wegen der Veränderungen äußern Deutsche durch den Austritt aus den etablierten Parteien, durch den Übergang in die neu gegründeten Parteien mit ihren radikalen Losungen, dass kommt bei den Wahlen in konzentrierten Form zum Ausdruck.

Rechtsruck als Antwort auf moderne Krisen?

Einer der Symptome der besorgniserregenden Tendenzen in der Bundesrepublik sind wachsende nationalistische und populistische Stimmungen, die Entstehung der Bewegungen und Parteien, die die lange andauernden Krisen, Spaltungen, Herausforderungen sich zunutze machen. In einigen EU-Staaten schwanken ihre Umfragewerte zwischen 20 und 45 Prozent. Zusammenschluss der Rechtspopulisten mit



den linken Populisten vollzieht sich auf der Grundlage ihrer Politik und Praxis der Ablehnung der „Andersgläubigen“, auf ihrer Positionierung als Garanten des Schutzes des „kleinen Mannes“. Rechtspopulisten und ein Teil der nationalistisch gesinnten Linken präsentieren sich als reale Europäer mit den Losungen über „Europa der Völker“. Daher sehen sie das Rezept für die Problemlösung in der Rückkehr in die nationale Zufluchtsstätte, in der Praxis bedeutet das die Versprechen der lichten Quasizukunft – die idealisierte Vergangenheit. CDU und SPD versuchen mit den prophylaktischen Maßnahmen die politischen Manöver der rechten und linken Populisten einzuengen und sehen in der Bundestagswahl 2017 und Europawahl 2019 die Kraftprobe zwischen proeuropäischen Parteien und euroskeptischen Strömungen mit den nationalistischen Losungen und die Möglichkeit, die Erweiterung der nationalistischen Wählerschaft zu verhindern. Einzug der Partei der Rechtspopulisten „Alternative für Deutschland“ in die zehn Landtage, ins Europaparlament, die Perspektiven ihres Einzugs in andere Landesparlamente und in den Bundestag zeugen über das erweiterte Potenzial der Unzufriedenheit.

Die Tatsache, dass 25 Prozent der befragten Deutschen mit der AfD sympathisieren, scheint gefährlich zu sein, der Versuch einiger Funktionäre dieser Partei auf der Holocaust-Tragödie zu spekulieren, zieht die „Reinheit der Sinnen und Trachten“ der AfD in Zweifel, weil die antisemitische Rhetorik von den Neonazis aus der Nationaldemokratischen Partei (NPD) genutzt wird. Das bestätigt die Möglichkeit, dass sich der Rechtspopulismus mit dem Rechtsextremismus vereinen kann. Laut den Meldungen der deutschen Massenmedien hat es die Berliner NPD-Filiale geschafft, die Zahl ihrer Anhänger durch die Instrumentalisierung des Themas der Flüchtlinge zu vergrößern. 2015 entdeckte der Militärische Abschirmdienst (MAD) die rechtsextremistischen Aktivitäten der drei Soldaten



und eines Zivilangestellten der Bundeswehr, sie waren aus der Armee entlassen.³

Ein weiterer Versuch des Bundesverfassungsgerichts, NPD zu verbieten, scheiterte. Das Urteil der obersten Gerichtsstanz vom 17. Januar 2017 – geringe Mitgliederzahl der Partei und ihr „bescheidener Einfluss“ auf die Gesellschaft stellen angeblich keine Gefährdung dar – scheint wenig aussagekräftig und sogar schädlich zu sein. Die „humane Einstellung“ der deutschen Justiz gegenüber der NPD fiel zeitlich mit den Einsätzen der deutschen Strafverfolgungsbehörden gegen die Mitglieder der rechtsextremistischen Bewegung der sogenannten „Reichsbürger“ zusammen. „Reichsbürger“ erkennen die Bundesrepublik als Staat nicht an und bestehen auf der weiteren Existenz des Dritten Reichs, dessen Gebiet heute durch die Siegermächte besetzt ist. Die Ausfertigung der Ausweise, Autokennzeichen des virtuellen Staates könnte absurd erscheinen, hätten die Geheimdienste der Bundesrepublik bei den „Reichsbürgern“ Waffen nicht sichergestellt und hätten die „ewig Gestrigen“ die Polizeibeamten nicht angegriffen.

Der sichere Vormarsch der Freiheitlichen Partei Österreichs, deren Vertreter nur mit einem kleinen Abstand hinter dem Kandidaten der „Grünen“ bei der Präsidentenwahl im Dezember 2016 verlor, Brexit – das sind die beunruhigenden Signale an die Führungspolitiker der EU-Mitglieder, die es noch nicht geschafft haben, effiziente Instrumente für den Widerstand gegen den Populismus, Nationalismus zu entwickeln.

Die Wahlergebnisse zu den deutschen Landtagen im März und September 2016 zeigten tektonische, tiefgreifende Prozesse, die weitere Ausdifferenzierung zwischen Reich und Arm, die für Deutschland schmachtvolle Erscheinung der wachsenden Kinderarmut, die Konfrontation zwischen den Anhängern der traditionellen Identität und den Trägern der an das neue Europa angepassten Philosophie zur Folge



hatten. Besonders deutlich zeigte es sich in den neuen Bundesländern. Die Wähler in Ostdeutschland, die sich nur soeben im vereinten Deutschland integriert haben, konfrontierten mit der neuen europäischen Identität, die für das ostdeutsche Sozium mit den Vorstellungen über die traditionelle Identität der Westdeutschen keinesfalls im Einklang stand. Das ostdeutsche Sozium hat sich offensichtlich an den etablierten parlamentarischen Parteien enttäuscht, deren Programmorientierungen immer stärker ausgehöhlt werden, die ihr Profil verlieren und in ihrer substantiellen Gesichtslosigkeit den Parteien des sogenannten demokratischen Blocks der Ex-DDR immer ähnlicher werden.

Signifikant sind die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern am 4. September 2016, wo AfD fast 22 Prozent der Stimmen bekam und eine ernsthafte symbolische Niederlage der Bundeskanzlerin beigebracht und die CDU (19 Prozent) auf den dritten Platz verdrängt hat. CDU, die in diesem Bundesland stabil den zweiten Platz nach der SPD eingenommen hat, trat ihn an die rechten Populisten ab. Alle Experten stellen die Tatsache fest, dass Mecklenburg-Vorpommern, wo der Wahlkreis A. Merkels für die Bundeswahl liegt, was die Niederlage der CDU in der politischen Heimat ihrer Vorsitzenden bedeutet. Nach dem großen Erfolg kündigte die AfD den Anfang vom Ende der Macht A. Merkels. Die Wahlergebnisse am 4. September 2016 wurden zum Zünder der innerparteilichen CDU-Diskussion über die Zukunft der Partei, über die Erarbeitung adäquater Lösungen in der Bundesrepublik, der EU vor allem zu den Migrationsproblemen.

Zugleich haben die Wahlergebnisse gezeigt, dass in der Gesellschaft die Führungspolitiker der etablierten und kleineren Parteien gefragt werden, die die Interessen des „Menschen von der Straße“ an der Sicherheit, Arbeit, Bildung berücksichtigen. Diese Tendenzen wurden mit den Wahlergebnissen zum Abgeordnetenhaus in Berlin



am 18. September 2016 bekräftigt. CDU, die in der Koalitionsregierung des Landes mit der SPD war, verlor den Status des Juniorpartners und die Sozialdemokraten bildeten die Koalition mit den „Grünen“ und der Linke.

Sicherlich hat der Austritt der prominenten Vertreterin, der früheren Vorsitzenden des „Bundes der Vertriebenen“ E. Steinbach aus der CDU im Januar 2017 A. Merkel sehr beunruhigt, die damit ihren Protest gegen die Flüchtlingspolitik der Parteivorsitzenden bekundete. Das war die Untergrabung der Grundlagen des traditionellen deutschen Konservatismus. Die Netzwerkgruppen, die in der CDU entstehen, etwa der „Berliner Kreis“, schlagen Alarm wegen der Fehler A. Merkels, die die Stimme ihrer Parteimitglieder, der einfachen Deutschen nicht hören will. Traditionelle Anhänger der Bundeskanzlerin verlassen weiterhin die CDU: glaubt man den deutschen Massenmedien, haben allein im Dezember 2016 über 3 000 ehemalige CDU-Mitglieder ihre Parteimitgliedsbücher abgegeben.

Die CDU-Mitglieder, die mit der Politik A. Merkels nicht einverstanden sind, machen auf die AfD aufmerksam, in der neben den Nationalisten es auch den gemäßigten Flügel gibt. Seine Vertreter stürmen die Bürohäuser nicht, verbrennen die Autoreifen nicht, sie schießen nicht gegen die Polizeibeamte, sondern sind zu der normale Verwaltungs- und Gesetzgebungstätigkeit bereit. Die Empfehlungen über die mögliche Regierungskoalition der Konservativen mit der AfD werden laut, obwohl die CDU-Spitze diese Initiativen selbstverständlich ablehnt. In den wissenschaftlichen Kreisen redet man immer aktiver, dass durch Europa die „Geister“ des Nationalismus, Populismus streifen. Nach der Meinung der Wissenschaftlerin E. Roll erfasst der Nationalismus wie eine Infektionskrankheit ein EU-Staat nach dem anderen... Der rechte Radikalismus und Faschismus können sich auf einmal zusammenschließen.⁴ In den Diskussionen lautete auch das



Thema der Weimarisierung Europas. Deutsche, andere Völker des Kontinents kennen das Materialisieren der „Geister“ mit ihren tragischen Folgen.

Blutige Verbrechen der Einzeltäter, die nichtrealisierte „neue Deutsche“ sind, in Bayern im Juli 2016, der Terroranschlag gegen Besucher auf dem Weihnachtsmarkt im Zentrum Westberlins im Dezember 2016 erschütterten die multikulturelle Gesellschaft der Bundesrepublik, deren Führung sich bemüht, die öffentliche Meinung zu beruhigen, ohne offensichtlich eigenes Unvermögen zuzugeben, die weltumspannende „Völkerwanderung“ zu verdauen und die wachsenden populistischen Stimmungen zu neutralisieren. Geschlossene Angriffe der Populisten in Österreich, Ungarn, der Niederlande, Frankreich, Polen gegen A. Merkel – „Flüchtlingskanzlerin“ – erhöhen das Risiko für den Aufbau der rechten Internationale. Die aktuelle Aufgabe des offiziellen Berlins ist daher, die Verwandlung der Populisten, radikalen Nationalisten in die dominierende politische Kraft zu verhindern. Wie schwierig diese Aufgabe sein kann, zeigte die Versammlung der Fraktion des EU-Parlaments „Europa der Nationen und Freiheiten“ im Januar 2017 im deutschen Koblenz, auf der die Spitzenpolitiker der eurokritischen Parteien den Sieg D. Trumps begrüßt und die Migrationspolitik A. Merkels scharf kritisiert, den Zerfall der Europäischen Union, den Aufbau des neuen Europas modelliert haben.

In diesem Sinne bleibt es dem offiziellen Berlin nicht Weiteres übrig, als alle seine Fehlkalkulationen Moskau in die Schuhe zu schieben, das angeblich sogar Populisten und Nationalisten der Bundesrepublik unterstützt und finanziert.

Hier wäre darauf hinzuweisen, dass die neonazistische NPD in Westdeutschland Mitte der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts unter der „großen Koalition“ aus der CDU/CSU und SPD entstand und in 7 von den 10 damaligen Landtagen vertreten war. Daher soll sich Berlin über die objektiven Gründe der



Entstehung populistischer und neonazistischer Parteien und Bewegungen Gedanken machen. Denn in die AfD haben auch frühere CDU-Aktivisten mit einem soliden Parteialter gewechselt. Vor diesem Hintergrund ist die politische Blindheit auch jener deutschen Politiker, die Moskau enthüllen, bedrückend, die nicht nur auf die Aktionen der ukrainischen ultranationalistischen Kräfte das Auge zudrücken. Das weitere Schweigen Berlins über die Banderisierung der Ukraine, schüchterne Vorwürfe wegen der nationalistischen Streiche der Radikalen können nicht umhin, die Annahme hervorzurufen, dass permanente Erklärungen Berlins über die Unterstützung Kiews – man möchte das nicht glauben – zum gesamten Spektrum politischer Bewegungen eines „unabhängigen Staates“ gehören.

Selbstverständlich ist es niemandem verboten, die Nationalisten zu Demokraten umzuerziehen. Das ist eine edle Aufgabe, Europa hat dabei reiche Erfahrungen, jedoch auch widersprüchliche und mit dem negativen Beigeschmack. Kaum jemand zweifelt, dass ein weiteres Scheitern des Versuchs, NPD zu verbieten, Neubanderianer in der Ukraine zu neuen Fackelprozessionen in Kiew, zu weiteren Aufmärschen zu Ehren der „ruhmreichen Kämpfer“ aus der Waffen SS in anderen Staaten des Abendlandes inspirieren wird.

In der Situation der zunehmenden terroristischen Bedrohung, der Stimmungen der Wählerschaft sieht sich A. Merkel gezwungen nicht nur die Rhetorik sondern auch die Taktik zu ändern und in die Verhärtung der Migrationsregelungen einzuwilligen. Im neuen politischen CSU-Programm, das Anfang November beschlossen wurde, sind Vorschriften enthalten, die den AfD-Positionen ähneln. Im CSU-Papier werden unter anderem solche Kategorien hervorgehoben, wie die Liebe zur Heimat (kleineren), zum Vaterland, zu Europa, Patriotismus, Familienwerte, die auf die Wahrung und Entwicklung der wahren bayerischen, deutschen



Traditionen gerichtet sind. Somit wird hervorgehoben, dass nicht nur AfD das Monopol auf die Erhaltung und den Schutz der moralisch-ethischen Daseinsnormen hat.

Die Bayern räumen der „Leitkultur“, d.h. der Wahrung der kulturellen und historischen Basistraditionen der Deutschen die Priorität ein, halten deutsche Sprache für ihr Kernstück. In den Programmen der CSU und der AfD kann man nicht nur intellektuelle Konfrontation, sondern inhaltliche Übereinstimmung in ihren Ansätzen an Kultur und Sprache, an die Entwicklung des Status der Familie auf der Basis der christlichen Traditionen die Unerschütterlichkeit der Ehe zwischen Mann und Frau feststellen. In der Resolution des CSU-Parteitages (Dezember 2016) sprachen sich seine Delegierten unter anderem für die Wahrung deutscher Identität, für härtere Abschiebung der Einwanderer, denen kein Asyl gewährt wurde, ab. Die CDU/ CSU-Führung machen keine Zugeständnisse an den rechten Flügel ihrer Parteien, sie stellen vor allen die soziale, kulturelle und wertbezogene Sperre gegen die propagandistischen Klischees des nationalistischen AfD-Flügels, der sich bemüht die aggressive Rhetorik mit den antisemitischen Elementen zu nutzen und dabei sich die Bundestagswahl 2017 als Ziel stellt.

Deutschland: Hegemon, Moderator, Vermittler, Ausgleich?

Die Analysten meinen, dass das vereinte Deutschland – die Macht in der Mitte des Kontinents – verpflichtet ist, die Integrität Europas zu erhalten, die permanent entstehenden zentrifugalen Kräfte zu löschen, die Widersprüche aufzuheben und Moderator in der Bildung der Interessenbilanz zu sein. Der Moderator soll eigentlich weitsichtig sein und Maßgefühl, gutes Augenmaß und das diplomatische Taktgefühl besitzen, Entschlossenheit, Geduld und Ausdauer demonstrieren. Eine



Großmacht kann sich nicht leisten, kleinkariert zu sein und schon gar die Fehler zu begehen.

Eigentlich begann Berlin seine Außen- und Sicherheitspolitik noch vor der ukrainischen Krise zu modernisieren. Die Reden der Außen- und Verteidigungsminister – F.-W. Steinmeier und U. von der Leyen – auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2014, wo es darum ging, dass Deutsche bereit sind mehr Verantwortung in internationalen Fragen zu übernehmen, passt logisch in den gesamtnationalen Diskurs über die erneuerte Positionierung Berlins in der neuen Situation. Der Appel des Bundespräsidenten J. Gauck, „schneller, entschlossener und substantioneller zu handeln“, widerspiegelte das veränderte Paradigma der Außenpolitik Berlins, das seine Führungsrolle in der Gestaltung der neuen internationalen Ordnung und bei der Lösung der ausbrechenden Konflikte angekündigt hat. Dabei vergaß Berlin nicht, dem Kontinent und der Welt das europäische Wesen Deutschlands zu demonstrieren, seiner Rolle bewusst zu werden und handelte wohl klug und vorsichtig, dabei und vermied es den Anlass, die Vitalisierung der „deutschen Frage“ aufzuwerfen.

„Das deutsche Europa“ mit seinen Versuchen, objektive Prozesse und den „nationalen Stolz der Jungeuropäer“ in den Rahmen sogar der edlen Zielsetzung hineinzupferchen, wird die negative, verdachtsbeladene Reaktion unbedingt auslösen. Die Erklärungen deutscher Politiker, die Publikationen zum Thema der Bereitschaft Berlins, mehr Verantwortung in Europa und in der Welt zu übernehmen, werden kritisch unter die Lupe genommen. Die Diskussionen zeigen, wie „dünn das Eis“ bei der Wahrnehmung der deutschen Rolle ist, das als „das vierte Reich“ in den Staaten der südlichen EU-Flanke und nicht allein dort genannt wird. Im Kontext dieser Diskussionen zitieren die Experten die fast klassische Äußerung des Nobelpreisträgers für Literatur T. Mann 1953, wo es um die Wichtigkeit des Aufbaus des



europäischen Deutschlands ging. Experten denken an den Höhepunkt der Begeisterung für solche Formel während der Wiederherstellung der deutschen Einheit zurück, müssen heute jedoch das paradoxe Ding über das europäische Deutschland in einem gewissen deutschen Europa feststellen.⁵

Nach der Meinung des prominenten deutschen Wissenschaftlers U. Beck wurde die wirtschaftsstärkste Bundesrepublik durch die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise in die Stellung der führenden europäischen Macht „katapultiert.“ Deutschland, das aus den Trümmern des Zweiten Weltkrieges wiedererstanden war, verwandelte sich aus dem Lehrling in den Mentor Europas. Der Wissenschaftler erläutern aber, dass das Wort „Macht“ für Deutsche nach wie vor als Schimpfwort lautet, sie haben es gerne durch solche Begriffe, wie „Verantwortung“, „nationale Interessen“ ablösen lassen. Die letzteren Termini wurden geschickt durch gezielte Überlegungen über Europa, die Welt, Kooperation, Wirtschaftsstabilität getarnt.

Es wäre jedoch unzulässig zu glauben, dass der Aufschwung und die Verwandlung Deutschlands in die Führungsmacht im „deutschen Europa“ ein Ergebnis der geheimen tückischen Taktik sind. Der Prozess des wachsenden Einflusses der Bundesrepublik verlief mindestens im Anfangsstadium unter der Einwirkung der Finanzkrise spontan. A. Merkel erblickte in den Krisenerscheinungen eine günstige Gelegenheit, die außenpolitischen Positionen des Landes und selbstverständlich ihrer Popularität zu stärken und nutzte diese Chance geschickt. In diesem Sinne erwies sich die Bundeskanzlerin als fleißige Schülerin N. Machiavelli und ihr Stil in der Politik erhielt analog den Namen „Merchiavelli“.⁶

Während einige EU-Mitgliedsstaaten in der gefährlichen Finanz- und Wirtschaftskrise versanken, betrieb sie den Kurs auf die Stabilität des Landes, die Erhaltung der EU und gewährte den problembehafteten Staaten Hilfe. Im Ergebnis



trat in der deutschen Politik, in den Massenmedien, in der öffentlichen Meinung der Nationalstolz der Deutschen auf erreichte Erfolge in Erscheinung. Selbstwahrnehmung der Deutschen bekam einen neuen Sinn: sie sind zwar keine Herrscher Europas, jedoch sind Deutsche seine Mentoren, Lehrer. Deutsche übernahmen politische Verantwortung für die Realisierung der entschiedenen Kurses nicht nur im Finanz- und Wirtschaftsbereich, sondern auch im Umweltschutz und der Energie. Sie empörten sich über den Leichtsinn der Griechen und Portugiesen, Spanier und Italiener, sie beschlossen in der Haushaltsdisziplin, der Steuermoral, der behutsamen Behandlung der Natur Mentor zu werden. Versprach H. Kohl „blühende Landschaften“ in Ostdeutschland, hielt A. Merkel diese Vorhaben für ihre historische Aufgabe im ganzen Europa und ging von der Einsicht aus, dass für Deutsche der Status des Mentors und des moralischen Aufklärers Europas besser geeignet wäre.

Dieser Ansatz ist durch die dramatische Vergangenheit, ihre Überwindung, die wachsende Rolle des vereinten Deutschlands motiviert, die aktuelle Selbstidentifizierung der Deutschen ist in die Zukunft des einigen Europas gerichtet. U. Beck hält es für angebracht, über das „deutsche Europa“ zu sprechen, in dem die demokratische Bundesrepublik verantwortungsbewusst in der Gestaltung und der Umsetzung der europäischen Politik, in der wirtschaftlichen Entwicklung des Kontinents mitwirkt. Er lehnt den Terminus „das vierte Reich“ entschieden ab, hält ihn für absurd, weil die heutige Bundesrepublik ihren Willen anderen Staaten mit der Waffengewalt nicht aufzwingt. Zugleich leugnet er nicht, dass eine starke Wirtschaftsmacht, die sich nicht durch die Logik des Krieges leiten lässt, andere effizientere Instrumente besitzt und beispielsweise die Strategie der Verweigerung der Kredite und Investitionen in der Krisensituation verwendet. Deshalb wird die These über den Status Deutschlands als „guter und



nur guter Hegemon“ im europäischen Orchester der größeren und kleineren Staaten hartnäckig durchgesetzt.

U. Beck ist gar nicht der einzige Wissenschaftler, der sich mit dem Problem des Status des modernen Deutschlands auseinandersetzt. Der prominente Experte H. Münkler, der in seiner Forschung den Terminus „germanisiertes Europa“ meidet, charakterisiert die heutige Bundesrepublik als einen erzwungenen harten Erzieher der wirtschaftlich schwachen EU-Mitgliedsstaaten und als den wichtigsten „Kassierer, Sponsor“ – Retter der problembehafteten europäischen Staaten. Aus seiner Sicht besitzt die Bundesrepublik potenzielle Möglichkeiten in den Bereichen der Wirtschaft, Politik, Ideologie, Kultur sowie im militärischen Bereich wegen des Gesamtpotenzials der Bundeswehr und der Rüstungsexporte, sie spielt in der EU die gleiche Führungsrolle wie die USA in der globalen Politik und Wirtschaft. Ohne das Wesen der deutschen Ideologie genauer darzulegen, fasst der Experte den militärischen Faktor als extreme Maßnahme auf. Man kann der Meinung der Analysten zustimmen, dass das Berlin-Paris-Tandem nicht ganz ausreicht, um die Länder zu beruhigen, die gegenüber der Bundesrepublik traditionell misstrauisch gesinnt sind. Deshalb kann der Anschluss anderer Staaten etwa Italien, Polen an die Verbindung Deutschland-Frankreich die Vorurteile mildern und helfen, auf die aktuellen Herausforderungen kollegial antworten, darunter auch auf die im Zusammenhang mit dem Wahlsieg D. Trumps in den USA.

D. Trump vermischte alle Karten des offiziellen Berlins, das während des Wahlkampfes in den USA effiziente Instrumente der deutschen Medien wirksam gemacht hat, um eigene Bürger mit dem Machtantritt des amerikanischen Populisten einzuschüchtern. Die Umfragen zeigen, dass über 60 Prozent der Deutschen wegen des Wahlsieges D. Trumps besorgt sind. Die Ansprüche Berlins auf die Führungsrolle in Europa haben den politischen Spürsinn der Führungselite der Politiker



in der Bundesrepublik, die sich in den her abschätzenden, schmähenden Einschätzungen D. Trumps nicht einschränken ließen. Auch der erfahrene Chefdiplomat F.-W. Steinmeier, der den Amerikaner „Hetzträger“ bezeichnet hat, „stolperte“ darüber. Und wiederum demonstrierte A. Merkel Ausdauer, allerdings bot sie später dem US-Präsidenten in der ultimativen Form Kooperation auf der Wertebasis an. Sie, die sie von Obama für die Rolle der wichtigsten Hüterin und Trägerin des liberalen Globalismus inspiriert wurde, hat wohl vor, dieser Linie zu folgen.

Wie dem auch sei, bleibt offizielles Berlin trotz der stabilen Tendenz zur Steigerung des Grades der kritischen Wahrnehmung des neuen Herrn im Weißen Haus durch die Öffentlichkeit der Bundesrepublik treuer Verbündete, Partner und Freund der USA. Die Zusammenarbeit zwischen den Verteidigungsbehörden, federführenden Ministerien der Bundesrepublik und der USA, mehrere Projekte zwischen den Gesellschaftsverbänden, wie etwa „Atlantische Brücke“, „Junge Anhänger der transatlantischen Kooperation“, in denen dem intellektuellen Kern der deutschen Gesellschaft die amerikanische Lebensweise mit der Betonung des gewichtigen US-Beitrages zur Befreiung der Deutschen vom Nazismus, beim Aufbau Deutschlands erfolgreich beigebracht wurde, verfestigten die Unerschütterlichkeit der transatlantischen Partnerschaft.

Die Expertise, die besagt, dass bei den grundlegenden Veränderungen in der Welt die ernsthafte Nachfrage der deutschen Öffentlichkeit nach dem qualitativ neuen außenpolitischen Kurs Berlins gefragt ist. Die Bundeskanzlerin konfrontierte mit der neuen Philosophie der transatlantischen Partnerschaft, deren Paradigma mit den neuen Inhalten nach den Vorgaben des wichtigsten NATO-Sponsors mit seinen Vorstellungen über die vielen Anziehungszentren in der internationalen Politik aufgefüllt wird.



Unkalkulierbares Verhalten D. Trumps stürzte das deutsche Establishment in Fassungslosigkeit und Verlegenheit, seine wichtigsten Akteure, wie ein Kommentator es treffend formuliert hat, sehen sich als abgestoßene Kinder, die dem Schicksalswillkür überlassen wurden. Jedoch weisen „Berliner Kinder“ dem US-Staatschef seinen Platz an, kritisieren D. Trump hart, etwa für den Mauerbau an der Grenze zu Mexiko, für die Einschränkung der Migranteneinreise in die „Neue Welt“. Das politische Gedächtnis ist jedoch sehr kurz: Es sei erinnert, dass deutsche offizielle Kreise das Europrojekt Jazenjuks – die Mauer an der Grenze zu Russland zu bauen – einstimmig unterstützt haben.

Das Telefonat D. Trumps mit A. Merkel am 28. Januar 2017 zeugt inzwischen über ihren einheitlichen Ansatz an die Rolle der NATO, allerdings mit einigen Nuancen über den aktiveren Beitrag der Deutschen zur finanziellen Komponente der Bündnisses, über die Bereitschaft, „die ohnehin ausgezeichneten bilateralen Beziehungen USA-Bundesrepublik zu vertiefen“. Dieses Gespräch zeigte, dass A. Merkel dem Schlag widerstehen kann, denn bisher beleidigte D. Trump die Bundeskanzlerin mit seinen früheren Äußerungen über den katastrophalen Fehler A. Merkels in der Flüchtlingspolitik. Sie hat ja gutes Gedächtnis.

Was für den Russen gut ist, ist für den Deutschen... vorteilhaft

In der Russischen Föderation weiß man gut den Beitrag des vereinten Deutschlands zur Entwicklung des neuen Staatswesens, zum Aufbau der zivilbürgerlichen Institute, des neuen Wirtschaftsmodells, des Mehrparteiensystems des neuen Russlands. Nach dem Zerfall der UdSSR, in der Zeit der totalen Warenknappheit und der Schocktherapie leisteten offizielle Politiker Deutschlands, kommunale Strukturen und



ein großes Heer der Freiwilligen der Zivilgesellschaft konkrete Unterstützung in Form der Kredite und der humanitären Hilfe nicht nur für Moskau und St.-Petersburg, sondern auch den Ortschaften in der entfernten russischen Provinz. Humanitäre Hilfe wurde in die Kinderheime, Invalidenheime, Krankenhäuser, Kliniken gebracht. Deutsche Freunde und Partner organisierten die Aktionen für die Lieferung der humanitären Hilfe, der medizinischen Anlagen und Arzneimittel für die Rettung der Kinder von den bei uns damals unheilbaren gefährlichen Krankheiten. Berühmt ist die Aktion „Murmansk-Konvoi“, deren Organisatoren 2003 Arzneimittel, Haushaltsgegenstände, Lebensmittel gesammelt und unter Umgehung mehrerer bürokratischen Barrieren die wahrhaft wertvollen humanitären Güter in den russischen Norden gebracht haben.

Bei der Einschätzung der positiven Sicht unserer Mitbürger auf Deutschland und Deutsche in den 1990er-2000er Jahren kann man nicht umhin festzustellen, dass sie dank der wohlwollenden Berichtserstattung russischen Journalisten über das vereinte Deutschland, über die Treffen der Führungspolitiker der Bundesrepublik und Russlands B.N. Jelzin und H. Kohl und später G. Schröder und W.W. Putin formiert wurde. Die ersten Jahre der Zusammenarbeit des russischen Staatschefs mit der Bundeskanzlerin A. Merkel wurden auch im positiven Lichte dargestellt, bis die Chefin des Ministerkabinetts der Bundesrepublik, die in den Fußstapfen des Verbündeten aus der Übersee folgte, sich in die professionelle Menschenrechtlerin auf dem Gebiet der Russischen Föderation verwandelt hatte. Das Wichtigste ist aber die pauschale Kritik der russischen Realitäten durch die Bundestagsabgeordneten und Massenmedien wurde an die russischen Bürgern nicht weiter geleitet und in den gesellschaftlich-politischen Kreisen hielt man es nicht für angebracht, auf schroffe Erklärungen deutscher Politiker zu antworten.



Positive und, wie es sich erwiesen hat, naive, leichtgläubige Erwartungen waren dermaßen verbreitet, dass es nicht üblich war die Debatte im Bundestag zu beachten etwa über den Krieg in Tschetschenien, die Verletzung der Menschenrechte, das langsame Tempo der Reformierung der Justiz und des Aufbaus der Zivilgesellschaft in der RF, bei der Überwindung des Stalinismus. Der übermäßig kritische Ton der deutschen Massenmedien gegenüber Russland entsprach dem Niveau der Vertrauensverhältnisse, die sich zwischen der Führung der Bundesrepublik und der RF formiert haben. Der Mentorenton der deutschen Seite stand im Widerspruch zu den Erwartungen russischer Eliten, die wie es sich später erwiesen hat, übertrieben waren.

Das passive Verhältnis der Bundesrepublik zum Petersburger internationalen Wirtschaftsforum kann nicht umhin zu verwundern. Es wurde 1997 auf Initiative des damaligen Vorsitzenden des Föderationsrates E.D. Stroev ins Leben gerufen. Es schien, dass das Forum zum Magnet für deutsche Politiker, Vertreter der Geschäfts- und Expertenkreise werden kann. Da aber die Treffen in der Stadt an der Newa im Abendland als Gegengewicht zum Forum in Davos wahrgenommen wurden, waren die Gäste aus der Bundesrepublik auf der Ebene des Ministerpräsidenten von Brandenburg M. Stolpe (SPD), einzelner Bundestagsabgeordneten, Fachleute der deutschen Unternehmen, die in der RF akkreditiert sind, vertreten.

Die Zurückhaltung deutscher Seite gegenüber diesem Format, in dem sich die Möglichkeiten für die Gespräche mit dem Regierungsvorsitzenden der RF, den Leitern der Regionen bieten, entmutigten die Veranstalter des Forums in Moskau und Petersburg, die die Bundesrepublik für das freundschaftliche und Russland nahe stehende Land mit seinem naturgemäßen Hang zu Russland hielten. Es sei am Rande gemerkt, dass an einer Sitzung in St.-Petersburg die Delegation Lettlands unter der Führung des Verkehrsministers



teilgenommen hat. Zahlreiche Delegationen der VRChina auf der soliden Ebene sind ein deutliches Beispiel für die professionelle Prognose und das reale Interesse an der Kooperation mit Moskau. Da kann man den Unterschied deutlich verstehen. Vielleicht gab es Gründe, aus denen man in der Bundesrepublik nicht für sinnvoll hielt, repräsentative Delegationen nach St.-Petersburg zu entsenden. Inzwischen war man in der RF weiterhin über Deutschland als aufrichtiger Freund und zuverlässiger Partner begeistert.

Die Bereitschaft Moskaus, mit Berlin intensiv zusammenzuarbeiten, die Trägheit der wohlwollenden Wahrnehmung neuen Deutschlands durch die Russen wurde durch die zunehmend scharfe Kritik russischer Realitäten durch Berlin entwertet. Man kann an die Rede des Doktors L. Roschal auf der Sitzung des „Petersburger Dialogs“ in Hamburg im September 2004 zurückdenken, als er, der die Erfahrungen der Verhandlungen mit Terroristen in Beslan besaß, die Frage an die deutsche Öffentlichkeit und Massenmedien richtete: welches Russland Deutschen passt, sie waren ja mit Russland Nikolai II., Lenins, Stalins, Chrustschows, Brezhnews, Putins nicht zufrieden? Er meinte, dass sie vielleicht mit Russland Jelzins, dem schwachen und ihnen in den Mund guckenden, zufrieden waren.

Die Frage des Aktivisten der Zivilgesellschaft war unbeantwortet geblieben und sein Interview über die Beslan-Tragödie wurde im deutschen Fernsehen nur 30 Sekunden lang ausgestrahlt. In Russland wird man die Solidarität nicht vergessen, die die Führung der Bundesrepublik, die normalen Bürger in den Tagen der Beslan-Tragödie demonstriert haben. Tausende Deutsche spendeten Gelder und Spielzeug für die Schulkinder in Beslan. Gesellschaftsverbände Brandenburgs nahmen die Kinder Nordossetiens für die Rehabilitierung und Erholung in den Sportzentren – ehemaligen Pionierlager aus den Zeiten der DDR - auf. Auch in anderen Bundesländern



kümmerten Bürgerverbände um russische Kinder als nächste Angehörige. Jedoch war die Reaktion der Deutschen auf die Überlegungen Roschals nur eine der Episoden, die die Ambivalenz der Beziehungen Moskau-Berlin bestätigt.

Nur die Analyse der Gesamtheit aller Entwicklungen und Fakten erlaubt es, sich einzelner Gründe bewusst zu werden, aus denen prominente russische Analysten bis heute Genesis der harten Reaktion des offiziellen Berlins auf die ukrainischen Ereignisse im Frühjahr-Sommer 2014 und die Hartnäckigkeit der sentenziösen Rhetorik gegenüber Moskau nicht verstehen können. Außerdem hielten viele russische Politiker und Analysten das vereinte Deutschland für den „Anwalt“ der Interessen Moskaus auf der internationalen Bühne und nannten Bundesrepublik sogar „prorussische Macht“. Ihre Botschaft war folgende: in der Situation der ukrainischen Krise werden die Politiker der Bundesrepublik, die die Spaltung der Nation erlebt, versuchen, die Entscheidung der RF-Führung über die Frage der Wiedervereinigung der Krim mit Russland zu verstehen.

Leider ist in den letzten Jahren von der „Partnerschaft für die Modernisierung“ als feste Konstante nur der negative Hintergrund der deutschen Massenmedien geblieben, die auf die Köpfe der Deutschen „erfolgreich“ einwirken, den Grad der Russenfeindlichkeit erhöhen, das stellen soziologische Zentren der Bundesrepublik als selbstständige Urteile der Mitbürger dar. Nach dem Grad des anprangernden Pathos an Russland während der Olympischen Sommerspiele in Brasilien gehört den deutschen Massenmedien einer der ersten Plätze. Harte Positionen der Politiker und Experten in der „russischen Frage“ bekamen den einheitlichen Charakter und der entgegengesetzte Standpunkt wird von dem politischen Mainstream als Abkehr von den europäischen Interessen eingestuft.

Es gibt auch ausgewogene Meinungen in den Expertenforschungen, beispielsweise von der Friedrich-Ebert-



Stiftung, aber sie sind eher eine Ausnahme. In der RF sieht die Situation aber etwas anders aus. Einige Analysten meinen, dass die Wirtschaft, der humanitäre und sogar der politische Bereich in den russische-deutschen Beziehungen heute gut funktionieren. Andere Experten bestehen darauf, dass die führende Rolle der Bundesrepublik in der EU in ihrem Wesen die Rolle des Statthalters der USA, des hörigen Instruments der Politik Washingtons und der NATO ist.

Die Frage ist jedoch komplizierter. Im Zuge der Konsolidierung der transatlantischen Partnerschaft, was sich in den Beschlüssen des NATO-Gipfels in Warschau im Juli 2016 zeigte, A. Merkel, der die vollkommene Nachgiebigkeit gegenüber Washington zugeschrieben wird, versucht, sie als konsequente Staatsfunktionärin im Voranbringen und dem Schutz der Interessen der Bundesrepublik und der EU darzustellen, eine wichtige Rolle spielt.

Die Meinung des Autors besteht in der notwendigen objektiven Einschätzung des komplizierten menschlichen Charakters und in gewisser Hinsicht talentierten Chefin des Ministerkabinetts der Bundesrepublik, die ohne die Traditionen deutscher Bundeskanzler im Sinne der Verbundenheit zu der transatlantischen Solidarität zu verraten, eigene Sicht der internationalen Prozesse hat. Die Thesen A. Merkels über die Voraussetzungen für die Aufhebung der gegenseitigen Sanktionen, „woran sie sehr interessiert ist“, durch ihre persönlichen Empfindungen über das massive Rollen russischer Panzer über die ukrainische Grenze entwertet wird. Über ihre Panzeralträume erzählte sie Ende August 2016.⁷

Eine komische Einschätzung, aber dieses Weltempfinden wiederholt eins zu eins die Halluzinationen P. Poroschenkos. Daraus kann man schließen, dass diese Nachträume die deutsche Bundeswehr veranlasst haben, an dem Vorankommen der NATO-Infrastruktur an die Grenzen der RF teilzunehmen. Der insgesamt interessante Vorschlag



F.-W. Steinmeiers über den Beginn des Dialogs über die Probleme der Rüstungskontrolle enthält nebelhafte Versprechen ohne konkrete Verpflichtungen der westlichen Seite. A. Merkel wird auf die Verschlechterung der Beziehungen mit den USA nie eingehen, sie wird lavieren und Probleme zwischen den Freunden und Partnern hinter den Kulissen aufheben.

Aber die eine Sache ist die Analyse der russischen Experten und eine andere – die der normalen Bürger, die die Epochen Brandts, Kohls, Schröders gut wissen. Der russische „Mensch von der Straße“ fragt, wann kommt denn der nächste Brandt, wer wird dann wieder „Friedenspfeife“ rauchen, wie es einst E. Bahr (er war leidenschaftlicher Raucher) und eine mutige Tat zugunsten der Überwindung der erstarkenden Entfremdung und der Gleichgültigkeit zwischen Russen und Deutschen begehen. Für Politiker und Experten aus der RF und der Bundesrepublik, die Kreml die Verstöße gegen alle Normen des Völkerrechts und des Vertrauens vorwerfen, wäre es sinnvoll, den Text der Rede W.W. Putins im Bundestag am 25. September 2001 wieder zu lesen. Damals hat er die Probleme formuliert, die man in Berlin nicht sehen wollte. Außerdem unterbreitete er die Vorschläge über die Kooperation zwischen Moskau, Berlin und Brüssel, deren Realisierung die vielschichtige Zusammenarbeit markieren könnte.

In Berlin, in den europäischen Hauptstädten wollte man Russland nicht verstehen, darin ein vollberechtigtes Mitglied der internationalen Gemeinschaft mit der realen Möglichkeit sehen, an dem Entscheidungsfindung und Beschlussfassung zu der aktuellen Tagesordnung der europäischen Sicherheit mitzuwirken. Die Warnungen über die Schwierigkeiten beim Aufbau des gesamteuropäischen Hauses, in dem die Europäer in östliche und westliche, nördliche und südliche eingeteilt werden, wurden nicht erhört. Leider werden die Tendenzen zur Vertiefung der Trennungslinie und der Entstehung der



Spaltungen nur verstärkt. Der Aufruf, eine stabile und feste Sicherheitsarchitektur zu bauen, ohne die es unmöglich ist, das Vertrauen aufzubauen, von der deutschen politischen Klasse doch nicht erhört.⁸

Die warnende Initiative W. Putins, die partnerschaftlichen Anstrengungen für die Abfuhr der realen, aber nicht erfundenen Bedrohungen zusammenzulegen, die von den weit entfernten Grenzen ins Herz Europas übergreifen können, erwies sich als Prophezeiung und es gibt genug Beispiele dieser tragischen Ereignisse. Aber gefesselt durch die transatlantischen Vorgaben kann Berlin die Selbstständigkeit nicht demonstrieren, die Milderung der Rhetorik, die nach außen effektive Phrasen prominenter deutscher Politiker über den Dialog mit der RF während der Wahlstrategie bleiben nur wohlgemeinte Erklärungen und Vorsätze, mit denen der Weg in einer bekannten Richtung gepflastert wird.

Die Bundeskanzlerin und ihre Anhänger verbinden weiterhin die Aufhebung der Strafmaßnahmen gegen die RF mit der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen. Narrativ ist die Anerkennung der Differenzen in vielen internationalen Problemen und der Innenpolitik der RF durch die deutsche Seite, der „Missverständnisse“, die noch vor der ukrainischen Krise entstanden waren. Es geht nur um die Feststellung der Differenzen, aber nicht darum, dass Berlin die Mitwirkung der deutschen Luftwaffe in den Luftangriffen gegen Jugoslawien als Aggression anerkennt. Die Probleme, über die Moskau vor über 15 Jahren gewarnt hat, werden nur mit großer Mühe in Berlin aufgearbeitet. Hinderlich ist dabei wohl die Neueinschätzung der eigenen Rolle des „friedliebenden Hegemons, des Ausgleichs, des Anwalts“, die Unfehlbarkeit und schließlich kein Verständnis der Psychologie der Russen oder primitive Vorstellung über das Sozium.

Das vereinfachte Russenbild verleitet viele hitzige deutsche Journalisten zu zum absurden Schluss, dass die



neue RF ein Minderjähriger im pubertären Alter mit den Minderwertigkeitskomplexen ist, der aber gefährlich werden kann, falls er in seinen Handlungen nicht eingeschränkt wird. Europa soll in der RF gewisse realistische Kräfte und Zivilgesellschaft unterstützen, die den in die Sackgasse führenden Weg des Kreml blockieren und sich für die Modernisierung des Landes einsetzen.⁹ Den Russen wird der Gedanke aufgezwungen, dass der Zerfall der UdSSR eine Wohltat ist, die angeblich „leider“ von den meisten Bürgern der RF nicht als „Befreiung“ wahrgenommen wird. Die Appelle der deutschen Öffentlichkeit, die seit mehreren Jahren laut sind, den 8. Mai 1945 als offiziellen Feiertag – Tag der Befreiung anzuerkennen (wie es in der DDR war), werden von der Politik der Bundesrepublik abgelehnt.

Moskau wird der angeblichen Unterstützung der Propagandakampagnen für den Sturz der A. Merkel-Regierung beschuldigt. In der Tat ist es die Widerspiegelung der heutigen Technologien der USA, der EU, die die deutsche Wählerschaft von den akuten Problemen, etwa Einwanderung, Sicherheitsdefizite in der Innen- und Außenpolitik, der wachsende Terrorismus ablenken müssen. Es ist nicht auszuschließen, dass Berlin und vor allem SPD einen gewissen Plan „B“ zur Wiederherstellung der normalen Beziehungen RF-Bundesrepublik hat. Der Besuch des Vizekanzlers, Bundesministers für Wirtschaft und Energie, SPD-Vorsitzenden S. Gabriel in Moskau am 21.-22. September 2016 zeugt über den Wunsch der Sozialdemokraten, der deutschen Wirtschaft, in die früheren Positionen der Kooperation zurückzukehren, was für Russen wie auch für Deutsche vorteilhaft ist.

Die revolutionäre Rochade in der SPD-Führung (Januar 2017) mit der Aufstellung des ehemaligen EU-Parlamentspräsidenten M. Schulz als SPD-Vorsitzender, Kanzlerkandidat, der Wechsel S. Gabriels ins Außenamt, die Wahl F.-W. Steinmeier zum Bundespräsidenten am 12. Februar geben keine eindeutige



Antwort auf die mögliche Normalisierung der Beziehungen zwischen der RF und der Bundesrepublik. Wahlfieber wird die emotionale Aufregung M. Schulz, dessen Erklärungen über die RF auch in ruhigen Zeiten nicht von der Zurückhaltung geprägt wurden, sicherlich verstärken. S. Gabriel und F.-W. Steinmeier werden recht diplomatisch bleiben und von Moskau Durchbrüche zur Überwindung der ukrainischen Krise erwarten, jedoch nichts mehr. A. Müller, der frühere Chef des Wahlkampfes W. Brandt 1972 betont, dass der Verlust des wichtigen Schwerpunkts der Außenpolitik des Friedens und der Entspannung mit der unbedingten gleichberechtigten Beteiligung Moskaus bei den Sozialdemokraten ist die offene Fehlkalkulation der heutigen SPD-Führung. Nach seiner Meinung wird es auf die Bundestagswahl 2017 auswirken.

In der Situation, wenn die Freie Demokratische Partei (FDP) in den Bundestag wieder einziehen kann und der AfD-Einzug nicht ausgeschlossen ist, wäre als eine Variante – die Wiederholung der Großen Koalition CDU/CSU und SPD für A. Merkel durchaus passend. Sie kennt alle starken und schwachen Seiten des insgesamt hörigen Partners der Regierungskoalition. Aktuelle Neigungen der Deutschen für die Kanzlerschaft A. Merkel und M. Schulz bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 sehen als 44 Prozent zu 40 Prozent zugunsten der amtierenden Kabinettschefin der Bundesrepublik aus. Es gibt realistisch denkende Köpfe in der CDU und CSU und die Partei die Linke fordert auf, die Russen nicht zu den Feinden der Deutschen zu machen. Die Formel „Dialog in der Situation der Bestrafungs- und Abschreckungsmaßnahmen“ kann nicht eine fristlose Dominante bleiben, obwohl die Politik der heutigen Bundesregierung in die neue Geschichte als bewusster Kurs Berlins auf die handgemachte Krise eingehen wird.

Die Völker beider Staaten können sich mit dieser Sachlage nicht abfinden, der Verfall der Beziehungen ist für sie naturwidrig, die gesellschaftliche Nachfrage nach den



konstruktiven Kontakten ist offenkundig. Ich bin sicher, dass die gegenseitig vorteilhafte Partnerschaft in allen Bereichen des politischen Dialogs, der zwischenmenschlichen Kontakte und der Geschäftsverbindungen sowohl für Russen wie auch für Deutsche in ihrer ganzen Vielfalt gut und vorteilhaft sind. Es ist schwer sie zu zerstören, wer auch kurzfristige Entscheidungen treffen mag.

Man darf jedoch nicht in die Illusionen verfallen, dass die grundlegenden Widersprüche überwunden werden. Die Beseitigung der „Unstimmigkeiten“ wird die politisch-ideologische „Unparteilichkeit“ der deutschen regierenden Klasse nicht aufheben können, die mit ihrem angeborenen instinktiven Hang und dem Perfektionismus Russland aus dem Freundeskreis und Partner in die Kategorie des „größten Nachbarn Europas“ als geografische Konstante überführt haben. In der Situation der „Sanktionen als Vergeltung für die Ukraine“ wird Berlin nach der Möglichkeit suchen, die Wirtschaftsbeziehungen zu erhalten, die – wie einige Experten behaupten – in der Bundesrepublik 700 000 Arbeitsplätze sichern. Das sind wichtige Parameter vor dem Hintergrund der US-Bedrohung, hohe Zölle für deutsche Produkte der Automobilindustrie einzuführen, in der jeder siebte deutsche Arbeitnehmer beschäftigt ist.

Die neue „Ostpolitik“ auf dem russischen Feld wird Berlin auch weiterhin unter dem Eindruck des „Krim-Frühlings“, im Sinne der atlantischen Solidarität nach dem Vermächtnis B. Obamas und der inneren Überzeugung A. Merkels aufbauen, die die Rolle des unablässigen dogmatischen Predigers und des harten Kontrolleurs der europäischen Werte im russischen geistigen Raum spielen will. Die deutsche Seite braucht große Anstrengungen und einige Jahre, um das Vertrauen der Russen in die Worte und Versprechen Berlins wieder aufzubauen, das frühere Niveau des Vertrauens aber – das war auch zu den Zeiten des Zarenrusslands, der UdSSR und um so mehr des neuen Russlands kennzeichnend – erscheint als



weit entfernte illusorische Perspektive. Zugleich wird dadurch der offene Charakter des Meinungsaustausches über die bilaterale und internationale Tagesordnung, intensiver Kultur-, Wissenschafts-, Jugendaustausch, der aktive Dialog zwischen den Zivilgesellschaften, die Zusammenarbeit in der Analyse der Kriegsgeschichte und Pflege der Gedenkstätten nicht ausgeschlossen.

-
1. Ludewig J. Unternehmen Wiedervereinigung. Von Planern, Machern, Visionären. Hamburg: Osburg Verlag, 2015. S. 252-253.
 2. Hahne P. Schluss mit lustig. Das Ende der Spassgesellschaft. Lahr/Schwarzwald: Johannis-Verlag der St.-Johannis-Druckerei, 2005. S. 89-93, 98.
 3. MAD spührt Rechtsextremisten // Berliner Morgenpost. 18.03.2016.
 4. Roll. E. Wir sind Europa. Eine Streitschrift gegen den Nationalismus. Berlin: Ullstein Buchverlage, GmbH, 2016. S. 10.
 5. Beck U. Das deutsche Europa. Berlin: Suhrkamp Verlag, 3. Auflage 2015. S. 7.
 6. Vgl.: Vassiliev V. Antikrisisnaza Politika A.Merkel v Ramkakh evropeiskogo Soyuza. // ME i MO. 2013. №5. S. 59.
 7. Merkel stellt Aufhebung der Russland-Sanktionen in Aussicht. 30. August 2016 // <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-08/angela-merkel-russland-sanktionen-aufhebung>
 8. Vystuplenie W.W.Putina v Bundestage 25. September 2001 // Diplomaticheskij Vestnik. Oktober 2001.
 9. Wehner M. Wie weiter mit Moskau? // Russland-Analysen. №320, 15.07.2016. S. 6-8.

Schlüsselworte: Populismus, Nationalismus, europäisches Deutschland, deutsches Europa, D. Trump, russisch-deutsche Beziehungen.



KRISE UM KOREA: GIBT ES EINEN AUSWEG?

2017 wird zum Jahr der Zuspitzung der Situation um Korea. Der Machtantritt D. Trumps in den USA fiel zeitlich mit der Entwicklung des nuklearen Raketenprogramms der DVRK zusammen. Der verstorbene Vater des heutigen Staatsoberhauptes Kim Il-sung dürfte wohl meinen, dass für die Sicherheit der DVRK nur die hypothetische Wahrscheinlichkeit des nuklearen Gegenschlages gegen die USA und ihre Verbündeten reicht, daher begnügte er sich durchaus damit, dass DVRK nicht sehr große Kräfte der nuklearen Abschreckung besaß – etwa ein dutzend Sprengsätze, ohne um ihre Trägermittel besondere Sorge zu tragen. Kim Jong-un aber ging weiter und stellte sich das Ziel, nicht nur mehr Sprengsätze herzustellen sondern auch effiziente Trägermittel dafür zu bauen – interkontinentale ballistische Raketen und

**GLEB
IWASCHENZOW**



Außerordentlicher und
Bevollmächtigter Botschafter
Russlands in der Republik Korea
(2005-2009)

ivagleb@googlemail.com



ballistische U-Boot-gestützte Raketen. Eigentlich geht es darum, dass die DVRK künftig das vollwertige nukleare Raketenpotenzial erhält, das in der Lage ist, mit großer Wahrscheinlichkeit den Erstschlag zu überleben und im Gegenzug den unakzeptablen Schaden dem Gegner, d.h. den USA zuzufügen.

Es ist schwer zu sagen, wann DVRK dieses Potenzial aufbauen kann, obwohl Kim Jong-un in seiner Neujahrsansprache den bevorstehenden Test der Interkontinentalrakete, die den Schlag gegen das USA-Festland führen kann, angekündigt hat. Der wesentliche Fortschritt wäre schon in den nächsten Jahren abzusehen. Das bedeutet, dass DVRK in der absehbaren Zukunft der dritte potenzielle USA-Gegner nach Russland und China wird, der in der Lage ist Los Angeles, San Francisco und Seattle vielleicht auch Washington und New York dem Boden gleich zu machen. Sicherlich besitzen auch England und Frankreich diese Möglichkeit, aber sie sind die mit den USA verbündeten Staaten.

Bisher handelte Washington, als es der Herausforderung Pjöngjangs begegnet war, etwa der Meldung über die Vorbereitung des nächsten Raketenstarts oder des nuklearen Tests immer in der gleichen Art. Zunächst erklärten die Amerikaner, dass dieser oder jener Schritt der DVRK „unakzeptabel“ wäre und „unkalkulierbare Folgen“ haben könnte. Im Gegenzug unternahm Pjöngjang früher oder später eben das, wovor die Amerikaner gewarnt haben, und Washington verschärfte nur seine Rhetorik und verhängte neue Sanktionen, die in der Praxis den Null-Effekt hatten. Und es kommt gar nicht auf den Glauben der USA an die diplomatische Lösung oder an die Kraft der Sanktionen an. Die Möglichkeit, einen Militäreinsatz gegen die DVRK vorzunehmen, wurde in Washington bereits Anfang der 1990er Jahre diskutiert, als das Gerede über das nukleare Programm Pjöngjangs erst begann. Aber damals wurde



dieser Plan aufgegeben. Der neue umfassende Kriegskonflikt auf der Koreanischen Halbinsel könnte für die USA ernsthafte menschliche und materielle Verluste haben.*

Ging es aber früher vor allem um die Sicherheit des amerikanischen Verbündeten – Südkorea, kommt heute wegen der Möglichkeit, dass Pjöngjang eventuell interkontinentale und ballistische U-Boot-gestützte Raketen erhalten kann, die direkte Gefahr des nuklearen Raketenschlages gegen das USA-Festland auf die Tagesordnung. Präsident D.Trump vertritt die Republikanische Partei und die Raketenabwehr dient im außenpolitischen Programm der Republikanerpartei traditionell als eine Art heiliger Kuh.

Hier entsteht die Frage, ob sich D.Trump mit der früheren amerikanischen Position gegenüber dem nuklearen Raketenprogramm der DVRK begnügen wird oder andere härtere Maßnahmen für seine Unterbindung ergreifen wird. Am Tag nach der Neujahrsansprache Kim Jong-uns schrieb D.Trump in seinem Twitter, obwohl Nordkorea erkläre, dass es bald mit der Entwicklung der Rakete fertig sein werde, die die USA bedrohen könne, „wird es nicht geschehen“. Die Welt interpretierte dieses Versprechen, dass D.Trump derartige Entwicklungen nicht zulassen wird.

Hatte D.Trump während des Wahlkampfes über seine Bereitschaft gesprochen, mit Kim Jong-un über das mögliche „Deal“ beim Hamburger zu sprechen, wurde doch im April dieses Jahres nach dem nächsten nordkoreanischen

* Als USA-Präsident B.Clinton 1994 die Möglichkeit geprüft hat, den Krieg gegen die DVRK zu beginnen, wurden ihm die Kalkulationen des Oberkommandierenden der USA-Truppen in Südkorea General Gary Lac vorgelegt. Danach können die Verluste für die USA und Südkorea rund 1 Mio. Soldaten erreichen, darunter etwa 100 000 getöteter Amerikaner. Die Kosten des Krieges gegen die DVRK wurden in der Höhe 100 Mrd. USD bewertet und der Umfang des wirtschaftlichen Schadens für Südkoreas kann etwa 1 Billion USD ausmachen. Die Clinton-Administration verzichtete auf den Krieg gegen Nordkorea und ging auf die Verhandlungen mit Pjöngjang ein.



Raketentest an die Küste Koreas ganze „Armada“ der Kriegsschiffe, wie sie der USA-Präsident bezeichnet hat, entsandt. Ihr Zentrum war Flugzeugträger „Karl Winson“, der von Zerstörern, die mit Tomahawk-Raketen bestückt waren, begleitet wurde. Amerikanische Experten und Massenmedien sprachen schon über die möglichen „punktuellen Schläge“ gegen nordkoreanische nukleare Objekte. D.Trump zeigte ja schon seine Bereitschaft zu hastigen Schritten, als er befohlen hat, gegen den Luftstützpunkt Shairat in Syrien einen Schlag zu führen und auf das afghanische Gebiet die nukleare Superbombe abzuwerfen. In den Gesprächen mit den Journalisten bezeichnete US-Präsident den „Norden“ als „großes internationales Problem, das schnell zu lösen wäre“, dabei betonte er, dass DVRK die „richtige Bedrohung für die Welt, ob wir darüber sprechen wollen oder nicht“, ist.

Ähnlich wie der Präsident spricht auch der Außenminister R.Tillerson. Während seines Besuchs in Seoul am 17. März 2017 betonte er beispielsweise, dass die Kriegshandlungen gegen Pjöngjang die „zu diskutierende Möglichkeit“¹ ist und im Interview für den Fernsehsender „Fox News“ erklärte es, dass er die Stationierung der Nuklearwaffen in Südkorea nicht ausschließt, um die nordkoreanische Bedrohung einzudämmen.² Auf die Frage des Journalisten, ob der Außenminister die Möglichkeit ausschließt, die Verbündeten auf der Koreanischen Halbinsel mit den nuklearen Waffen auszurüsten, sagte R.Tillerson: „Nichts wird ausgeschlossen“, obwohl die Übergabe der Nuklearwaffen an Südkorea oder Japan direkter Verstoß der USA gegen ihre Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung der Nuklearwaffen ist.³ In einem weiteren Interview stellte der Außenminister fest, dass Washington den Status Nordkoreas revidiert, um nach den Verfahren zu suchen, wie man auf sein Regime den Druck ausüben kann, die Möglichkeit inklusive, es in die Liste der Terrorismussponsoren aufzunehmen.⁴



„Punktuelle Schlag“ gegen die DVRK. Südkoreaner als lebendiges Schild

„Punktuelle Schlag“ würde zweifellos das nordkoreanische Atomprogramm auf mehrere Jahr und sogar Jahrzehnte zurückwerfen. Aber um welchen Preis? Es liegt daran, dass an der Grenze der entmilitarisierten Zone, die zwei koreanische Staaten trennt, das südkoreanische Große Seoul liegt – eine Stadt mit etwa 25 Mio. Einwohnern. Auf der anderen Seite der entmilitarisierten Zone ist die weltweit stärkste Gruppierung der nordkoreanischen Schwerartillerie, die selbstverständlich im Falle des amerikanischen Einsatzes gegen die nuklearen Objekte Pjöngjangs nicht tatenlos bleiben wird.

„Alle politischen, wirtschaftlichen und militärischen provokatorischen Umtriebe werden mit der superstarken Antwort unserer Armee und unseres Volkes entschieden torpediert“, heißt in der Erklärung des Vertreters des Generalstabs der Volksarmee Koreas, die die Zentrale Telegrafagentur Koreas am 14. April dieses Jahres übertragen wurde. Es ging um die Schläge auf dem Festland, zur See und aus der Luft, als mögliche Objekte wurden die US-Stützpunkte in Osan, Kunsan und Pjöntheke und die Residenz des Präsidenten der Republik Koreas „Chonvade“ genannt. Es wurde mitgeteilt, dass die DVRK-Raketen gegen amerikanische Stützpunkte in Japan sowie gegen die USA gezielt sind.⁵

Jahrzehntelang spekulierten die Politiker in Japan und Südkorea auf der „nordkoreanischen Aggression“ und gewannen unter diesem Vorwand die amerikanische Militärhilfe. In der heutigen Situation aber, wenn die Perspektive eines offenen Kriegskonflikts mit dem Staat, der die nuklearen Raketenwaffen besitzt, zur Realität wurde, lauten die Erklärungen aus Tokio und Seoul nicht mehr so militant wie früher. D.Trump musste sogar den



Ministerpräsidenten Japans S.Abe beruhigen und ihm versprechen, ohne Beratungen mit Tokio die DVRK nicht anzugreifen. Darüber informierte die Agentur Kiodo unter Berufung auf die Quellen in den diplomatischen Kreisen.⁶ Dabei forderte der US-Präsident S.Abe auf, den neuen Kurs Washingtons – von der „strategischen Geduld“ zum Grundsatz „Frieden durch Stärke“ auf.

Ernsthafte Besorgnisse erlebt man auch in Südkorea. Dort hat man noch den Krieg 1950-1953 ganz gut in Erinnerung, der den Bürgern im Süden teuer zu stehen war. Das Verteidigungsministerium der Republik Korea forderte die Bevölkerung auf, durch die in den sozialen Netzwerken verbreiteten panischen Gerüchte über den baldigen Schlag der USA gegen die DVRK nicht beeinflussen zu lassen. „Wir bekamen entsprechende Bestätigung von unseren Verbündeten aus Washington, dass die USA ausgehend von den Beziehungen des militärisch-politischen Bündnisses mit Seoul mit uns zunächst alle möglichen militärischen Schritte gegen die DVRK beraten und abstimmen werden“, erklärte der Vertreter der Verteidigungsbehörde.⁷

Der Artilleriebeschuss Seouls durch die Nordkoreaner kann nach der Meinung der Experten der Hauptstadt Südkoreas den Schaden zufügen, der mit dem Kernwaffeneinsatz vergleichbar wäre. Es ist klar, dass dieser Schlag Pjöngjangs eine starke südkoreanische Antwort hervorrufen würde, was den Ausbruch eines neuen Koreakrieges bedeuten würde. Wenn es zu dem Krieg auch nicht kommt, könnte eine solche Entwicklung dem amerikanisch-südkoreanischen Bündnis sehr stark schaden. *Aus der Sicht der Südkoreaner würde der amerikanische Schlag gegen die DVRK, der den nordkoreanischen Schlag gegen Seoul zur Folge hätte, bestätigen, dass das Bündnis mit den USA nicht die Sicherheitsgarantie ihres Landes sondern im Gegenteil die potenzielle Gefährdung dieser Sicherheit*



darstellt, weil die Amerikaner bereit sind die eigene Sicherheit auf Kosten der südkoreanischen Partner zu gewährleisten und sie dabei eigentlich als lebendiges Schild zu nutzen.

USA-Südkorea: die vorteile aber getrennt

Der pragmatische Kurs D.Trumps bereitete schon den Südkoreanern einige Überraschungen, vor allem in der Bereitschaft der Amerikaner ihre Interessen zu beachten. Die Absicht des neuen amerikanischen Präsidenten an die Südkoreaner die Frage zu richten, dass sie die Kosten für die amerikanischen Truppen in Südkorea komplett tragen müssen.

Das erste Zeichen dafür sind die Spannungen um die Ablehnung Seouls, der Forderung D.Trumps nachzukommen, 1 Mrd. USD für das Raketenabwehrsystem THAAD, das die Amerikaner in Südkorea stationieren und das angeblich bestimmt ist, nordkoreanische Raketen abzufangen, zu zahlen. Das Verteidigungsministerium Südkoreas meint jedoch, dass Washington für das THAAD-System zahlen muss. In der Erklärung der Militärbehörde vom 28. April 2017 heißt, dass die Regierung der Republik Korea „entsprechend dem Abkommen über den Status der Kräfte die Grundstücke und sonstige Infrastruktur zur Verfügung stelle und die USA die Kosten für die Stationierung und Unterhaltung des THAAD-Systems tragen.“⁸

Diese Frage wird insbesondere durch die Krise verschärft, die zwischen Seoul und Peking wegen des Raketenabwehrsystems THAAD entstand. Der Sinn ist, dass dieser Komplex eine leistungsstarke Peilsystem TPY-2 TM enthält, das nicht nur ballistische Ziele (Raketen) sondern auch aerodynamische (Flugzeuge) in der Entfernung bis 1200 km und im Idealfall bis 1500 km ausmachen kann. Diese Peilanlage, die in Südkorea liegt, würde den Amerikanern



ermöglichen, den Seeraum des Ostchinesischen Meeres, den Nordosten Chinas und einen Teil des russischen Fernen Ostens zu kontrollieren.⁹ In diesem Zusammenhang kann man auf die Gemeinsame russisch-chinesische Erklärung aus den Ergebnissen des offiziellen Besuchs des Präsidenten der Russischen Föderation W.W.Putin vom 25. Juni 2016 hinzuweisen, in der unter anderem heißt: „Russland und China treten gegen die Aufstockung der militärischen Präsenz im Nordostasien, gegen die Stationierung des neuen Positionsbezirks des Raketenabwehrsystems als pazifischer Segment der globalen Raketenabwehr der USA unter dem Vorwand, auf die nuklearen Raketenprogramme der DVRK zu reagieren. Die Parteien lehnen die Eskalation der militärpolitischen Konfrontation und das Weiterdrehen des Wettrüstens in der Region ab.“¹⁰

Über die negative Einstellung Pekings zur Förderung der amerikanischen militärischen Präsenz in Südkorea durch Seoul zeugen ganz deutlich mehrere Erklärungen auf verschiedenen Ebenen, die in Peking laut wurden. Ein Beispiel dafür kann die Erklärung der Presseagentur Xinhua vom 31. Juli 2016 sein: „dass Seoul sich voraussichtlich aller Folgen der Stationierung von THAAD auf seinem Gebiet bewusst ist, und sich trotzdem für Washington entscheidet, wobei es sich durch die unklaren Gründen leiten lässt, zeugt über seine Kurzsichtigkeit und schwaches diplomatisches Vermögen“.¹¹

Nach den politischen Erklärungen folgten aus China auch praktische Maßnahmen. Die Zahl der chinesischen Touristen wurde vermindert und der Tourismus war ein beträchtlicher Einnahmeartikel für KMU in den Großstädten und Touristenzentren in Südkorea. Die Flüge werden abgesagt, chinesische Kreuzfahrtschiffe gehen an Busan vorbei. Die Exporte südkoreanischer Unternehmen wurden eingeschränkt – viele davon liefern auf den chinesischen Markt 30-80 Prozent ihrer Produkte. Folglich wären massenhafte



Konkurse, Entlassungen, wirtschaftliche Rezession zu erwarten. Das veranlasst die Bürger sich die Frage zu stellen: brauchen sie überhaupt THAAD-System, um deswegen solches Leiden zu ertragen?

Negative Einstellung zur Position D.Trumps in internationalen Angelegenheiten in Südkorea wurde auch von seinen protektionistischen Erklärungen zu den Handels- und Wirtschaftsfragen hervorgebracht. Die Südkoreaner befürchten, dass den Angriffen auf China auch die Maßnahmen gegen die südkoreanischen Exporte in die USA folgen werden, weil fast alles, was D.Trump über China sagt auch an Südkorea anzuwenden wäre. Für Südkorea, das von dem amerikanischen Markt abhängig ist, können alle tarifbezogenen Probleme ein starker Schlag sein. Es wäre auch die Revidierung des amerikanisch-südkoreanischen Freihandelsabkommens zu erwarten, das eigentlich auch für die südkoreanischen Unternehmen äußerst günstig ist.

Es geht aber nicht allein um die Gefahr für den bilateralen Handel. Große Schwierigkeiten wird Südkorea der Austritt der USA aus NAFTA, der nordamerikanischen Freihandelszone bereiten, zu der auch Mexiko und Canada gehören. Sogar die grundlegende Revidierung der in NAFTA-Rahmen bestehenden Vereinbarungen wird einen starken Schlag gegen die Interessen der südkoreanischen Unternehmen führen, die recht viele große Betriebe in Mexikogebaut haben und hauptsächlich für den amerikanischen Markt arbeiten.

Am 9. Mai 2017 fand in Südkorea Präsidentschaftswahl statt, bei der Moon Jae-in, Vertreter der liberalen Kreise Kandidat der Demokratischen Partei „Toburo“, der in der Opposition zu der Präsidentin Park Geun Hye, gegen die das Amtsenthebungsverfahren geführt wurde, stand.

Sein Sieg soll neue, sehr gewichtige Nuancen und Akzente in die Entwicklung der Situation um den heutigen „koreanischen Zugzwang“ bringen. Die wichtigsten Punkte



seines Wahlprogramms waren: Nein zum amerikanischen Raketenabwehrsystem, Unabhängigkeit der Außenpolitik und der direkte Dialog mit Nordkorea. Mit der akutesten Krise auf der Halbinsel Korea soll sich die neue Administration in erster Linie auseinandersetzen. Man kann mit Sicherheit sagen, dass die neue Regierung gegenüber Pjöngjang eine ausgewogenere, kompromissbereite und konstruktive Politik als ihre Vorgänger betreiben wird. Selbstverständlich wäre der Verzicht Südkoreas auf die Bündnisverhältnisse mit den USA nicht zu erwarten.

Seoul will auch eigene atombombe

Das nukleare Problem der Koreanischen Halbinsel ist die direkte Folge der über 60 Jahre andauernden Militärkonfrontation zwischen den zwei koreanischen Staaten und beschränkt sich nicht auf das nukleare Raketenprogramm Pjöngjans. Im Westen ist es nicht üblich, darüber zu sprechen, dass historisch der nukleare Rüstungswettlauf auf der Koreanischen Halbinsel gar nicht von Pjöngjang sondern von Seoul initiiert wurde. Das Nuklearprogramm Südkoreas begann 1970 unter strenger Geheimhaltung, darunter auch vor den USA, nachdem 1969 die „Nixon-Doktrin“ veröffentlicht wurde, laut der Washington die Maßnahmen für die Verteidigung ihrer asiatischen Verbündeten auf sie selbst zu übertragen gedachte.¹² 1971 setzte die südkoreanische Regierung das Komitee für Rüstungsforschung ein. 1973 erarbeitete das Komitee den langfristigen Plan für die Entwicklung der Kernwaffen, die Kosten für seine Realisierung wurden in den bevorstehenden sechs-zehn Jahren in der Höhe 1,5-2 Mrd. USD bewertet.¹³ Mit recht großer Verspätung erfuhren die USA über alle Initiativen ihres Verbündeten und 1976 zwangen sie Seoul in harter Form den Traum nach eigenen Mitteln der nuklearen Abschreckung aufzugeben.



Unter den südkoreanischen rechten Nationalisten ist der Glaube daran sehr verbreitet, dass der Präsident Park chung hee – „Vater des südkoreanischen Wirtschaftswunders“ 1979 im Auftrag der Amerikaner ermordet wurde, die angeblich die Verwandlung Südkoreas in eine starke Nuklearmacht befürchteten.

Republik Korea trat dem Vertrag über die Nichtverbreitung der Kernwaffen am 1. Juli 1968 am Tag seiner Eröffnung für die Unterzeichnung bei, jedoch ratifizierte es den Vertrag erst am 23. April 1975 und knüpfte die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Vertrag an die Gewährung des „nuklearen Schirms“ durch die USA an. Das Vorhaben des 1976 gewählten US-Präsidenten Carter, die amerikanischen Truppen aus Südkorea abzuziehen, das allerdings nicht realisiert wurde, bewegte Seoul zur Entscheidung, das nukleare Programm wieder aufzunehmen.

Trotz der Unterzeichnung des Nichtverbreitungsvertrages begann Südkorea, die Technologien der radiochemischen Aufbereitung des abgebrannten Kernbrennstoffes und der Uranaufbereitung selbstständig zu entwickeln. Die Informationen über diese Entwicklungen in Südkorea, die seine Verpflichtungen aus dem Abkommen über die umfassenden IAEA-Garantien verletzen, wurde der internationalen Öffentlichkeit erst 2004 bekannt, als südkoreanische Vertreter der Agentur „komplette Daten“ über das Nuklearprogramm in den vergangenen Jahren übergeben haben. Die Ergebnisse der nicht angekündigten Aktivitäten Südkoreas durch die IAEA wurden im Bericht des Generaldirektors der Agentur vom 11. November 2004 veröffentlicht. Jedoch beschloss IAEA das „südkoreanische Dossier“ an den UN-Sicherheitsrat nicht weiter zu leiten.¹⁴

Seit Januar 1958 werden in Südkorea unter der Kontrolle des amerikanischen Militärars die nuklearen Waffen der USA stationiert. 1967 befanden sich in den amerikanischen



Stützpunkten in Südkorea zugleich bis 950 nukleare Sprengsätze; im Laufe von 33 Jahren waren es 11 Arten der Nuklearwaffen der USA. Etwa 100 letzte nukleare Sprengsätze wurden aus Südkorea im Dezember 1991 vor der Unterzeichnung der Gemeinsamen Deklaration über die Ausrufung der Koreanischen Halbinsel zur atomwaffenfreien Zone (20. Januar 1992) abgezogen.¹⁵

Bereits in den 1990er Jahren breiteten sich gleich nach dem Abzug des amerikanischen „Nuklearschirms“ die Gerüchte, dass DVRK an der Entwicklung eigener Atomwaffen arbeitet, dann wurde in Seoul wieder über die eigene Atombombe nachgedacht. Mit dem Machtantritt D.Trumps geriet der Verlass auf den amerikanischen „Nuklearschirm“ noch mehr ins Schwanken, insbesondere nach seinen Erklärungen darüber, dass Südkoreaner die Kosten für die Versorgung US-Truppen auf seinem Gebiet übernehmen müssen.

Die Überlegungen über die eigene Atombombe wurden in Seoul nie definitiv abgelehnt. Die Meinungsumfragen zeugen bereits seit 20 Jahren, dass die meisten Südkoreaner ihr Land als nukleare Macht sehen möchten. Die Umfrage zu diesem Thema, die im Januar 2016 durchgeführt wurde, zeigte, dass 54 Prozent der Bürger Südkoreas dafür plädieren, dass ihr Land Atomwaffen besitzen soll.¹⁶

Das heutige wirtschaftliche, industrielle und wissenschaftlich-technische Potenzial Südkoreas erlaubt, falls entsprechende politische Entscheidung getroffen wird, binnen kurzer Zeit – 8-12 Monate – die Atomwaffen zu entwickeln. Südkoreanische Führung versteht jedoch, dass der Versuch, die Atomwaffe zu entwickeln, den Konflikt mit den Nachbarn verursachen und – was besonders wichtig ist – die Konfrontation mit den USA auslösen wird. Republik Korea müsste aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung der Kernwaffen austreten, was die internationalen Sanktionen



und den Bruch der Kooperation mit den ausländischen Staaten in der Kernenergie zur Folge haben würde. Seoul würde den Zugang zum importierten aufbereiteten Uran verlieren, mit dem südkoreanische KKW arbeiten und als Folge die Störungen in der Energieversorgung: in 25 Atomenergieblöcken Südkoreas, auf die 31,73 Prozent der nationalen Stromerzeugung kommen.¹⁷ Außerdem wäre das ein gefährliches Signal an DVRK, es hieße, dass für die internationale Gemeinschaft Atomwaffen akzeptabel sind. Nukleare Aufrüstung Seouls hätte die Anerkennung des nuklearen Status Pjöngjangs bedeuten und die Perspektiven der Entnuklearisierung der Koreanischen Halbinsel endgültig begraben können.

Zugleich halten viele in der südkoreanischen Führung den Gedanken über das nukleare Südkorea nicht für absolutes Tabu. Zum einen, sinkt der Verlass auf amerikanische Sicherheitsgarantien, darunter auch infolge des veränderten regionalen und globalen Kräfteverhältnisses. Der zweite Grund sind die Erfolge der nordkoreanischen Atomforscher und Raketenbauer. Nukleare Ansprüche Seouls bergen die Gefahr ernsthafter Probleme für die Region in sich. Unter Verweis auf wachsende militärische Stärke Chinas, reden gewisse Kräfte in Japan und Taiwan auch über die Notwendigkeit, Atomwaffen zu bekommen.

Schafft es D.Trump, Pjöngjang zu mähen?

Jede US-Administration versuchte in den letzten Jahrzehnten das nukleare Raketenprogramm Pjöngjangs zu verhindern. Die Anstrengungen Washingtons mussten jedoch immer die Fortschritte dieses Programms nachzuholen. Stellte die B.Clinton- Administration zum Ziel, Pjöngjang zu überzeugen auf die Atomwaffen vollkommen zu verzichten, war das Ziel der Administration G.Bush-jun. ihre Versuche zu



verhindern, aber die Administration B.Obamas strebte an, die Entwicklung der Trägermittel in Pjöngjang zu stoppen.

Alle diese Anstrengungen scheiterten. Der Grund war, dass kein der genannten US-Präsidenten daran nicht geglaubt hat, dass es sich lohnt, mit DVRK etwas ernsthaftes und auf lange Sicht zu vereinbaren und dass diese Vereinbarungen erfüllt werden müssen. Sie alle waren sich sicher, dass das Pjöngjang-Regime am Rande des Zusammenbruchs ist, dass DVRK bald zerfallen und von Südkorea verschluckt wird und das wird die Lösung aller Probleme vorbestimmen. So dachte wohl B.Clinton, als er in die Unterzeichnung des sogenannten Rahmenabkommens mit Pjöngjang einwilligte, das als Antwort auf das Einfrieren des nuklearen Programms der DVRK nicht nur den Bau der zwei Wassermoderator-Reaktoren in der DVRK und die Lieferung des amerikanischen Heizöls für nordkoreanische Wärmekraftwerke, sondern auch die Normalisierung der politischen Beziehungen Washingtons mit Pjöngjang vorgesehen hat. B.Clinton zweifelte nicht daran, dass er die Erfüllung dieses Abkommens nicht erfüllen wird, weil, falls die Reaktoren auch gebaut werden, sie doch im Endeffekt Südkorea gehören werden. Daher wurde vorgesehen, dass sie vom südkoreanischen Typus sein müssen.

G.Bush-jun. willigte 2003 in die Sechser-Verhandlungen über das nukleare Problem der Koreanischen Halbinsel ein. Die Gemeinsame Erklärung der „Sechser-Gruppe“ vom 19. September 2005 enthielt die konstruktive Grundlage für die Fortschritte nicht nur in dem nuklearfreien Status der Koreanischen Halbinsel sondern auch in der gesamten Verbesserung der Situation in der Region. Worum ging es in diesem Dokument? Um die Erklärung der DVRK, auf die Atomwaffen und alle vorhandenen Nuklearprogramme zu verzichten. Um die Erklärung der USA, dass sie keine Atomwaffen auf der Halbinsel Korea besitzen und nicht



vorhat, die DVRK anzugreifen bzw. Invasion mit dem Einsatz der nuklearen oder konventionellen Waffen zu realisieren. Um die gemeinsame Bereitschaft der USA und der DVRK offiziell die gegenseitige Souveränität zu respektieren, friedliche Koexistenz zu praktizieren und die Schritte zur Normalisierung im bilateralen Bereich vorzunehmen. Und um Vieles andere mehr,¹⁸ was den Weg zur Umsetzung der Beschlüsse öffnete, die Nordostasien in die Region des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit verwandeln können.

Wenn es aber um die konkreten Schritte zur Realisierung der erreichten Vereinbarungen ging und diese nach dem Konsens-Grundsatz realisiert werden mussten – „unbedingt als Gegenzug zur Verpflichtung, Handlung gegen Handlung“ – zogen USA und ihre Verbündeten Südkorea und Japan sofort zurück. Sie haben sich vergewissert, dass Pjöngjang am 9. Oktober 2006 den ersten Atomwaffentest durchgeführt hat. Was B.Obama betrifft, war seine Linie gegenüber Pjöngjang eindeutig: keine Verhandlungen, nur Sanktionen, Druck, Isolation.

D.Trumps-Administration hat allerdings keine ernsthafte Alternative dazu, was seine Vorgänger gemacht haben. Die Kriegsdrohung gegenüber Pjöngjang greifen nicht, im Gegenteil sie dienen für ihn als Rechtfertigung für weitere Entwicklung des nuklearen Raketenprogramms. Es wird betont, beispielsweise, dass in den ersten drei Monaten der Präsidentschaft D.Trumps die Nordkoreaner keine Atomwaffentests durchgeführt haben, Raketen haben sie schon neunmal abgefeuert, unter B.Obama war ihre Anzahl geringer.

Administration D.Trumps wird weiterhin die Sanktionen verschärfen und alle möglichen Mittel erfinden, die DVRK noch in weiteren Aspekten einzuschränken. In der Liste der eventuellen Sanktionen wird Embargo für die Öllieferung



an Nordkorea, das globale Verbot für die Flüge der nordkoreanischen staatlichen Fluggesellschaft „Air Koryo“, die Beschränkung der Exporte der Seefrüchte aus DVRK sowie der Druck auf Pjôngjang durch die Auffindung und das Einfrieren der Aktiva des Staatsoberhauptes Nordkoreas Kim Jong-un und seiner Familie in den ausländischen Banken genannt. Die Medien berichten, dass die Amerikaner auf restriktive Maßnahmen für die Arbeit der DVRK-Bürger im Ausland einführen und die Exportbeschränkungen für nordkoreanische Kohle verschärfen wollen.¹⁹

Russland und China: gemeinsame positionen gegenüber DVRK

Russland und China handeln in der nordkoreanischen Frage praktisch ausgehend von den einheitlichen Positionen. Hier gilt die dreieinige Formel. Erstens verurteilen Moskau und Peking definitiv das nukleare Raketenprogramm Pjôngjangs. Darunter auch deswegen, weil sie direkte Bedrohung für unsere Staaten ist – nordkoreanische Tests der nuklearen Anlagen und Raketen finden in der Nähe unserer Grenzen statt – 150-200 km davon entfernt. Diese Explosionen und Raketenstarts verwenden die Amerikaner als Vorwand für die Aufstockung ihrer militärischen Präsenz in Nordostasien. Zweitens sind Russland und China darüber einig, dass es eine militärische Lösung des nordkoreanischen Problems nicht gibt und man an den politisch-diplomatischen Vorschlägen arbeiten muss. Drittens unterstützen Moskau und Peking die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, die gewisse Sanktionen gegen die DVRK verhängen. Diese Sanktionen werden besonders im Falle Chinas recht spürbar. Sechs Tage nach den nordkoreanischen Raketenstarts im Februar verhängte China ausgehend von den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates das Verbot für



den Ankauf der Kohle aus DVRK bis Jahresende, dadurch verkürzte es die Exporterlöse Pjöngjangs um 40 Prozent.²⁰ Zugleich gehen unsere beiden Staaten davon aus, dass die Erfüllung der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zum nuklearen Problem der Koreanischen Halbinsel die Zurückhaltung und die reale Vernunft verlangt. Es soll keine unbegründet erweiterte Auslegung der vereinbarten Sanktionen geben, man darf die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates nicht als Grundlage für die Verschlechterung der wirtschaftlichen und humanitären Lage der Bürger der DVRK betrachten und schon gar nicht zulässig ist die Verstärkung der Spannungen und des Rüstungswettlaufs, die die Gefahr der neuen Trennungslinien in der Region in sich bergen.

Administration D.Trumps strebt ihrerseits, auf Russland und China aktiv einzuwirken und versucht eine Koalition des Drucks zusammen zu zimmern, die sie als Meinung der internationalen Gemeinschaft präsentiert, und verschiedene Schemata des „Regimewechsels“ in Pjöngjang erarbeitet. Alle diese Maßnahmen können jedoch nur einen eingeschränkten Effekt bringen. Zum einen werden Russland, China und der nichtwestliche Kreis von Staaten insgesamt Washington nicht erlauben, mit den Sanktionen die humanitäre Katastrophe in der DVRK auszulösen. Zum anderen hat Pjöngjang bereits die Erfahrungen angesammelt, die Sanktionen umzugehen.

Was den Druck auf Russland und China betrifft, ist die Situation so, dass je härter dieser Druck wird, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass das Verhältnis Moskaus und Pekings zu Pjöngjang wohlwollender wird. In der Situation der globalen Konfrontation mit den USA hat die Unterstützung der DVRK für Russland und für China den strategischen Wert. Die Auslösung eines ernsthaften Handelskrieges gegen China kann auch gegen einige amerikanische Geschäftsleute schlagen, die in die chinesische



Wirtschaft investiert haben und China ist einer der führenden Handelspartner der USA nach Kanada und Mexiko. Diese Gruppierung kann Kampfhandlungen gegen D.Trump auf der inneren Front anfangen.

Die Problemlösung ist nur durch Verhandlungen möglich

DVRK ist nicht der einzige Staat, der das nukleare Raketenprogramm unter Umgehung des Nichtverbreitungsvertrages entwickelt. Ähnliche Programme gibt es in Indien und Pakistan, die früher die Atomtests durchgeführt haben, und auch in Israel, das allerdings den Besitz der Atomwaffen nicht bestätigt aber auch nicht widerlegt. Zugleich wurde kein der genannten Staaten durch so viele Sanktionen überwölbt, wie es mit der DVRK der Fall war. Internationale Experten erklären das damit, dass Indien, Pakistan und Israel von Anfang an keine Teilnehmer des Nichtverbreitungsvertrages waren, DVRK aber hat diesen Vertrag unterzeichnet, dann aber aus dem Vertrag ausgetreten und somit den grundlegenden Grundsatz des Völkerrechts *Pacta sunt servanda* („Verträge müssen eingehalten werden“) verletzt hat. Verstoßen aber andere Staaten gegen diesen Vertrag nicht? Beispielsweise haben Vereinigte Staaten, die aus dem Raketenabwehrvertrag, der für die internationale Sicherheit nicht geringere Bedeutung als Nichtverbreitungsvertrag hat, ausgetreten. Nur gehen in diesem Falle USA und der Westen insgesamt davon aus, dass „alle Staaten gleich sind, aber manche sind gleicher“, um den bekannten Satz von G.Orwell umzuformulieren.

Ohne das nukleare Raketenprogramm der DVRK zu rechtfertigen, muss man feststellen, dass seine Einleitung in vieler Hinsicht verständlich ist. In der Situation, in der Vereinigte Staaten sich das Recht angeeignet haben, die



militärischen Mittel gegen die ihnen nicht passenden Staaten einseitig einzusetzen und die UNO in ihrer heutigen Form nicht in der Lage ist dagegen vorzugehen, bemühen sich kleinere und nicht nur kleinere Staaten, eigene Sicherheit mit allen Mittel zu gewährleisten, extreme Mittel inklusive.

In Pjöngjang ist man sicherlich bewusst, dass jeder Krieg für DVRK und schon gar mit dem Einsatz der Massenvernichtungswaffen den Selbstmordversuch bedeuten würde. Es ist bemerkenswert, wenn Pjöngjang allen seinen potentiellen Gegnern mit den vernichtenden Schlägen droht, geht es in jedem Fall nur um die Schläge als Gegenzug zur Außenaggression gegen die DVRK. Darauf weisen übrigens auch die vernünftigen Menschen in den USA hin. Folgendes schreibt dazu W.Perry, US-Verteidigungsminister während der Präsidentschaft B.Clintons, der in seinem Auftrag 1999 nach Pjöngjang geflogen war, um das bereits erwähnte Rahmenabkommen USA-DVRK abzustimmen. „Ich befasste mich einige Jahre lang mit Nordkorea und führte dort ernsthafte Verhandlungen mit vielen militärischen und politischen Führungskräften. Die Führung Nordkoreas sind keine Selbstmörder. Sie wollen an der Macht bleiben und sie verstehen, dass falls sie den nuklearen Angriff unternehmen, werden sie und ihr Land vernichtet. Das nukleare Arsenal gibt ihnen die Möglichkeit, an der Macht zu bleiben, jedoch nur unter der Bedingung, dass *sie diese nicht einsetzen werden*“.²¹

Für Pjöngjang ist das nukleare Raketenprogramm das Schild seiner Sicherheit und es wird dieses Schild nicht ohne Weiteres abgeben. Die nordkoreanische Führung weiß, wie der Westen dem lybischen Führer M.Kaddafi für seinen freiwilligen Verzicht auf das Atomprogramm gedankt hat, und will für sich die Wiederholung seines Schicksals nicht. Daher haben die USA und die gesamte internationale Gemeinschaft nur einen Ausweg – die Vereinbarung mit Pjöngjang und das soll konkrete Vereinbarung sein mit ehrlichen und



transparenten Sicherheitsgarantien vor allem für DVRK und Republik Korea sowie für Russland, China, Japan und alle Staaten der Region. Diese Sicherheiten sollen stabil und überzeugend genug sein, damit niemand diesbezüglich den Verdacht schöpft.

Die Wege für die Suche nach dem Kompromiss in der nuklearen Frage sind bei Weitem nicht geschlossen. Trotz der mehrfachen Erklärungen darüber, dass sie auf die Atomwaffen unter keinen Umständen verzichten werden und trotz der Aufnahme der Vorschrift über den nuklearen Status der DVRK in die Verfassung des Landes, können die Führungskräfte in Pjöngjang durchaus darin einwilligen, ihr Atomprogramm auf seinem heutigen Niveau einfrieren zu lassen. Heutzutage zählt das nordkoreanische Atomarsenal 10-15 Sprengsätze. Nordkoreanische Militärspezialisten sind sich bewusst, dass die drastische Steigerung der Zahl der Sprengsätze etwa bis auf 100 - 150 das Abschreckungspotenzial auf 10-15fache erhöhen wird. Da die wichtigsten Kräfte der Abschreckung heute bereits geschaffen sind, ist DVRK grundsätzlich bereit, den Verzicht auf ihre weitere Vergrößerung zu besprechen. Darüber spricht auch der bereits erwähnte W.Perry. „Ich glaube, schreibt er, dass Nordkorea durchaus in der Lage ist, auf die Tests der Atomwaffen und der Langstreckenraketen wie auch auf den Verkauf und die Übergabe seiner Atomtechnologien gegen die wirtschaftlichen Zugeständnisse Südkoreas und die Sicherheitsgarantien der USA zu verzichten.“²²

Als Ausgangspunkt für den Beginn der politischen Gespräche könnte man den von dem Außenminister der VR China Wang Yi am 8. März formulierte Erklärung nehmen, laut der DVRK ihre Raketenstarts und die Entwicklung des Raketenprogramms aussetzt gegen die Aussetzung der Truppenübungen der USA und Südkoreas.



Das ist das durchaus realistische Angebot, das Pjöngjang annehmen kann. Ähnliche Ideen wurden bereits von der nordkoreanischen Führung im Januar 2015 und Januar 2016 zur Sprache gebracht.²³

„Aussetzung gegen die Aussetzung“, so benannte Wang Yi sein Angebot. Selbstverständlich würde dadurch das Atomproblem nichtgelöst werden, jedoch könnte es helfen, die Parteien an den Verhandlungstisch künftig zu bringen. In der heutigen Situation ist der Verhandlungsprozess mit der DVRK nicht weniger wichtig als seine Ergebnisse.

Interkoreanische normalisierung und der friedensvertrag

Die Lösung des Atomproblems der Koreanischen Halbinsel ist mit der interkoreanischen Normalisierung, mit der Entspannung der politischen Spannungen auf der Koreanischen Halbinsel und der Entwicklung der Beziehungen der DVRK mit Südkorea und anderen Staaten der Region eng verknüpft. Man muss beide Probleme zugleich lösen.

Zwei koreanische Staaten sind bis jetzt de jure im Kriegszustand, weil die am 27. Juli 1953 unterzeichnete Vereinbarung über den Waffenstillstand, die den Koreakrieg 1950-1953 gestoppt hat, stellt nichts mehr als Vereinbarung zwischen Oberbefehlshabern der Gegner dieses Krieges über die provisorische Einstellung der Kampfhandlungen dar. Für die Friedenssicherung auf der Koreanischen Halbinsel ist der Friedensvertrag zwischen zwei koreanischen Staaten notwendig.

Dazu könnte die Wiederaufnahme der „koreanischen Frage“ in die Tagesordnung der UNO nach der mehrjährigen Unterbrechung in vieler Hinsicht beitragen. Dafür ist der Zeitpunkt geeignet. Ban Ki-moon konnte als Südkoreaner nicht unparteiisch in den Ansätzen an die DVRK sein



und Pjöngjang hat ihn offen ignoriert, seine Amtszeit als UN-Generalsekretär ist abgelaufen. Sein Nachfolger Antonio Guterres war früher mit Korea in keiner Weise verbunden und kann daher recht objektiven Ansatz an die interkoreanische Beilegung demonstrieren.

Es wäre wohl nützlich, mit der Friedenskonferenz über die Koreanische Halbinsel unter dem UN-Schirmschutz anzufangen, an der UN-Generalsekretär, fünf ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, DVRK und Republik Korea teilnehmen könnten. Es wäre wohl auch sinnvoll auch andere Staaten in Abstimmung mit zwei koreanischen Staaten, etwa die Mongolei und einige ACEAH-Staaten, beispielsweise Vietnam und Indonesien einzuladen, unter Beachtung der Tatsache, dass DVRK Teilnehmerin des ACEAH-Regionalforums für Sicherheit ist. Diese Konferenz könnte den Friedensabschluss zwischen der DVRK und Republik Korea, die gegenseitige Reduzierung der Waffen und Streitkräfte und die Entwicklung der wirtschaftlichen Kooperation sowie die Normalisierung der Beziehungen der USA und Japans mit der DVRK und die Entnuklearisierung der Koreanischen Halbinsel im Komplex behandeln. Es liegt auf der Hand, dass diese Idee nicht gleich akzeptiert wird. Aber auch der Vorschlag über die sechsseitigen Verhandlungen über das Atomproblem der DVRK wurde nicht sofort realisiert.

Der Friedensvertrag zwischen den zwei koreanischen Staaten soll nicht der Nichtangriffspakt schlechthin sondern die Rechtsgrundlage für die Partnerschaft zwischen der DVRK und der Republik Korea sein. Dieser Vertrag könnte DVRK aus dem Parialand in das vollberechtigte Mitglied der internationalen Gemeinschaft verwandeln. Als Garanten des Friedens und der Kooperation zwischen der DVRK und der Republik Korea könnten fünf ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates sein.



Probleme der internationalen Sicherheit können nicht für sich allein gelöst werden. Auch die Drohung mit den „punktuellen Schlägen“ oder die einschüchternden Militärmanöver können diese Probleme auch nicht lösen. Alles kann zu jedem Zeitpunkt in einen großen Krieg münden. Wer kann dann bürgen, dass bei einer der konfrontierenden Parteien keine Computerstörung eintritt?

1. www.golos-ameriki.ru/a/tillerson-north-korea/3770248.html
2. www.rossaprimavera.ru/news/tolko-fox-news
3. <https://ria.ru/world/20170318/1490337275.html> 2
4. world.kbs.co.kr/special/northkorea/contents/news/news_view.htm?No=38330...r
5. www.newsru.com/world/14apr2017/carlvinsontamlay.html
6. <https://russian.rt.com/world/article/378921-voina-kndr-sshaveroyatnos>
7. www.m-diplomat.ru/.../2586-poteri-budut-kolossalnye-velikali-veroyatnost-vojnny-na-kore.
8. www.e-news.pro/.../170022-minoborony-yuzhnoy-korei-schitaet-cto-za-novuyu-sistemu-..
9. Problemy nazionalnoj strategii.. 2016. № 6 (39). S. 13.
10. Sowmestnoje Sajawlenije Russijskoj federazii i Kitajskoj Narodnoj Respubliki. 25.06 2016 // URL: <http://www.kremlin.ru/supplement/5100>
11. Seoul soll die Spiele mit dem THAAD-Feuer beenden // Xinhua. Nachrichten
12. www.globalsecurity.org/wmd/world/rok/
13. www.pircenter.org/sections/53-voennaya-yadernaya-programma-respubliki-koreya
14. <https://www.armscontrol.org/print/1714>



15. www.pircenter.org/sections/53-voennaya-yadernaya-programma-respubliki-koreya
16. www.carnegie.ru/commentary/?fa=63761
17. <https://regnum.ru/news/economy/2207560.html>
18. Joint Statement of the Fourth Round of the Six-Party Talks. Beijing. 2005. September 19 // U.S. Department of State. 2005. 19 September // URL: <https://2001->
19. www.baikal24.ru/text/25-04-2017/tramp/
20. <https://www.nytimes.com/.../north-korea-china-coal-imports->
21. www.wjperryproject.org/.../there-is-a-deal-to-be-made-with-
22. Ebenda
23. Pressemitteilung der Botschaft der Demokratischen Volksrepublik Korea in der Russischen Föderation. 15. März 2016 // www.arirang.ru/archive/edinstvo/2016/Edinstvo.2016.03.pdf

Schlüsselworte: DVRK, Südkorea, USA, Russland, China, Koreakrise.



GESCHICHTE UNSERES LANDES IST UNZERREISSBAR

JURIJ PETROW

Direktor des Institutes
der russischen Geschichte
der Russischen Akademie der
Wissenschaften, Doktor der
historischen Wissenschaften



Armen Oganjesjan, Chefredakteur der Zeitschrift "Internationales Leben": In diesem Jahr begehen wir Jubiläen von zwei russischen Revolutionen. In diesem Zusammenhang spricht man sehr oft von der Versöhnung. Scheinbar gehen die "Weissen" und die "Roten" nicht auf verschiedenen Seiten der Schützengraben und schießen aufeinander auch nicht. Es gibt verschiedene Auswertungen der Ereignisse und verschiedene Einschätzungen der Persönlichkeiten, die als Triebkraft der Revolution waren. Was meinen Sie davon?



Jurij Petrow: Gestatten Sie mir, bitte, mit der kleinen Feststellung der Zahl Revolutionen zu beginnen. In der historischen Gemeinschaft gestaltete sich eine bestimmte Konsensusmeinung, dass wir mit einer Revolution – der Grossen Oktoberrevolution – zu tun haben. Ihrerseits besteht sie aus drei Hauptphasen: Februarrevolution, Oktoberrevolution und Bürgerkrieg als Form, Fortsetzung dieser Revolutionen, aber schon in einer offenen bewaffneten Form. Es scheint mir, dass es sinnlos ist, davon zu sprechen, ob die Februarrevolution schlechter oder besser als die Oktoberrevolution war und umgekehrt. Obwohl wir keine offene Gegenüberstellung – Rote/Weisse Rosen- haben, in den Köpfen aber wird diese Gegenüberstellung beibehalten. In diesem Sinn ist die Aufhebung dieses Widerspruches, dieser Gegenüberstellung eine sehr wichtige Aufgabe, so zu sagen, die Aufgabe des allnationalen Ausmasses.

Warum nehmen wir die Revolution heute ganz anders als vor 30 Jahren wahr? Es ist darauf zurückzuführen, dass wir uns dessen bewusst wurden, dass die Revolution eine grosse Aufspaltung der Gesellschaft ist. Das ist eine sehr schwere Wunde auf dem Körper der Nation, die sehr langsam sich heilen lässt. Und unsere Aufgabe der Historiker, eigentlich, besteht darin, der Heilung dieser Wunde zu helfen.

Wie kann man das machen? Durch die Versöhnung, die Sie erwähnt haben. Das ist der natürliche Weg. Aber bleibt die Frage, wie diese Versöhnung zu erreichen ist? Sie soll keine Kapitulation einer Seite vor der anderen sein und kein Wechsel der Zeichen von Plus auf Minus, wie es oft vorkommt. Früher waren die "Roten" gut, jetzt sind gut die "Weissen". Wenn wir solch eine Linie fortsetzen, so können wir diese Gegenüberstellung nicht loswerden. Sie bleibt, wenn nicht auf den Barrikaden, aber in den Köpfen, was eigentlich nicht besonders gut für die Einheit der Nation ist. Man muss immer behalten, dass wir alle in einem Land



leben. Hundert Jahre sind schon vorbei, diese Frist ist nicht klein, aber nicht kritisch. Wir sehen es jetzt nach den Ereignissen in den USA: obwohl nach dem Bürgerkrieg mehr als ein Jahrhundert vorbei ist, taucht dort das Problem der Denkmäler, des historischen Andenkens immer wieder auf, das kommt immer vor, wenn es in der Nation eine Aufspaltung gibt. Diese Aufspaltung auszuweichen ist es sehr wichtig für die gegenwärtige Gesellschaft. Wie kann man das erreichen? Wollen wir alle zusammen darüber nachdenken.

Armen Oganjesjan: In Ihrer Antwort erklang der Gedanke: man darf nicht den "Plus" auf den "Minus" wechseln in bezug auf die Ereignisse, die früher waren. Ja, man darf sich nicht mit den Repressalien, mit dem Blut und dem Brudermord versöhnen, die damals waren. Es gibt aber eine sittliche Auswertung der Geschichte. Wir wissen, die historische Wahrheit sei notwendig für die Versöhnung, aber wir haben sie noch zu wenig, ungenügend. Sind Sie damit einverstanden?

Jurij Petrow: Und was brauchen wir noch? Die Wahrheit ist die beste Arznei, meinetwegen, des Zwistes. Aber man darf nicht denken, dass das nur unser Problem ist. Als man 1989 in Frankreich den Zweihundersten Jahrestag der Französischen Revolution gefeiert hat, war die Gesellschaft vollkommen aufgespaltet, ungeachtet dessen, dass die Frazosen den 14. Juli, die Marseillaise, alle Attribute ihrer Revolution als Symbole der Staatsmacht aufbewahrt haben. Und im grossen und ganzen bleibt die Wahrnehmung jener Ereignisse als Symbol der Befreiung von der Tyrannei und der Ausrufung der Republik. Eigentlich, bei dieser Republik lebt man bis jetzt, obwohl sich ihre Nummern wechseln, trotz der Meinungsverschiedenheiten und der Erinnerungen an den



jakobinischen Terror, an Vendee, es handelt sich hier um die grausame Niederschlagung der Bauernaufstände in einer der Provinzen Frankreichs. Flüsse Blut. Also, in jeder grossen Revolution – solcher wie unsere oder die französische – gibt es viel Blut, und es hat sich vielleicht noch nicht abgekühlt. Und trotzdem keinen anderen Ausweg aus dieser Situation sehe ich nicht als eine Suche nach einem gewissen Kompromiss, nach einer gegenseitigen Verständigung.

Armen Oganjesjan: Wie bestimmen Sie aus der Weite von 100 Jahren nach der Revolution 1917 die Hauptgründe, aus denen die Provisorische Regierung die Macht nicht beibehalten hat und die Bolschewiki den Sieg davon getragen haben?

Jurij Petrow: Ich antworte in Thesen. Die liberale Idee, die die Provisorische Regierung mitgebracht hat, eben so wie die Liberalen, die 1789 an die Macht gekommen waren, war nicht beliebt bei uns in der Gesellschaft. Die Provisorische Regierung gab es dem Volk nicht, was es forderte. Das sind der Schluss mit dem Krieg und die Erde. Das sind zwei Fragen, worüber die Provisorische Regierung gestolpert hat. Sie verpflichtete sich vor den Verbündeten der Krieg fortzusetzen, ohne reale Möglichkeiten dazu zu haben. Die junische Offensive der russischen Armee endete mit der Katastrophe. Die Armee zerstreute sich. Die Massendesertion fing an. Die Deserteure wurden zu jenen Trägern der Revolutionsgeist, die innerhalb Russlands den Umsturz ausführten. Und die Bauern standen schon im Herbst 1917 im tatsächlichen Krieg gegen die Gutsherren auf. Ihre Landsgüter wurden verbrannt, wie in 1905, und sie selbst wurden einfach ermordet. Wozu? Die Erde brauchten die Bauern, die Erde, die die Provisorische Regierung nicht gegeben hat. Die Bolschewiki, nachdem sie ihre Dekrete über



den Frieden und die Erde verkündet hatten, gewannen sofort die Grundmassen der Bevölkerung für sich.

Armen Oganjesjan: Dann nahmen sie es zurück. Die Losung aber hat ihre Rolle gespielt.

Jurij Petrow: Das ist schon eine andere Frage, man muss aber verstehen, um die Macht zu ergreifen oder beizubehalten, die Mehrheit für sich zu gewinnen.

Armen Oganjesjan: Offensichtlich konnte die Provisorische Regierung die Massen von ihren liberalen Werten nicht überzeugen und den Bauern nicht erklären, dass in der Wirklichkeit zu dieser Zeit 77% Ackerboden in Nutzung der Bauern stand und nur 16% den Gutherrn gehörte. Wie wir heute sagen, damals arbeitete die Informationspropaganda schlecht.

Jurij Petrow: Erstens, 16% ist nicht wenig. Zweitens, das System war so eingerichtet, dass die Gutherrn die für Bauern sehr wichtigen Heuschläge, Wälder, Weiden besaßen, zu denen Zutritt schwer war. Für die Bauern war der Gutherr ein Mensch-Feind. Das war real begründet.

Armen Oganjesjan: Während der ganzen Geschichte, an allen Orten war der Gutherr für sie ihr Feind?

Jurij Petrow: In jedem Fall war er für die Bauern nicht wünschenswert. Warum wurden diese Güter sofort zerstört und verbrannt? Warum war A. Block seines Gutes beraubt und seine Bibliothek war verbrannt? Nicht nur aus Unwissenheit.



A.Block hat richtig geschrieben, weil man in diesen Gütern früher die leibeigenen Bauern mit Peitsche geprügelt hat und die Mädchen vergewältigt hat. Die Schuld der Adligen vor den Bauern ist gross, und wir müssen das nicht vergessen, trotz aller Lobpreisung an diesen Stand, die wir jetzt hören. Das ist die historische Schuld der Adligen vor den Bauern. Sie konnten keinen Kompromiss finden, aus der Krise zu kommen und sozusagen Verhältnisse beizubehalten. Darum ist diese Grausamkeit, darum ist diese Agression. Ich bin tief überzeugt, dass an der Revolution meistens die Regierung und die politische Elite schuldig sind, die die entsprechenden notwendigen Reformen rechtzeitig nicht durchführen konnten. Wenn die Reformen von Stolypin 20 Jahre früher durchgeführt worden wären, in den Zeiten, als die zeitlich-verpflichteten Beziehungen der Bauern zu Gutherren endeten, so hätte Russland eine grossartige Chance diese Krise zu überwinden. Aber das ist nicht gemacht worden

Armen Oganjesjan: Zur Bestätigung dessen, dass die russische Elite wirklich daran schuldig ist, was sich ereignet hat, und niemand kann diese Schuld von ihr abnehmen, kann man die Notizen des Gendarmgeneralen Lobatschew anführen: "Es gibt grosse Gruppen der Bevölkerung, die tolles Geld auf Luxusgegenstände vertun, die nicht wissen, was sie mit ihren Gewinnen noch kaufen können. Es erweist sich, dass nie die Modengeschäfte, Juwelieren, Pelzhändler so gut wie in der letzten Zeit gehandelt haben. Dasselbe beobachtet man in der Delikatessenhandlung und in den einzelnen Kabinetten der Restaurants. Jetzt kommt die Zeit der Herrschaft der internationalen Hochstapler, Halb-Kaufmänner, Halb-Halunken, die geschickt zwischen den Millionen und der Anklagebank balancieren". Ich habe diese Zitate absichtlich gelesen, um zu zeigen, dass es damals eine riesige soziale Differenz gab.



Jurij Petrow: Gewiss. Nicht die Bauern bestürmten die Juweliergeschäfte.

Armen Oganjesjan: Darüber hinaus, wie Lobatschew schreibt, war Petersburg wahrscheinlich die Stadt der stärkeren Kontrasten als New-York. Es stimmt.

Jurij Petrow: Das bedeutete die Militäraufträge. Das bedeutete den Krieg. Es führte zur schnellen Bereicherung der geschickten Geschäftsmacher, von denen es wimmelte. Und in der sogenannten Petersburger Elite gab es solche nicht wenig. Und ausgerechnet diese waren als die ersten von der Revolution geschädigt.

Armen Oganjesjan: Es gibt eine Meinung, dass die Bolschewiki zufällig an die Macht in Russland gekommen sind. Haben sie im Bürgerkrieg gesiegt, weil sie die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung ausdrückten?

Jurij Petrow: Erstens, in bezug auf die Zufälligkeit. Darin steckt der Element der Wahrheit. Im Dezember 1916, als Lenin in Zürich vor den jungen Sozial-Demokraten auftrat, sagte er gerade: "Wir, die Alten, leben wahrscheinlich bis zum Sieg der Revolution nicht", und nach zwei Monaten ereignete sie sich. Das zeugt davon, dass die Bolschewiki bei ihrer grossen Leidenschaft für die Revolution nicht erwarteten, dass im Februar alles so schnell geschieht. Und als der Sturz der Monarchie geschah, als der Staatsmechanismus sich zu zerstören begann, dann kam eine Gelegenheit der Agitation. Ich habe von zwei Losungen – über den Frieden und die Erde – gesprochen, mit deren Hilfe die Bolschewiki die Mehrheit



der Bevölkerung für sich gewonnen haben. Anders kann man ihren Sieg im Bürgerkrieg nicht erklären.

Armen Oganjesjan: Dazu muss man noch hinzufügen, dass sowohl auf der Seite der Rotarmisten als auch auf der Seite der Weissgardisten Bauer und Arbeiter kämpften. Darum war natürlich die Aufspaltung. Viele Menschen nennen diese Oktoberrevolution den Umsturz. Was meinen Sie über diese Definition?

Jurij Petrow: Das hängt mit den Bolschewiki selbst zusammen. In den ersten zehn Jahren der Oktoberrevolution nannten sie selbst diese Ereignisse den Umsturz, keinen negativen Sinn damit zu haben. Heute hat dieser Ausdruck eine negative Argumentation. Ich glaube, das ist vom Übel. All dies sind politisierte Fachausdrücke. Ich wiederhole: wir hatten nur eine Revolution, innerhalb deren es einzelne Revolutionen gab, die weitgehende Folgen hatten. Was den Oktober anbetrifft, so hat dieses Ereignis seiner Auswirkung nach auf Russland, auf die Welt keine Analogie in der vaterländischen Geschichte. Darum würde ich darüber so geringschätzig wie über den Umsturz nicht sprechen. Das ist die wirkliche Revolution, die einen Wiederhall nicht nur in Russland, sondern auch in der ganzen Welt gefunden hat. Wenn Sie erlauben, entwickle ich dieses Thema.

Armen Oganjesjan: Natürlich

Jurij Petrow: Im Westen brachte der Oktober ein klares Bewusstsein, dass man den ehemaligen Kapitalismus mit der wilden Konkurrenz modernisieren muss, denn die Gefahr der



Wiederholung des Oktobers in westlichen Ländern war sehr real. Und was erfolgte weiter? Dieser Kapitalismus begann zu revolutionisieren und erwarb letzten Endes die Züge des sozialen Staates, der bis jetzt existiert. Darin wird durch das System des sozialen Transfers das nationale Reichtum gleichmässig verteilt. Im Osten mit Hilfe des sowjetischen Russlandes, der UdSSR entstanden viele Staaten mit der kommunistischen Ideologie und dem sowjetischen Modell der gesellschaftlichen Einrichtung, die bis jetzt existieren – China, Vjetnam.

Der Zerfall des Kolonialsystems und die Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit ist die Sache unserer Revolution. Darum erleben wir im Zusammenhang mit dem hundertjährigen Jubiläum ein grosses Interesse für diese Ereignisse.

Armen Oganjesjan: Als Direktor des Institutes fühlen Sie das?

Jurij Petrow: Sicher. Ich habe die Einladungen in Schanghai, Soul, Athen, Paris. Dort finden die Konferenzen über den Oktober statt. Wovon zeugt das? Davon, dass das Interesse riesig ist. Vor kurzem im Pariser Zentrum der geistlichen rechtortodoxen Konfession fand eine grosse Fachkonferenz mit Teilnahme der russischen Emigranten statt.

Armen Oganjesjan: Die Jahre waren vorbei, aber bei uns im Lande bleibt die Rolle von L. Trotzki in der Revolution nach wie vor noch im Schatten, obwohl im Westen der Trotzkiismus eine angeforderte politische Strömung ist. Warum kommt es so vor?

Jurij Petrow: Ich antworte einfach: Trotzki blieb früher "enfant terrible" unserer Revolution. In der postsowjetischen



Zeit erwachte ein grosses Interesse für ihn. Einige Bücher über ihn wurden im Westen und schon bei uns herausgegeben.

Armen Oganjesjan: Wir betrachten die Revolution im Zusammenhang damit, was weiter folgte – mit den Perioden der Kollektivierung, der Industrialisierung, den grossen Errungenschaften in der Wirtschaft und der Kultur. Aber in der selben Zeit wurden viele Bevölkerungsschichten den Massenrepressalien, der Deportation und der Vernichtung untergeworfen. Das unterbrach die Genofonde, die Lücke wurde von der wieder gezüchteten Intelligenz, den aufgezogenen Ingenieuren, Schriftstellern ausgefüllt.

Jurij Petrow: Die Grosse Russische Revolution (ihre Dauer umfasst Jahre von 1917 bis 1922 bis Ende des Bürgerkrieges) war eine allnationale Tragödie. Sie führte zum ökonomischen Kollaps, zu den noch nie gesehenen demographischen Verlusten. Die Abnahme der Bevölkerung während des Bürgerkrieges war um vielfach höher als Verluste Russlands im Ersten Weltkrieg. Sie führte zum Absterben der ganzen Eliten und der Kulturschichten, zur Massenauswanderung aus dem Lande. Es stimmt. Wir sind nicht geneigt, uns an den ehemaligen Gesichtspunkt über die Revolution wie über die Lokomotive der Geschichte zu halten. Dieser Gesichtspunkt ist in der Vergangenheit geblieben. Er gehört an Karl Marx. Wenn er aber mit den Ereignissen der Revolution in Russland zusammengestossen wäre, hätte er seinen Gesichtspunkt, ich glaube, geändert.

Wir sehen: unser Land ist wiederaufgeboren. Und wir müssen uns klar vorstellen, dass Russland in Jahren 1920-1922 am Rande des Aussterbens stand. Und dann trotz allen Repressalien, den grausamen Massnahmen, die Sie



erwähnt haben, ist es wiederaufgestanden. Das neue Rote Imperium hat beinahe die Stärke des ehemaligen Zarenimperiums erreicht, jedenfalls zu Beginn des Grossen Vaterländischen Krieges. Es liegt nicht nur am strengen Regime der Kommissaren, sondern auch, ich glaube, am riesigen Potential des Volkes selbst. Russland war ein agrarwirtschaftliches Land, ein agrarisch-industrielles Land, sozusagen. Vor der Revolution betrat es den Weg der Industrialisierung, ging aber einen kurzen Abschnitt dieses Weges. Die harten Massnahmen in 1929-1930 Jahren brachten es wieder auf den industriellen Weg. Der Preis solch einer Entwicklung aber war zu hoch. Konnte man es vermeiden? Wahrscheinlich.

Seit 1990er Jahren hatten wir einen Trend im gesellschaftlichen Bewusstsein, dass Russland, das wir verloren haben, das ehemalige Zarenrussland ist. Und die ganze 70jährige Periode sei ein schwarzes Loch, eine Sackgasse, in die wir eingeführt worden sind, woraus man schnell austreten und alles vergessen muss, alles durchkreuzen und das Leben aufs neue beginnen muss. Das ist unmöglich. Und jetzt sind wir uns dessen bewusst, dass die Geschichte unseres Landes unzerreissbar ist. Jede Etappe ist mit der anderen verbunden. Darum würde ich die sowjetische Periode unserer Geschichte mit der schwarzen Farbe nicht malen. Es gab verschiedene Perioden. Über die Errungenschaften haben wir schon gesprochen. Es reicht. Man muss aber noch sagen, dass es die Sache unserer Grossväter und Urgrossväter ist. Gerade darum behalten wir sie im guten, dankbaren Andenken.

Armen Oganjesjan: Ja, die Geschichte kennt keinen Konjunktiv. Aber trotzdem können wir ohne gewöhnliche Fragen nicht auskommen. Was wäre dann, wenn? Was



meinen Sie? Wäre Russland zu Mitte des XX. Jahrhunderts ebenso stark wie bei den Kommunisten, wenn wir eine Monarchie hätten? Hätten wir Hitler besiegt?

Jurij Petrow: Wo wäre Russland, wenn wir 1917 nicht erlebt hätten? Die Geschichte kann im Unterschied von Naturwissenschaften den Experimenten nicht wiederholen. Wenn wir uns aber für einen Augenblick vorstellen, dass das Russische Imperium mit Finnland und Polen den Ersten Weltkrieg gewonnen hätte und dann mit Konstantinopel und Meereengen mit der germanischen Militärmaschine zusammengestossen wäre, was wäre dann? Ich glaube, dass wir das Wirtschaftspotential Russlands vor der Revolution unterschätzen. Das Staliner Wirtschaftssystem unterschied sich vom solchen des Zarenrusslands dadurch, dass die Sowjeten und Lenin sich weigerten, die Schulden des Zarenrusslands zu begleichen, und die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen auf solche Weise abgebrochen wurden. Vor der Revolution betrugen die westlichen Investitionen ungefähr den fünften Anteil des Wirtschaftspotentials Russlands. Bei der Sowjetmacht gab es solche überhaupt nicht. Die Investierungsquelle war verloren. Ich glaube, die von Stalin unternommene Kollektivierung war dazu berufen, das Fehlen dieser Quelle auszugleichen. Wenn Russland die Entwicklungstempos behalten hätte, die es vor dem Ersten Weltkrieg hatte (die Wirtschaft hatte damals 5-6% Zuwachs im Jahr), so wären wir ein gutes entwickeltes Industrieland, das imstande wäre, den Krieg der Motoren mit Deutschland auszuhalten.

Armen Oganjesjan: Von der 100jährigen Geschichte gehen wir zu unserer Gegenwart über. Die ukrainische Frage ist



heute sehr aktuell. Man kann sich daran erinnern, dass die Revolution in der Ukraine auch nicht ruhig war. Zum Beispiel, diese Machnowtschina. Sehen Sie Parallelen in den Ereignissen jener Zeit und des heutigen Tages?

Jurij Petrow: Das ist nicht schwer zu vermerken. Es handelt sich nicht um die Machnowtschina, sondern darum, dass sofort nach dem Februar der Prozess der Bildung des nationalen Staates in der Ukraine begonnen hat. Die sogenannte "Zentrale Rada", als Sowjet, das höchste Machtorgan des Staates wurde geschaffen. Die Ukraine selbst wurde als Ukrainische Volksrepublik verkündet. Zuerst als Bestandteil Russlands. Dann nach und nach mit der Entwicklung der Revolution und der Abschwächung Russlands verstärkten sich die Separattendenzen. In der Periode des Bürgerkrieges wurde die sogenannte "Donezker-Kriworoger Republik" geschaffen. Das war ein sonderes Staatsgebilde, das der Ukrainischen Republik nicht gehörte. Es war ein Stützpunkt der Bolschewiki im Kampf gegen die Regierung in Kiev. Das ist derselbe Donbass. Die Analogie liegt klar auf der Hand. Die Bildung dieser Republik wurde nicht aus der Luft genommen. Es gab dazu objektive Gründe, denn der industrielle Donbass unterschied sich wesentlich von anderen Gebieten der Ukraine. Dann ist diese Republik abgeschaffen worden. Die Bolschewiki haben ein Zugeständnis an den ukrainischen Nationalismus gemacht. Was wird morgen? Wir werden es mal sehen. Der ukrainische Staat, die ukrainische Nation als das gesonderte Volk ist die Erfindung der Intelligenz. Michailo Gruschewskij, der berühmte Historiker, Professor und Ideologe des ukrainischen Nationalismus "skizzierte" nach dem Sturz der Monarchie im Februar einige Broschüren unter den Titeln "Was bedeutet



Ukrainer zu sein?", "Was ist die Ukraine?". Diese Broschüren wurden in Millionenauflagen herausgegeben und in alle Teile der Ukraine gesendet. Viele Malorossen, so nannte man sie vor der Revolution, erfuhren, dass sie Ukrainer sind und einen Staat haben. Das waren Ideen der bürgerlichen Intelligenz, die für die einfachen Menschen im Dorf und in der Stadt ganz fremd lauteten. Sie konnten lange nicht verstehen, was sie mit der ukrainischen Nation zu tun müssen. Es kam sogar dazu, dass in 1920er Jahren die sowjetische Regierung, um die Ukrainische Nation zu festigen, die sogenannte Politik der "Ureinwohner" durchführte. Alle Einwohner dieses Gebietes, die zur Ukrainischen Republik gehörten, wurden als Ukrainer eingeschrieben. Ohne Rücksicht auf die Sprache und darauf, was sie selbst daran denken, wurden alle Ukrainer. Auf solche Weise wurden Ukrainer zahlreich. Als Ukrainer wurden selbstverständlich Einwohner in Donbass eingeschrieben. So wurde die ukrainische Nation gemacht.

Wir haben im Institut der Russischen Geschichte eine kollektive Monographie unter dem Titel "Geschichte der Noworossia" veröffentlicht. Das ist ein riesiges historisches Gebiet. Es schließt den heutigen Donbass und das Territorium ein, das an Russland angeschlossen und nach der Idee der Kaiserin Ekaterina "Noworossija" genannt worden war. Das ist die Geschichte des Regions, früher als "Wilder Feld" genannt, worauf niemand lebte. Das war ein nomadhafter Boden. Bald erschienen da Betriebe, dorthin übersiedelten die russischen Arbeiter und die ukrainischen, selbstverständlich. Dann kamen die französischen, belgischen und englischen Investoren. Und die berühmten Betriebe von Kriworogja und Donbass wurden gebaut. So entstand in diesem Region die nationale Kulturregion, die ganz nach seinem Schlag ganz anders als die ihn umgebenden ukrainischen Gouvernements war. In unserem Buch untersuchen wir die Ursprünge der harten



Gegenüberstellung Ukraine-Donbass. Sie gehen aus der Tiefe der Geschichte.

Armen Oganjesjan: Rücken wir uns westlicher und sprechen über Polen. Wie kann man den Unwunsch der Polen erklären, dem sowjetischen Russland ihre Dankbarkeit auszudrücken, dass es ihnen die Staatlichkeit zurückgegeben hat? Wo stecken die historischen Wurzeln der Beziehungen Warschau zu Moskau?

Jurij Petrow: Die Frage ist komplizierter als die einfache Schenkung der Staatlichkeit. Die Schenkung der Staatlichkeit erfolgte, man kann sagen, nur einer unserer Provinz – Finnland. Mit Finnland hat die Sowjetregierung einen Vertrag über die Unabhängigkeit unterzeichnet. Mit den Polen stand es komplizierter. Sie bekamen ihre Staatlichkeit infolge der Niederlage Russlands im Ersten Weltkrieg. Gerade nach dem Versailles Friedensabkommen wurde der neue Staat Polen anerkannt, der sofort eine unfriedliche Einstellung den Nachbarn gegenüber, vor allem Russland und Litauen, einnahm. Gutherzig war Polen zu uns nie gestimmt. Ich erinnere auch daran, dass bald nach der Erhaltung der Unabhängigkeit ein sowjetisch-polnischer Krieg ausbrach. Polen nahm sofort eine sehr aggressive nationalistische Einstellung ein. Das Regime von Pilsudkij ist etwas mit seinem wütenden Nationalismus den heutigen polnischen Politikern ähnlich. Polen begann die Grenzen auseinanderzurücken, eroberte Vilnius, dann Kiev und stellte schon die Frage über die Wiederherstellung der sogenannten Retsch Pospolty des XVIII Jh., wie die Polen sagen –“von Meer bis Meer“, d.h. vom Schwarzen bis zum Baltischen Meer. Es ereignete sich der sowjetisch-polnische Krieg, in dem Russland die Niederlage erlitten hat. Polen ist aber innerhalb ihrer ehemaligen



Grenzen geblieben. Die Polen haben noch einen starken Komplex von 1939, als der Zweite Weltkrieg ausbrach, den Komplex von Chatin. Deshalb im historischen Bewusstsein der Polen überwiegen keine gutherzigen Gefühle zu Russland. Ob es gerecht ist, habe ich Zweifel. Die Polen sind selbst schuldig an ihren Not und Leiden. Aber die Tatsache, dass wir, die Sowjetunion, für die Befreiung Polens vom Faschismus 600 000 Soldaten geopfert haben, spricht selbst für sich. Und das waren keine Okkupanten, das waren keine Träger der Staliner Ideologie, wie es heute dargestellt wird. Das waren einfache Soldaten, die ihr Leben für die Befreiung dieses Volkes geopfert haben. Die Polen müssen antworten, was wäre Polen ohne sowjetische Befreiung? Und wäre es überhaupt? Wenn man über die Frage der alternativen Geschichte nachdenkt, so wird vieles klarer. Selbstverständlich, die Polen wären im Dritten Reich dem Untergang geweiht worden.

Armen Oganessian: Ganz richtig. Nach den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges hat Polen dank der UdSSR ein Drittel seines heutigen Territoriums erworben. So verschieden sind Einstellungen und Betrachtungsweisen.

Schlüsselwörter: 100 Jahre der Grossen Oktoberrevolution, Bedeutung der Oktoberrevolution, Kaiser Nikolai II.



EUROPÄISCHE MUSLIME: KEINE LEICHTEN IDENTITÄTSFRAGEN

Die Migrationskrise, mit der Europa Mitte der 2010er Jahre konfrontiert wurde, Terroranschläge, die durch die religiös motivierte Extremisten in vielen europäischen Staaten verübt wurden, spitzten die auch die Probleme, die früher bestanden und die mit den europäischen Muslimen verbunden waren, zu. Diese Erscheinungen veranlassen uns besonderes Augenmerk auf die nicht leichten Verhältnisse zwischen Europa und der islamischen Welt zu richten, die mehrere Aspekte haben – den der Demografie, der Migration, der Kultur, der Politik, der Ideologie, der sozialökonomischen usw., die man im Rahmen eines Artikels nur teilweise darstellen kann.

Neue alte Probleme

Die Beziehungen Europas und der islamischen Welt wurzeln in der jahrhundertalten Geschichte, jedoch bekamen sie in der

**ANDREY
YASCHLAWSKY**



Dr. polit. Wissenschaftlicher
Mitarbeiter des Instituts für
Weltwirtschaft und internationale
Beziehungen der Russischen
Akademie der Wissenschaften
dosier@mail.ru



zweiten Hälfte des 20. – Anfang des 21. Jahrhunderts, in der Epoche der Globalisierung einen qualitativ neuen Charakter. In der globalisierten Welt erlebt Europa eine tiefgreifende Transformation. Seine stereotypische Gleichsetzung mit dem Christentum ist im vergangenen Jahrhundert wegen der zunehmenden säkularen Trends, aber im nicht geringeren Maße dank den demografischen Veränderungen, die durch die Migrationsprozesse verursacht wurden, bemerkbar ins Wanken geraten. Globalisierung löste die großdimensionale Auswanderung der Menschen aus den früheren Kolonien in die Metropolstaaten aus. Europäische Staaten, die traditionell als monoethnisch bzw. doppelethnisch galten, sind schon längst multiethnisch geworden. Die Einwandererwellen, die kein Ende nehmen – seien es legale oder illegale Migranten, die aus Afrika, dem Nahen Osten, Asien nach Europa auf der Suche nach einem besseren Schicksal wenn nicht für sich selbst, dann mindestens für ihre Kinder kommen, veränderten das konfessionelle und kulturelle Antlitz Europas. Immer deutlicher zeigt sich in diesen Prozessen die Rolle der Muslime, für die es die Heimat wird.

Es liegen keine genauen Angaben über die Zahl der Muslime, die in Europa leben vor.“Erstens, wird das dadurch bedingt, dass es schwierig ist zu definieren, wer als Muslim gelten kann; zweitens, dadurch, dass das europäische juristische System nicht gewillt ist, die Rasse und Religion in den Registrierungsmaterialien und Dokumenten festzuhalten. Das Kriterium des Herkunftslandes ist als Mittel für die Erfassung der Anzahl der Muslime nicht mehr relevant, weil die meisten von ihnen mindestens in Frankreich und Großbritannien europäische Staatsbürgerschaft haben“, stellt der französische Wissenschaftler O. Roy¹ fest.

Laut den Angaben des Zentralinstituts des Islam-Archivs-Deutschland betrug die Gesamtzahl der Muslime in Europa 2007 etwa 53 Mio. Menschen, von denen 16 Mio. in den EU-Staaten lebten.² Laut anderen Angaben wird die Zahl der Muslime in den EU-Staaten im Rahmen 13-25 Mio. geschätzt,



das heißt 3-5 Prozent der Bevölkerung der europäischen Union.³ Unter Beachtung der Welle von Migranten und Flüchtlingen, die in den 2010er Jahren nach Europa übersiedelt haben, müssen diese Zahlen korrigiert werden.

Die meisten Muslime in Westeuropa, die aus der islamischen Welt stammen, kamen nach Europa seit den 1950er Jahren, meistens (aber nicht ausschließlich) war das durch die Entkolonialisierungsprozesse verursacht. Ein großer Teil der muslimischen Einwanderer kamen (und kommen auch heute) in die europäischen Staaten als Flüchtlinge. Die meisten Migranten, die in den 2000er-2010er Jahren nach Europa aus den Staaten der „dritten Welt“ kamen, werden eben durch die Muslime aus Syrien, dem Irak Afghanistan und anderen Staaten Asiens und Afrikas vertreten.

Die Masseneinwanderung nach Westeuropa, die Ende der 1950er Jahre begann, erreichte ihren Höhepunkt etwa 1970 und hörte trotz der restriktiven Maßnahmen nie auf. O. Roy stellt fest, dass aus historischen und geografischen Gründen die meisten Einwanderer Muslime waren: Nordafrikaner und Übersiedler aus Zentral- und Westafrika in Frankreich und Belgien, Einwanderer aus Südasien in Großbritannien, Türken in Deutschland, Holland und der deutschsprachigen Schweiz, dabei ist die reale Situation wesentlich komplexer. Die Türken kamen beispielsweise auch nach Ostfrankreich, Flandern und die Marokkaner – nach Belgien und in die Niederlande.

In den 1990er Jahren waren Spanien und Italien mit dem Migrationsproblem konfrontiert. „Die Verschärfung der Migrationsregeln hatte zur Folge, dass viele Gastarbeiter es bevorzugt haben, nicht wie früher in ihre Heimatländer zurück zu kehren, sondern blieben in den europäischen Staaten und brachten auch ihre Familien in diese Staaten. Millionen Vertreter der zweiten Generation der Muslime wurden in Europa geboren. In einigen Ländern (beispielsweise in Frankreich) bekamen sie zum Zeitpunkt der Volljährigkeit fast automatisch die Staatsbürgerschaft, in anderen (Deutschland; Dänemark,



Schweiz) mussten sie einen spezifischen und schwierigen Einbürgerungsprozess durchmachen“.⁴

Verschiedene Prognosen zeigen, dass der Anteil der Muslime in Europa in den nächsten Jahrzehnten vor dem Hintergrund der Alterung der Bevölkerung in Frankreich, Deutschland, Großbritannien und anderen Staaten wesentlich steigen wird. Laut den Schätzungen des Professors Ph. Jenkins (Uni Pennsylvanien), werden Muslime 25 Prozent der europäischen Bevölkerung ausmachen.⁵

Es sei zu betonen, dass es auf der europäischen Landkarte (ohne schon über den postsowjetischen Raum zu sprechen) es heute Länder gibt, in denen sich der überwiegende oder der große Teil der Bevölkerung zu Islam bekennt – Bosnien und Herzegowina, Albanien sowie die Provinz Kosovo, die von den meisten europäischen Staaten als unabhängiger Staat anerkannt wurde.

Wie dem auch sein mag, wird die Unhaltbarkeit der früheren Wahrnehmung Europas als „Bollwerk der christlichen Welt“ immer offenkundiger. Europa verwandelt sich in die wahre multikonfessionelle Region, in der der Islam als etablierte Religion neben den traditionellen christlichen Konfessionen und dem Judentum seinen Platz haben wird. In diesem Sinne sind die Worte des früheren deutschen Bundespräsidenten Ch. Wulff, die er im Oktober 2010 während der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit gesagt hat, sehr symptomatisch: „Das Christentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das Judentum gehört zweifelsfrei zu Deutschland. Das ist unsere christlich-jüdische Geschichte. Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland“.

Fünf Jahre später bekundete auch Bundeskanzlerin A. Merkel ihre Solidarität mit diesen Worten, sie wies darauf hin, dass etwa 4 Mio. Muslime, die in Deutschland leben und ihren Glauben praktizieren, in den Bildungseinrichtungen wird die Religionskunde unterrichtet, es gibt Lehrstühle der islamischen Theologie u.a.m.⁶ Nicht weniger symptomatisch



ist auch die Reaktion des deutschen Publizisten R. Giordano auf diese Erklärung Ch.Wulffs, der den offenen Brief an den Bundespräsidenten veröffentlicht hat, in dem er die Äußerungen des deutschen Staatsoberhauptes hart kritisiert hat. Nach der Meinung R. Giordanos führt die unüberlegte Migrationspolitik der deutschen Behörden dazu, dass Migranten, die als Träger der „archaischen“ Werte und Denkweisen fungieren und Reflexion und Selbstkritik nicht gewöhnt sind, den demokratischen Staat, dessen Geschichte auf der christlichen Kultur aufbaut, die ihm den qualitativen Sprung in der zivilisatorischen Entwicklung gesichert hat, gefährden.⁷

Kontakte und Konflikte

Die wachsende Muslimenzahl in Europa, die ihre wachsende Rolle im sozialpolitischen Leben Europas zur Folge hat, bringt auch neue Herausforderungen mit.

Insgesamt bleiben die Muslime in Europa eine religiöse Minderheit. Dementsprechend besteht das Problem der Beziehungen zwischen der Mehrheit, die die autochthone Bevölkerung der europäischen Länder vertritt, und der Minderheit (Einwanderer und/oder ihre Nachkommen), die verschiedene Dimensionen aufweist. R. Pauly schreibt über „die grundlegende gesellschaftliche Wasserscheide zwischen dem christlichen und dem muslimischen Segment der Bevölkerung“ im heutigen Westeuropa: „Diese Abgrenzungen, die sich ihrerseits aus den religiösen wie auch aus den ethnischen, sozioökonomischen und Rassendifferenzen ergeben, hetzen die Vertreter der Mehrheit, die sich aus den einheimischen Bürgern zusammensetzt, gegen die Gruppen der nichteuropäischen Minderheit auf“.⁸

Man darf diese Verhältnisse auf den rein religiösen Aspekt nicht reduzieren. Misstrauen, die viele Bürger in Westeuropa gegenüber ihren neuen Nachbarn verspüren, wird nicht allein durch die Voreingenommenheit gegenüber dem Islam bedingt.



Beispielsweise lösen die Christen aus den sozialökonomisch weniger gut situierten osteuropäischen Staaten bei vielen Westeuropäern die Gefühle aus, die sich wenig von jenen unterscheiden, die sie gegenüber den Vertretern Nordafrikas oder Südasiens erleben.

Es wäre jedoch falsch zu leugnen, dass es in den westeuropäischen Gesellschaften Stimmungen gibt, die den islamfeindlichen nahe liegen. Einige Wissenschaftler betrachten Islamfeindlichkeit als eine neue Form des Rassismus in Europa und weisen dabei auf die „Äußerungen in der Presse hin, die das negative Islambild schaffen, etwa wie „islamischer Terror“, „der gewaltsame Islam“ hin. Verschiedene Studien, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden, zeugen darüber, dass sich in Europa fremdenfeindliche Erscheinungen mehren (darunter auch die Intoleranz gegenüber dem Islam), die unterschiedlichen Charakter haben – vom alltäglichen bis zum politischen, von dem latenten bis zum extremistischen.

Der massenhafte Zustrom von Migranten und Flüchtlingen hauptsächlich aus den Ländern der muslimischen Welt verstärkte zweifellos die fremdenfeindlichen Stimmungen und die Positionen jener, die diese Stimmungen missbrauchen. Zur Verstärkung der islamfeindlichen Stimmungen trugen auch die Terroranschläge bei (Anschlag gegen die Redaktion der Wochenzeitschrift „Charlie Hebdo“, Blutbad in Paris im November 2015; Terroranschläge in der belgischen Hauptstadt im März 2016, Terroranschläge mit den LKWs in Nizza und Berlin 2016 usw.), die von den Vertretern der radikalen Jihadzellen, die unter anderem mit der terroristischen Gruppierung „Islamischer Staat“* verbunden sind, verübt wurden.

Die Islamfeindlichkeit bekommt in den europäischen Staaten ohne Übertreibung die Eigenschaften der ausgeprägten politischen Ideologie, die für marginale politische Kräfte

*„Islamischer Staat“ (ISIS, DAISH) – terroristische Gruppierung, die in Russland verboten ist.



kennzeichnend ist. Praktisch in jedem europäischen Staat wirken politische Parteien, die in diesem oder jenem Maße radikal gegen die Einwanderung vor allem aus der islamischen Welt auftreten („Front National“ in Frankreich, Partei „Vlaams Belang“ in Belgien, Partei „Schwedische Demokraten“ usw.).

In Deutschland entfachte 2010 nach dem Erscheinen des Buches T. Sarrazins „Deutschland löst sich auf“ die heftige Diskussion über die „islamische Bedrohung“. Der Autor formuliert die Schlussfolgerung, dass die traditionelle deutsche Kultur geschwächt wird und unter dem Druck großer Migrantenzahl, die in die Bundesrepublik aus den traditionell islamischen Staaten gekommen sind und nicht gewillt sind, sich in die Gesellschaft, die sie aufgenommen hat, zu integrieren, verschwindet. In seinen pessimistischen Prognosen schildert T. Sarrazin Deutschland in der nicht weit entfernten Zukunft, in dem „seit 2030 in vielen Großstädten die meisten Einwohner muslimisch werden, und 2050 über die Hälfte der Bürgermeister den türkischen, arabischen oder afrikanischen Migrationshintergrund haben werden.“⁹

Obwohl die Führung der Bundesrepublik die Position Sarrazins verurteilt hat, zeigten nichtsdestotrotz mehrere Umfragen, dass seine Ansichten unter den einfachen Deutschen populär sind. Der starke Migrantenzustrom aus den islamischen Staaten in den 2010er Jahren verursachte die Intensivierung der 2014 in Dresden gegründeten Bewegung „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Westens“ (PEGIDA). Die antiislamische Rhetorik ist auch für die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) kennzeichnend, die auf ihrem Parteitag im Mai 2016 erklärte, dass „der Islam nicht zu Deutschland gehört“ und auch dafür plädierte, dass der Minarettbau in Deutschland und die Burka verboten werden sollen. Früher im April 2016 bezeichnete die Vize Vorsitzende dieser Partei Beatrice von Storch den Islam „die politische verfassungswidrige Ideologie.“¹⁰ Obwohl beide Parteien zum deutschen politischen Mainstream kaum zu zählen sind,



muss man zugeben, dass ihre Rhetorik in bestimmten Kreisen deutscher Bürger die Resonanz findet.

Die Umfragen der öffentlichen Meinung zeigen, dass die interkonfessionellen Verhältnisse (darunter auch das Verhältnis zum Islam) im realen Leben Westeuropas vom politisch korrekten Ideal weit entfernt sind. Die im Februar 2017 veröffentlichten Ergebnisse der Meinungsumfrage, die vom analytischen Zentrum Chatham House in zehn europäischen Staaten durchgeführt wurde, zeigten, dass 55 Prozent der Befragten der Behauptung zustimmen, dass es notwendig ist, die Einwanderung aus islamischen Staaten nach Europa zu stoppen, dabei äußerten nur 20 Prozent die entgegengesetzte Position. Keine deutliche Position hatten 25 Prozent der Befragten. Die meisten Gegner der Einreise der muslimischen Migranten waren unter den Bürgern Polens (71 Prozent), Österreichs (65 Prozent), Belgiens (64 Prozent) und Frankreichs (61 Prozent) verzeichnet.¹¹

Die heutigen Stereotypen im Bewusstsein der Europäer gegenüber dem Islam werden zum einen durch die Wirklichkeit, in der die Träger verschiedener Strukturen und Religionen miteinander kontaktieren (ohne dabei zur gegenseitigen Verständigung zu kommen), hervorgebracht. Zum anderen haben falsche westliche Vorstellungen über den Islam jahrhundertealte Wurzeln, wie es auch die verzerrten Vorstellungen der islamischen Welt über den Westen sind.

Die wachsende Rolle der islamischen Gemeinschaft in den europäischen Staaten führt zu vielen Veränderungen, die Europäer selbst müssen dabei die Basisgrundsätze der westlichen Zivilisation neu durchdenken. Der Stolz, den die hier gepflegte Rede- und Meinungsfreiheit im Westen hervorbringt, löst Zweifel aus, wenn diese Freiheit zum Stein des Anstoßes wird. Wo endet die Redefreiheit und wo beginnt der Übergang zur menschenfeindlichen und provokatorischen Rhetorik und zur Förderung dieser oder jener „Phobien“? Ist denn die offene Lobpreisung der Terroristen, die unter der



Flagge der Religion wirken, die Redefreiheit? Oder die ihrem Wesen nach verletzenden Äußerungen bzw. Karikaturen zum religiösen Thema? In wie weit sind die Bedrohungen an die Islamkritiker, die im Herzen Europas laut werden, mit den westlichen Werten vereinbar?

Es gibt mehrere Beispiele derartigen Diskrepanzen. Man kann sich an die Geschichte des Autors des skandalösen Buches Salman Rushdie „Satanische Verse“ erinnern, der unter dem Schutz der Geheimdienste von der Rache der religiösen Fanatiker flüchten musste, oder an die Ermordung des Regisseurs Theo van Gogh durch den holländischen Muslim Mohammed Buyeri (2004) in der Niederlande. Recht große Bedeutung hatte in dieser Hinsicht der „Karikaturenskandal“, der nach der Veröffentlichung der Karikaturen auf den Propheten Muhammed in der dänischen Zeitung „Jyllands-Posten“ 2005 ausbrach.

Der provokatorische Versuch der skandinavischen Journalisten, die Rede-, Pressefreiheit als eine der tragenden Säulen der westlichen europäischen Demokratie zu verfechten, löste zornige Reaktion der Muslime weltweit und wurde zur Ursache der Manifestationen, an denen mehrere Tausende teilgenommen haben, und Angriffe auf die Botschaften skandinavischen Länder aus.

Im gewissen Maße wurde der Karikaturenskandal nicht nur zur „Prüfung der Staatsbürgerschaft“ für muslimische Minderheit in Dänemark, sondern auch testete die dänische Gesellschaft, in wie weit sie ihren Traditionen treu ist. Die Kompromissvereinbarung, die die dänische Zeitung „Politiken“, die die Karikaturen abgedruckt hat, mit den Organisationen, die die Nachkommen des Propheten Muhammed vertreten, stieß auf die scharfe Ablehnung der dänischen Massenmedien, die diesen Kompromiss beinahe den Verrat an der Redefreiheit als Grundlage der Demokratie aufgefasst haben.

Grundsatz der Gewissensfreiheit wird einer Prüfung auch in dem Punkt ausgesetzt, in dem die Grundsätze des säkularen



Staates, die äußeren Erscheinungsformen der Religiosität, die lokalen Traditionen mit denen der Einwanderer konfrontieren. 2009 wurde in der Schweiz das Verbot der Minarettenbaus verhängt, was viele als Verletzung der religiösen Freiheit der schweizerischen Muslime eingeschätzt haben. Ähnlich wird auch das in Belgien eingeführte Verbot für die Gesichtsschleier in öffentlichen Plätzen sowie analoge Maßnahmen in Frankreich bewertet.

Im Juli 2010 beschloss das Unterhaus des französischen Parlaments den Gesetzentwurf, der das Tragen der Gesichtsschleier in öffentlichen Plätzen in Frankreich verbietet. Der Gesetzentwurf galt als Eckpfeiler der Strategie von N. Sarkozy zur Integration der Einwanderer, mit der die Führung des Landes versuchte, die Wiederholung der Massenkrawallen in den Pariser Vororten zu verhindern. Nichtsdestotrotz legten die Autoren des Dokuments den Schwerpunkt eben nicht auf die muslimische Kleidung sondern betonten, dass "niemand öffentlich die Kleidung tragen darf, die das Gesicht verschleiert". Aber es ist offensichtlich, dass das Gesetz eben auf die muslimische Bevölkerung abzielt.

Zum einen meinten die Verfechter des Gesetzes, dass die Kleidung, die das Gesicht der Frau verschleiert, die Verachtung der traditionellen Werte der Republik darstellt und zugleich die Rechte der Frauen und den säkularen Charakter des Staates bedrohen. Zum anderen entstand die Meinung, dass das Gesetz den verfassungsrechtlichen Grundsätzen unter anderem der Freiheit des Glaubensbekenntnisses zuwider ist. Das Verbot der Gesichtsschleier in den öffentlichen Plätzen hat kaum die rein europäische oder westliche Dimension: es wäre zu erwähnen, dass die Anhänger der säkularen Lebensweise in der Türkei beim Verbot der traditionellen religiösen Kleidung nicht weniger eifrig sind als in Belgien oder Frankreich.

Ein weiterer Konfliktbereich in den Verhältnissen zwischen den muslimischen Einwanderern und ihrer neuen europäischen Heimat ist das Verhältnis des islamischen Gesetzes zu



den gesamteuropäischen und nationalen Gesetzen. Es ist bemerkenswert, dass muslimische Organisationen in manchen Ländern sich für die Anwendung der Scharia-Gesetze unter anderem bei der Vererbung, in der Ehe und bei der Scheidung einsetzen.

Nicht förderlich für die bessere Verständigung zwischen der einheimischen Bevölkerung, die die christlichen (oder, um es besser zu formulieren, westliche) Werte teilt, und den muslimischen Einwanderern sind die „Ehrenmorde“, die in den asiatischen und nahöstlichen Gemeinschaften regelmäßig stattfinden und deren Opfer Frauen sind, die von islamischen Fundamentalismus fern sind und an die Werte der gegenwärtigen europäischen Gesellschaft glauben.

Probleme der Selbstidentifizierung

Eines der Probleme, die durch wachsende muslimische Bevölkerung in Europa hervorgerufen wurde, hängt mit der Identität und Selbstidentität zusammen. Dabei betrifft dieses Problem sowohl Europäer insgesamt als auch europäische Muslime. „Europäische Identität ist historisch sowohl als Antwort auf die Nachbarschaft und die Bedrohung durch die islamische Welt entstanden.“¹²

In der Situation aber, in der die Muslimenzahl, die die Einwohner und Bürger der EU-Staaten sind, vom Jahr zu Jahr wächst, benötigt diese Identität neues Durchdenken.

Wesentlich schwieriger ist es aber für europäische Muslime selbst, die zu einer bestimmten Ethnie, zu einer Diaspora, die ein bestimmtes Land vertreten, das als Teil der weltweiten muslimischen Gemeinschaft – Ummah und zugleich Bürger eines europäischen Staates sind, gehören, ihre Identität zu erlangen. Beispielsweise können die in Frankreich lebenden Muslime aus den Maghreb-Staaten ihre Identität auf einigen Ebenen erleben. Das ist ihre Zugehörigkeit zum Islam, zur Ummah. Aus der



ethnonationalen Sicht bedeutet das die Inklusion in die arabische Nation. Eine weitere Ebene der nationalen Identität ist die Zugehörigkeit zur marokkanischen, algerischen oder tunesischen Nation. Es gibt noch die „Mikroebene“, die die Zugehörigkeit zur lokalen, patriarchalischen, Identität, die Mitgliedschaft in einem Klan, Stamm bzw. einer Sekte bedeutet.

Die Trennung der Gesellschaft verläuft nicht nur entlang der Linie „einheimische europäische Gesellschaft – muslimische Einwanderer und ihre Nachkommen“. Die Trennung kann es auch in der Gemeinschaft der Einwanderer sein, beispielsweise zwischen Vertretern verschiedener Generationen, auch im Rahmen einer Familie. Auch ein konkreter Mensch kann nach der eigenen Identität suchen. „Meine eigene Identität ist aus verschiedenen Kulturquellen zusammengesetzt, – schreibt der deutsche Politologe mit syrischem Hintergrund B. Tibi, der sich „liberaler Muslim“ nennt. Aus der religiös-kulturellen Sicht bin ich ein Euromuslim, aus ethnischer Sicht bin ich ein Araber aus Damaskus und im politischen Aspekt bin ich deutscher Bürger“.¹³

Es wäre gut, wenn es gelingt, diese Identitäten auszusöhnen und zu harmonisieren, jedoch können sie auch im Konflikt sein. Können die Muslime in Europa, – fragt B. Tibi – die Anforderungen ihrer Religion mit der politischen Identität, die den Bezug auf die europäische Staatsbürgerschaft hat, verknüpfen? Falls es nicht gelingt, diese Diskrepanz zu überwinden, müssen dann die Muslime in Europa eine besondere Identität der Diaspora schaffen? Vielleicht hat O. Roy in seiner Annahme Recht, wenn er meint, dass das „transnationale Wesen der muslimischen Bevölkerung in Europa eigene Rolle in der europäischen Integration spielt. Viele muslimische Organisationen sehen in der Bildung der europäischen Union die Möglichkeit, eigene ethnische und nationale Trennungen umzugehen und etwas aufzubauen, das dem ähnlich ist, was die Ummah sein soll?“¹⁴



Europäische Muslime stellen heute eine Masse von Gemeinschaften und Einzelpersonen dar, die sich nach mehreren Parametern – ethnischen, konfessionellen, politischen, kulturellen, sozialen, ökonomischen – von einander unterscheiden. Diese Vielfalt wird infolge des nie da gewesenen Zustroms der Einwanderer und Flüchtlinge in den 2010er Jahren nur erweitert und vertieft. Dementsprechend sind in diesen Gemeinschaften die Ansätze an die Suche der Identität und die Integration unterschiedlich. Setzen sich viele säkular denkende Muslime in Europa für politische Integration, die keine vollständige Assimilierung voraussetzt, ein, lehnen dagegen radikale Muslime die säkulare Gesellschaft ab und fordern umfassendere Autonomie für sich, um in den muslimischen Gemeinschaften entsprechend den islamischen Grundsätzen zu wirken.

Der Islam hat unterschiedliche Bedeutungen für verschiedene Menschen in verschiedenen Ländern. Die Muslime in Europa stellen keine einheitliche „islamische Nation“ dar. Es gibt keine „geschlossene Kultur“ in den islamischen Staaten, wo diese Menschen herkommen. Muslimische Gemeinschaften sind in ihrer individuellen Wechselwirkung mit ihren europäischen Aufenthaltsländern vielfältig... Genauso wie einzelne europäische Staaten eigene Politik gegenüber den muslimischen Einwanderern haben... In Europa gibt es keinen Konsens darüber, was man mit dem Zustrom der Einwanderer aus muslimischen Staaten anfangen muss.¹⁵

Islamforscher R. Pauly unterscheidet unter den Muslimen drei Ansätze an die islamische Praxis in den Staaten, wo der Islam nicht die Religion der Mehrheit ist. Der erste meint die partielle oder die absolute Ablehnung der Normen der Gesellschaftsmehrheit durch den Abgang in die muslimischen Enklave, in denen der Kontakt mit den Vertretern anderer Regionen eingeschränkt ist oder es keinen gibt. Der zweite meint den Verzicht auf die strenge islamische Praxis zugunsten der bedingungslosen Integration ins nichtmuslimische



gesellschaftliche Mainstream. Der dritte bedeutet die Anpassung des Islams an die Normen des konkreten lokalen Kontextes auf dem Weg, der für die Zusammenarbeit zwischen der Mehrheit und der Minderheit günstig ist, jedoch die Ausführung der fünf Säulen des Glaubens nicht verhindert.¹⁶

„Die muslimischen Gastarbeiter, die nach Europa gekommen sind, um es nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufzubauen, entschieden sich für den zweiten Ansatz, – meint R. Pauly. Sie rechneten mit dem zeitlich beschränkten Aufenthalt in Europa – in Frankreich, Deutschland, Großbritannien, und begnügten sich mit der unbedeutenden religiösen Präsenz. Aber nach der Zusammenführung ihrer Familien in den 1970er-1980er Jahren begann ihr schneller Übergang zu der Lebensweise, die den ersten Ansatz widerspiegelt, recht oft vollzog sich das unter der Einwirkung der Lehren der muslimischen angesehenen Geistlichen aus ihrer historischen Heimat... Jeder dieser Ansätze dämmte die Entwicklung der entstehender euroislamischen Identität“ ein. Der dritte Ansatz – so stellt R. Pauly fest – wurde unter den muslimischen Jugendlichen in ihren Beziehungen mit den meisten westeuropäischen Staaten, in denen sie den meisten Teil ihres Lebens, mitunter auch seit ihrer Geburt verbracht haben, gepflegt.¹⁷

Der oben erwähnte B. Tibi behauptet, dass der Islam kein einheitliches Phänomen mit der weltweiten Dimension ist, sondern der Reichtum der kulturellen Vielfalt darstellt. Die Muslime in Europa haben unterschiedliche ethnische, nationale, kulturelle Hintergründe und entscheiden sich für vielfältige soziale und politische Strategien, um ihre Ansichten artikulieren und eigene Ziele realisieren zu können. Früher demonstrierte der Islam das Vermögen, sich an mehrere verschiedene Kulturen anzupassen.

Wie es arabische, afrikanische, indische und südasiatische Islamformen, die die Erscheinungsformen eines religiösen Glaubens sind, gibt, stellt der Euroislam nach der Meinung B. Tibis einen Versuch dar, eine liberale Islamform zu schaffen,



die sowohl für die muslimischen Einwanderer als auch für die europäische Gesellschaft akzeptabel ist und mit den europäischen Ideen des Säkularismus und der individuellen Staatsbürgerschaft im Einklang stehen. Mit anderen Worten ist der Euroislam der Islam, der kulturell an die säkularen europäischen Gesellschaften angepasst ist, wie etwa der Islam in Afrika an die lokalen afrikanischen Kulturen angepasst ist. Folglich „soll der Euroislam mit der liberalen Demokratie, den individuellen Menschenrechten und den Anforderungen der Zivilgesellschaft vereinbar sein... Der Euroislam soll sowohl gegen die Assimilation als auch gegen die Abschottung gerichtet sein“.¹⁸

Viele europäische Muslime sind mit der Rolle der „Außenseiter“ in ihrer neuen Heimat nicht einverstanden und wehren sich zugleich gegen die Assimilierung und das großdimensionale Involvierem in die Mitte der europäischen Bürger. Zum anderen stellen die verhärteten Einwanderungsgesetze in vielen europäischen Ländern in Verbindung mit der traditionell negativen Einstellung der lokalen Gesellschaft zu den „Fremden“ der Integration der Muslime, die es offenherzig anstreben, ernsthafte Hindernisse in den Weg.

Bassam Tibi demonstrierte mit dem eigenen Beispiel, wie schwierig der Integrationsprozess sein kann: „Als Muslim, der im Westen lebt, entschied ich mich für die europäische Staatsbürgerschaft, jedoch mit dem deutlichen Verweis auf den französischen Begriff *citoyen*, aber nicht auf das deutsche ethnische *Staatsbürgerschaft*. Ich erhebe den Anspruch auf die Pflege meiner islamischen Kulturidentität und verbinde sie mit der politischen Identität *citoyenneté*. Dabei geriet ich in den Konflikt mit dem europäischen Rassismus, der ausschließlich auf der ethnischen Zugehörigkeit aufbaut und zugleich mit dem entgegengesetzten Trend des multikulturellen Kommunitarismus, der mit den Forderungen einiger islamistischen Führungskräfte in Europa verbunden sind, im



Westen eine besondere islamische Körperschaft aufzubauen. Insgesamt landen jene muslimische Einwanderer, die westliche Bürger werden wollen, in der Falle zwischen diesen Ansichten: zwischen der Ablehnung und dem Druck, sich ins kulturelle Ghetto zu begeben. Diese Polarisierung ist für muslimische Jugend, die in Europa geboren wurde und sich bemüht, hier ihre Identität zu finden, besonders gefährlich".¹⁹

Wenn die Vertreter der Einwanderergemeinschaft mit den Integrationsproblemen konfrontiert werden, werden, werden sie recht oft marginalisiert, landen an der Peripherie der Gesellschaft, kapseln sich in der nationalen Gemeinde ab und gleiten recht oft in die kriminellen Aktivitäten ab. In der Atmosphäre des Sozialneides entwickelt sich unter den Einwanderern Minderwertigkeitskomplex. Viele Muslime, die europäische Staatsbürgerschaft bekamen, sind sich bewusst, dass die Gesellschaft sie nicht als gleiche akzeptiert.

Trotz der stereotypischen Vorstellungen der meisten Europäer darüber, dass die „Muslime Terroristen sind“, ist es offenkundig, dass die meisten europäischen Muslime keine Verbindung mit dem Terrorismus, dem Extremismus, dem religiösen Radikalismus haben. Man kann jedoch nicht umhin zuzugeben, dass die Prediger der besonders radikalen Islaminterpretationen sich in Europa bis zuletzt recht wohl fühlten.

„Die meisten führenden Islamisten – und vielen von ihnen wurden Straftaten nachgewiesen – leben in Europa und missbrauchen das politische Asylrecht, – stellt B. Tibi fest. – Es gibt keine bedeutsame fundamentalistische Organisation im Mittelmeerraum, die ein Büro oder einen führenden Vertreter in London oder einer anderen europäischen Hauptstadt, etwa in einer skandinavischen, nicht hätten. Man muss offen zugeben, dass islamistische Gruppierungen die muslimische Diaspora in Europa als ihr Instrument missbrauchen, sodass sie ganz frei handeln können. Sie verhindern die Integration der muslimischen Einwanderer.“²⁰



Marginalisierung und Identitätskrise der muslimischen Jugend in Europa, die ihre Entfremdung von der lokalen Gesellschaft spürt, schafft günstige Voraussetzungen für die Rekrutierung junger Einwanderer in die extremistischen und terroristischen Organisationen. In den Massenmedien werden fundierte Befürchtungen geäußert, dass die „muslimischen Ghettos“ in europäischen Städten zu den Brutstätten des islamischen Extremismus werden. Ein Beispiel für dieses „Ghetto“ kann Molenbeek, ein Bezirk in der belgischen Hauptstadt sein, aus dem viele Teilnehmer der Terroranschläge in Paris und Brüssel 2015-2016 stammen. Junge Menschen werden in die extremistischen Gruppierungen im Regelfall während der privaten Kontakte und Treffen den Gesinnungsgleichen rekrutiert. Als Rekrutierer können Imame bzw. Vertreter der Terrormilizen handeln, die die „Jihad“-Erfahrungen in Syrien, dem Irak, Afghanistan, Jemen erworben haben.

Die Weltanschauung junger Muslime wird über die leicht zugänglichen islamistischen Web-Sites beeinflusst. Dass das Ergebnis dieser Rekrutierung nicht nur die Mitwirkung europäischer Bürger, die sich zum Islam bekennen, an verschiedenen regionalen Konflikten, sondern auch mutwilliges Vorgehen gegen die eigentlich europäischen Staaten sein kann, zeugen deutlich die Terroranschläge in Madrid, London, Paris, Brüssel, die von den islamistischen Extremisten mit den europäischen Pässen verübt wurden.

Man kann nicht umhin, sich an die sogenannte „Hamburger Zelle“ zu erinnern, die in Deutschland gebildet und zur Grundlage für spektakuläre Terroranschläge gegen die USA am 11. September 2001 wurde. Treffpunkte der Teilnehmer dieser Zelle waren „Moscheen, deren Imame von dem afghanischen Jihad, unter anderem den charismatischen Ussama bin Laden inspiriert wurden... Deutschland wurde zum beliebten Ort der Ansiedlung der muslimischen Aktivisten in den Jahren vor den Anschlägen gegen die USA. Deutsches juristisches System, in



dem sehr strenge Beweislast die Verdächtigen schützt, spielt mehreren Schattenfiguren in die Hände.“²¹

Die Radikalisierung junger europäischer Muslime wurde besonders akut vor dem Hintergrund der Konflikte in Syrien und dem Irak. In diese Staaten streben in die von den Jihadisten kontrollierte Gebiete hunderte von Männern und Frauen aus Europa, die europäische Staatsbürger sind. Nach ihrer Rückkehr aus den Konfliktzonen besitzen sie schon Verbindungen und sind mit den Kampferfahrungen „bereichert“, sie erhielten zusätzliche ideologische Indoktrinierung und können für die europäische Sicherheit potenziell gefährlich sein.²²

Obwohl in die extremistischen Aktivitäten nur ein sehr unbedeutender Teil europäischer Muslime involviert ist, werfen sie doch den Schatten auf die gesamte muslimische Gemeinschaft in Europa. Selbstverständlich werden dadurch die ohnehin schwierigen Integrationsprozesse der Einwanderer und die Suche nach den Wegen zur gegenseitigen Verständigung zwischen den europäischen Bürgern verschiedener Kulturen und Glaubensbekenntnissen erschwert. Die in europäischen Staaten verübten Terroranschläge, die von den islamistischen Extremisten organisiert wurden, veranlassen die Bürger in Europa immer öfter, sich Gedanken darüber zu machen, in wie weit die Politik ihrer nationalen Regierungen gegenüber den Einwanderern begründet und effizient ist.

Unter den Ansätzen, die in Europa für die Integration der Muslime in die lokalen Gesellschaften praktiziert werden, kann man unter dem französischen und britischen unterscheiden. Das französische politische Model, das die Integration (bis zur Assimilation) der Einwanderer praktiziert, ist der britischen Politik des Multikulturalismus grundlegend entgegengesetzt.

Frankreich hat die größte muslimische Bevölkerung in Europa sowohl im prozentuellen Anteil an der Gesamtbevölkerung als auch in absoluten Zahlen. „Muslime sind keine Ausländer mehr, – behauptet O. Roy. – Aber diese Integration wurde nicht durch die Assimilation erreicht, worauf man im Gastland oft gehofft



hat, nicht durch den Aufbau der multikulturellen Gesellschaft, wie es oft beschrieben wurde (d.h. die unmittelbare Nachbarschaft unterschiedlicher Kulturen). Sie wurde durch die Einschmelzung der ursprünglichen Identitäten in eine neue variable Auswahl der Identitätsmodelle erreicht, die jeglichen Versuch ihrer „Substanzialisierung“ meiden.“²³

Das französische Model des säkularen Staates setzt voraus, dass der „Islam die gleichen Rechte und Pflichten wie auch andere Religionen genießt. Das freie Bekenntnis dazu wird unter der Voraussetzung garantiert, dass er die öffentliche Ordnung respektiert. Er bekommt von dem Staat weder die Anerkennung, noch die Finanzierung“, – schreibt der andere Wissenschaftler G. Kepel²⁴ Islam hat seinen Platz neben dem Katholizismus, Protestantismus und dem Judentum als eine der Religionen, zu der sich französische Bürger bekennen.

Die Probleme der Integration der Muslime in die französische Gesellschaft sind von ihrer Lösung weit entfernt, darüber zeugen beispielsweise die Krawalle, die ab und zu in den Vororten mit der MigrantInnenbevölkerung aufflammen. Aber in diesem Fall geht es um äußere Erscheinungen, weil die Schwierigkeiten der Integration auf einer tieferen Ebene liegen.

„Obwohl einige französische Muslime weiterhin über den transnationalen islamischen Staat reden, leben sie im französischen politischen Raum, – schrieb beispielsweise der Islamforscher R. Bowen. – In der Tat schätzen viele Muslime in Frankreich ihr soziales Leben als das Leben, das französischen Normen unterstellt ist, die anderen aber, die es wesentlich weniger gibt, die islamischen Regeln als ausschlaggebende für eigenes Leben auffassen. Für jene, die in der Mitte stehen, jene, die islamische und französische Gesetze als gleich relevant auffassen, weil sie diese für gleich legitim halten, ist das Leben etwas erschwert.“²⁵

Ein Beispiel dafür können Ehe- und Scheidungsfragen liefern. Französische Gesetze begründen die Priorität der säkularen Ehe und ihre vollständige Trennung von den religiösen Ritualen



und fordern, dass das Ehepaar die Ehe im Rathaus registriert; die Eheschließungen, die von den religiösen Würdenträgern registriert werden, haben keine gesetzliche Kraft und sind technisch gesetzeswidrig, falls sie staatlich nicht registriert werden.

Die Politik des Multikulturalismus, die in Großbritannien realisiert wird, meint das friedliche Nebeneinanderbestehen der Vertreter aus verschiedenen Ländern, Kulturen und Glaubensbekenntnissen. Zugleich wächst in der britischen Gesellschaft die Besorgnis, dass der Nebeneffekt dieser Politik die Aushöhlung der traditionellen britischen Werte ist. Die Kritiker des Multikulturalismus behaupten, dass das Konzept der „mehreren Kulturen“; das seit den 1960er Jahren in Großbritannien existierte, keine praktische Bedeutung mehr hat sondern nur die zunehmende Entfernung der ethnischen und kulturellen Gruppen von einander fördert. Im Bericht des Königlichen Vereinten Instituts der Verteidigungsstudien, der 2008 von dem Professor der Londoner Schule für Wirtschaft H. Prince und dem ehemaligen Sprecher der Konservativen im House of Lords R. Gascoyne-Cecil Marquess of Salisbury ausgearbeitet wurde, kommt die Besorgnis zum Ausdruck, dass die Aushöhlung der nationalen Identität und das Einbüßen des Glaubens an eigene Zivilisationswerte Britannien zur leichten Beute der Terroristen machen.

Diese Besorgnis ist mit der Integration der Einwanderer in die britische Gesellschaft eng verbunden. Die Autoren des Berichts kritisieren sehr hart die von der Politik stark hervorgehobene Ideologie des Multikulturalismus, die nach ihrem Dafürhalten „die Migrantengemeinschaften desorientiert und die Positionen jener Menschen untergräbt, die versuchen, gegen den Extremismus vom innen zu kämpfen. Im Bericht wird unter anderem behauptet, dass das „Vereinte Königreich veranlasst, über sich als über eine leichte Zielscheibe zu sprechen; diese gespaltene postchristliche Gesellschaft, in der die Differenzen über die eigene



Geschichte, nationale Aufgaben, Werte und politische Identität anwachsen; die Spaltung wird dadurch erschwert, dass einige Bevölkerungsgruppen stur nicht gewillt sind, sich in die britische Gesellschaft zu integrieren.“²⁶

Die Autoren des Berichts meinen, die Gesellschaft muss deutlich verstehen, worin ihre Basiswerte bestehen, und die Einwanderer diese Werte als eigene aufnehmen müssen, das entzieht ihnen selbstverständlich nicht das Recht, eigenen Glauben zu behalten. Diese Besorgnis teilen auch viele Briten. Übrigens lauteten die Zweifel an der Effizienz der Politik des Multikulturalismus auch in der Labour-Partei. Der Grund dafür waren im wesentlichen Maße die Terroranschläge in London und die aufgedeckten terroristischen Verschwörungen, an denen britische Bürger, die sich zum Islam bekennen, mitgewirkt haben. Das hinderte jedoch nicht, 2016 zum Oberbürgermeister Londons den Labour-Politiker mit dem pakistanischen Hintergrund und Muslim Sadiq Khan zu wählen, der sich folgenderweise definiert hat: „Ich bin ein Londoner. Ich bin ein Europäer. Ich bin ein Brite. Ich bin ein Engländer. Ich bin Muslim. Ich bin ein Asiate. Ich bin ein Pakistaner“.

Führende deutsche Politiker stellten auch fest, dass die Versuche die multikulturelle Gesellschaft in der Bundesrepublik aufzubauen, scheiterten. Unter anderem erklärte Bundeskanzlerin A. Merkel im Oktober 2010, als sie auf der Konferenz der „Jungen Union“ gesprochen hat, dass das multikulturelle Model scheiterte. Fast gleichzeitig erklärte auch das Scheitern dieses Models der Ministerpräsident Bayerns H. Seehofer, der früher forderte, die Einwanderung der Bürger aus der Türkei und dem Nahen Osten nach Deutschland zu stoppen. Er sagte, dass der „Multikulturalismus tot ist“.

Es ist offenkundig, dass man über die wachsende Rolle des Einflusses muslimischer Diaspora im rein negativen Sinne nicht sprechen darf. Im Gegenteil kann man ihn als eine Chance betrachten, die Europa und Muslimen, die dort leben, gegeben wird.



Im gewissen Maße können europäische Muslime eine Brücke sein, die West und Ost, Europa und muslimische Welt an einander näher bringen. Allerdings ist es bis zu dieser Harmonie noch ein weiter Weg. Die heutige Situation bietet jedoch recht viele Möglichkeiten für die Zusammenarbeit zwischen den Menschen verschiedener Kulturen. In diesem Sinne könnte das Vorbild der Russischen Föderation als multinationales und multikonfessionelles Land, in dem der Islam die zweitgrößte und verbreitete traditionelle Religion ist, interessant sein. Auch für Russland kann die Analyse europäischer Erfahrungen, insbesondere der Migrationsprozesse der letzten Jahre nützlich sein. Egal, ob es jemanden gefällt oder nicht, müssen die in Europa lebenden Christen, Muslime, Juden, Vertreter anderer Konfessionen, Agnostiker und Atheisten, kurzum allen Menschen, die in Europa leben auch künftig neben einander leben und sich dem Problem stellen, wie die Wege für interzivilisatorischen und interkulturellen Dialog aussehen müssen. Diese Nachbarschaft erfordert von allen Verständigung, Toleranz, gegenseitige Achtung und – was besonders wichtig ist – auch die Fähigkeit für eigene Werte zu stehen.

Das Zusammenleben der Menschen, die unterschiedliche Kulturen, Religionen und Zivilisationen darstellen, ist nicht nur die Quelle für den gegenseitigen Reiz, die Ablehnung und die Phobien. Das ist auch die Möglichkeit, einander besser kennen zu lernen, den Dialog und die Zusammenarbeit aufzubauen. Das gegenseitige Abstoßen der „waschechten“ Europäer und ihrer neuen Nachbarn – Einwanderer – wird kaum den Nutzen bringen, im Gegenteil den „Sprengstoff“ für künftige Generationen sein. Natürlich soll das Entgegenkommen eine Zweibahnstraße sein. R.Pauly stellte richtig fest, dass „die Integration der islamischen Gemeinschaften in den Kontext der vollkommen vereinten Westeuropas gegenseitige Anstrengung sowohl der Muslime als auch ihrer vorwiegend christlichen Nachbarn in den EU-Mitgliedsstaaten verlangt“.²⁷



1. *Roy O.* Globalised Islam: the search for a new Ummah. London, 2004. P. 101.
2. In Europa leben gegenwärtig knapp 53 Millionen Muslime. Zentralinstitut Islam-Archiv stellt neue Europastatistik vor. 08.05.2007 // <http://islam.de/8368.php> (accessed: 23.05.2016).
3. *Nachmani A.* Europe and Its Muslim Minorities: Aspects of Conflict, Attempts at Accord. Brighton, 2010. P. 15.
4. *Roy O.* Op. cit. P. 100–101.
5. *Jenkins Ph.* Demographics, Religion, and the Future of Europe // *Orbis: A Journal of World Affairs*. Vol. 50. № 3. Summer 2006. P. 533.
6. Der Islam gehört zu Deutschland, der Islamismus nicht // <http://www.pro-medienmagazin.de/politik/detailansicht/aktuell/der-islam-gehört-zu-deutschland-der-islamismus-nicht-90922/> (accessed: 24.05.2016).
7. Der deutsche Publizist verweigert die Fähigkeit der Muslime, sich zu europäisieren zu lassen. 13.10.2010 // <http://lenta.ru/news/2010/10/13/giordano/> (accessed: 24.05.2016).
8. *Pauily R.J.* Islam in Europe: integration or marginalization? Aldershot, 2004. P. 7.
9. *Сафрацин Т.* Германия: самоликвидация. М., 2012. С. 350.
10. Von Storch: Islam nicht mit Grundgesetz vereinbar // *Frankfurter Allgemeine*. 17.04.2016.
11. What Do Europeans Think About Muslim Immigration? // <https://www.chathamhouse.org/expert/comment/what-do-europeans-think-about-muslim-immigration> (accessed: 07.02.2017).
12. Muslim Europe or Euro-Islam: politics, culture, and citizenship in the age / Ed. by Nezar AlSayyad, Manuel Castells. Plymouth, 2002. P. 19.
13. *Tibi B.* Islam between culture and politics. Houndmills, 2001. P. 208.
14. *Roy O.* Op. cit. P. 103.



15. *Nachmani A.* Op. cit. P. 13.
16. *Pauly R.J.* Op. cit. P. 146.
17. Ibidem.
18. Muslim Europe or Euro-Islam... P. 38.
19. *Tibi B.* Muslim migrants in Europe: Between Euro-Islam and Ghettoization // Muslim Europe or Euro-Islam: politics, culture, and citizenship in the age. Plymouth, 2002. P. 41.
20. *Tibi B.* Islam between culture and politics... P. 204–205.
21. *Kepel G.* The War for the Muslim Minds. Cambridge, 2004. P. 241–242.
22. Dazu ausführlicher vgl. A.E.Jaschlawski, Djihadisty na Blizhnem Wostoke: skrytaja i jawnaja ugrosa// Mirowaja ekonomika i mezhdunarodnyje otnoshenija. 2015. № 10. S. 18–29.
23. *Roy O.* Op. cit. P. 102.
24. *Kepel G.* Op. cit. P. 244.
25. *Bowen J.R.* Can Islam be French? Pluralism and pragmatism in a secularist state. Princeton & Oxford, 2010. P. 15, 157.
26. Experten: die Politik des Multikulturalismus zerstört Großbritannien. 15.02.2008 // http://news.bbc.co.uk/1/hi/russian/uk/newsid_7247000/7247841.stm (accessed: 24.05.2016).
27. *Pauly R.J.* Op. cit. P. 146.

Schlüsselworte: Europa, EU, Europäische Union, Islam, Muslime, Migration, Einwanderer, Flüchtlinge, Multikulturalismus, Integration, Extremismus, Islamismus, Fremdenfeindlichkeit.



JENSEITS VON WAHRHEIT

Obwahl D. Trump für seinen Erfolg ganz sicherlich nicht einer weitgestreuten Verbreitung von „Fake News“ danken muss, liess die Verzweiflung der europäischen Liberalen die Öffentlichkeit aufhorchen

Der Redaktionsstab des Oxford Wörterbuchs hat zum Wort des Jahres 2016 den Ausdruck «post-truth» erwählt, der sowohl als «Post-Wahrheit», als auch «Post-Richtigkeit» zu übersetzen ist. Hier geht es eigentlich um die Kapitulation der Wahrheit vor mehreren s.g. «Wahrheiten». Nach Version der englischen Sprachwissenschaftler bedeutet der Begriff eine solche Sachlage, wo die öffentliche Meinung nicht von einem objektiven Weltbild, zuverlässigen Fakten geprägt wird, sondern von den Emotionen bzw. individuellen Bevorzugungen. Und wenn man so weiter durchgrübelt, so könnten zum Event des Jahres Falschmeldungen, «Zeitungsenten», falsche Informationen, «fake news» werden. Löwe des Jahres sei nur ein Internet-Troll, der aus Sicht

**GABOR
STIER**



Kolumnist der ungarischen
Zeitung «Magyar Nemzet»



mancher Leute die USA-Präsidentenwahl, Brexit-Abstimmung, den Hybridkrieg samt russischen Kreml-Hackern gewinne.

In den letzten Jahren werden ganz gewiss die Grenzen zwischen Wahrheit, Realität und ausgedachten Events, „Pseude-Events“ verwaschen. Es wird das Bild einer Welt erzeugt, das bis in die Einzelheiten bedeutend weniger erwartungskonform und programmierbar ist, als in der Epoche des Kalten Krieges: wenn es früher um Konfrontation von zwei Polen ginge, so muss man heute die Interessen mehrerer Spieler berücksichtigen, was eigentlich zu einer Unsicherheit bringt. Es werden Situationsblöcke und Zweckbündnisse gegründet, die internationalen Verhältnisse werden in solchen Übergangsperioden turbulenter, und unter heutigen Bedingungen an Gewicht zunehmende Diplomatie beginnt ihre Beherrschbarkeit zu verlieren. Die dunklen Seiten der Globalisierung werden immer sichtbarer, als Gegengewicht dazu werden immer lauter die Stimmen nationaler Staaten, die Prozesse der Regionalisierung und Lokalisierung werden gepetscht. Die herkömmlichen politischen Parteien können den Herausforderungen im 21.Jh. nicht richtig gegenüberstehen. In den Zeiten technologischer Revolution, Digitalisierung und Robotisierung bestehen bestimmte Unsicherheiten, die immer kräftiger werden. Angst in der Situation, als gewisse Stützpunkte verloren gehen und die Verhältnisse immer chaotischer werden, verursacht Zunahme von Populismus. Sowohl Menschen, als auch Staaten weltweit haben immer weniger voreinander. In der «Übergangszeit» werden nicht nur die Grundlagen der Privatsphäre, sondern die bis heute bestandenen Verhaltensregeln im Alltag, neugeschrieben, die globalen Gesetzmässigkeiten geraten in Vergessenheit.

In dieser Welt „Jenseits von Wahrheit“ kommen immer neue Manipulationsmöglichkeiten in Sicht. Unterdessen verlieren selbst die europäischen Politiker die Kontrolle über den Lauf der Dinge. Allgemeines Kunterbunt, falsche Universum-Pointen werden von allen verspürt, aber mangels Alternativen wird diese Abnormalität immer mehr als Norm erkannt. In der Welt, wo es immer weniger Stützen gibt, muss sich die Persönlichkeit oftmals verkriechen und



mit der Aussenwelt bloss mittels Internet kommunizieren. World Wide Web versucht es in aller Stille und fast alternativlos, mittels Algorithmen von Facebook, Twitter, Google, den Menschen in seine Bude, in eine Informationsblase hineinzujagen. Während Radio und Television Switch ermöglichen, so Twitter und Facebook dagegen nicht. Demgemäss war für manche Leute in den USA eine Überraschung, dass neben ihrer kleinen liberalen Blase eine ganz andere Welt besteht, die D. Trump ihre Stimmen abgibt. Noch ein Beispiel dazu: ein Teil der deutschen Gesellschaft kann überhaupt nicht begreifen, dass viele Umstehende dieselbe Meinung von einer Migrationskrise haben, wie der heutige ungarische Premier V. Orbán. Ebenso die Demonstrierenden vom Moskauer Bolotnaya-Platz können nicht recht begreifen, warum den meisten Russen die Glückstränen in die Augen treten, wenn sie von der Rückkehr der Krim hören, und Putin dabei tolle Popularität erlangt.

Die Medien waren auch sonst nicht besonders prinzipienfest, die Nachrichten waren jedoch dabei viel besser gefiltert. Journalisten, Redakteure waren früher als „Wärter“ viel mehr verantwortungsbewusst, als ihre heutigen Nachfolger, die allem Anschein nach, nicht umsonst immer häufiger nicht als Journalisten, sondern als Medienmitarbeiter bezeichnet werden. Interessanterweise schaffen das die Politiker, die eine seriöse Verantwortung für entstandene Situation tragen, wenn sich die politische Kommunikationsmaschine absolut alles untertan macht. Darauf könnte ebenfalls die „Verwässerung“ des Berufes und selbstverständlich eine Expansion von Internet und sozialen Medien als eine Art reale Informationsexplosion zurückgeführt werden. Obwohl die Falschmeldungen seit Beginn der Sendungen bestehen, liegt hier der Unterschied in der Produktions- und Verbreitungsgeschwindigkeit solcher Nachrichten. Wenn man im Rennen nicht zurückliegen will, so muss man sehr schnell sein, die Benutzer tauschen die unzuverlässigen Informationen miteinander, ohne diese im voraus durchgelesen zu haben. Die Informiertheit der Menschen geht zurück, die sozialen Medien stellen hier doch die einzigste Informationsquelle dar. Viele Leute sind durchaus nicht imstande, den Unterschied zwischen Wahrheit und Lügen zu



spüren. So, gehen die meisten Schüler lt. letztmaliger Studie der Stanford University, an den Speck „fake news“¹.

Kaum könnte das Thema „fake news“ in den Vordergrund geschoben werden, wenn nicht D. Trump's Sieg die europäischen Liberalen «auf die Schultern gelegt hat». Und dazu noch ein Informationskrieg, der nicht nur auf globaler politischer Ebene geführt wird, sondern auch in unseren Alltag durchsickert. Die Zuspitzung der Konfrontation zwischen Russland und Europa führt dazu, dass diese Erscheinung den Höhepunkt erreicht hat. Derzeit sind wir auf der Etappe, wo W.W. Putin, der den unsichtbaren Krieg gewonnen und den Feind von innen erschreckt hat, sämtliche Probleme der europäischen liberalen Eliten zur Last gelegt werden. Kreml hat, so wird behauptet, die Wahlen für Trump gewonnen, während er die Daten stiehlt und die von Hackern gewonnenen Informationen selektiv veröffentlicht, falsche Nachrichten erzeugt und verbreitet, Troll-Armee bildet, die europäische öffentliche Meinung durcheinanderbringt, um weiter leicht und einfach mit der Europäischen Union fertig zu werden. Das Europäische Parlament hat einen Aktivitätenplan zur Neutralisierung der „russischen Propaganda“ genehmigt, während er Moskau und Islamischen Staat gleichgestellt hat. Der Rundfunkveranstalter «Freies Europa» („Radio Free Europe“) mit dem Sitz in Prag, finanziert vom Kongress der Vereinigten Staaten, bot einen neuen 24-Stunden Kabel-, Satellit- und Digital-Nachrichtenkanal in der russischen Sprache. O ja! Hier geht es bestimmt nicht um Propaganda, sondern nur um Verbreitung „zuverlässiger Nachrichten“ als Gegensatz der Desinformation. Deutsche Regierung sagte ebenfalls den Kampf gegen «russischen Informationseinfluss» an, während sie aus dieser Hinsicht „eine spezielle Prager Gruppe“ gegründet hatte. Bei einer Niederlage von A. Merkel würden die proeuropäischen Medien bestimmt „Moskaus Hand“ dessen beschuldigen, als das beim Wahlsieg von M. Le Pen bestimmt gewesen wäre. Im Wahlkampf in Frankreich versuchte E. Macron die «russische Karte» auszuspielen (also, «Hilf dir selbst, so hilft dir Gott»), während der Zugang zu seinen Wahlveranstaltungen für Mediengesellschaften «RT» и «Sputnik» gesperrt war. Nach den Wahlen in Deutschland wurde



von den Mainstream-Medien nur ein Thema richtig diskutiert: warum habe Putin nicht eine Troll-Armee und Hacker-Kollektive eingesetzt. Diese Bemühungen können nur Lächeln abgewinnen. Bald wird uns nicht wundern, wenn Kreml eines hartnäckigen Winters bzw. Niederlage von Lieblingsfußballmannschaft beschuldigt wird.

Zugleich wird die Tatsache vertuscht, dass seinem Wesen nach «RT» eine Kopie von «Voice of America» bzw. «Deutsche Welle» sei und abweichend von vielen Portalen mit tatsächlichen Falschmeldungen, einfach die Realität, aber aus russischer Sicht, abspiegelt. Die Nachricht darüber, dass im vorigen Jahr ein britischer Hacker festgenommen wurde, der für einen Hackerangriff auf die Deutsche Telekom verantwortlich sein soll, wird absichtlich nicht verbreitet, weil diese tatsächlich ein stichhaltiger Beweis dafür darstellt, dass hinter diesen Cyber-Attacken nicht Moskau steht. In der angelsächsischen Presse, die die vorgeblich auf Gliederung Europas gerichtete Politik des Kreml «wäscht» und dabei bestrebt sei, objektiv und glaubwürdig zu sein, werden die Worte des US-Botschafters bei der EU darüber, dass Washington nicht viel Interesse an der heutigen Form der europäischen Integration hat und eher auf Aufbau bilateraler Beziehungen gegenüber europäischen Ländern gezielt ist, gar nicht so oft zitiert, wie man sich nur denken kann.

Merkwürdig scheint auch zu sein, dass Berlin und Paris beliebige Informationen gross aufmachen, die ein Medienlabel und Anbieter von Nachrichten «Sputnik News» bereitstellt, während die französischen und deutschen Nachrichtenportale des amerikanischen Unternehmens «Breitbart» überhaupt keine Umstände mit Beweisvorbringen machen. Diese Reihe liesse sich unendlich fortsetzen, wenn man, zum Beispiel, an « Spiegel»-Kritik in bezug auf deutschen Aussenminister G. Sigmar wegen seines Interviews für «RT» zurückdenkt.²

Lassen wir auch über die Söldner-Trolle, Soldaten im (Des)informations-Cyber-War nicht vergessen. Es geht um weitverbreitete Erscheinung, während in den Fokus der europäischen Presse nur „Putin’s Troll-Armee“ immer gerät.



Wahrscheinlich ist das einfach etwas Neues für sie und über eigene Trolle haben sie schon vergessen? Oder darf darüber überhaupt nicht geschrieben werden? Aus Sicht von «Gutunterrichteten» wurden schon Anfang 2000 durch die russischen Sicherheitsdienste die Gruppen solcher Kommentatoren gebildet. Nachher könnte man in den Medien auch einschlägige Beweise treffen. Also, wurden von einer Hackergruppe 2013 die Informationen darüber veröffentlicht, dass Petersburger Agentur für Internetforschung mit mehr als 600 Arbeitnehmern arbeitet und zu deren Hauptaufgaben zählt es, Kommentare zu schreiben. Darunter sind auch Blogger, die sechs Accounts in Facebook zu pflegen haben, wo täglich im Durchschnitt je drei Posts veröffentlicht werden. Vor kurzem wurden die Informationen über das Funktionieren einer sogenannten Trollfabrik an die Presse durchgesickert. Als ob bei von Trollen errichteten Profilen und Communities in sozialen Netzwerken 6 Mio. Followers sei. Mittels Werbung und Reblogs wurden von den Trollbeiträgen –zum Beispiel, im September 2016 rund 20-30 Mio. Menschen erfasst. „Haufenweise werden die Materialien über russische Hacker veröffentlicht, „die zum Trump’s Wahlsieg verholfen haben«. Bestimmt gibt es so was, ebenso jedoch wie in sonstigen Ländern. Interessant ist hier, dass während die Russen jetzt angeprangert werden, hat der Rumäne Marcel Lazăr, alias „Guccifer“, Emails der bekannten US-Politiker geknackt und ihren Briefwechsel veröffentlicht, weswegen er zu 52 Monaten Gefängnis durch ein Gericht in Virginia verurteilt wurde.³

Die Armee bezahlter Internetkommentatoren in China hat schon zwei Millionen erreicht, sie haben schon einen eigenen Namen bekommen – „50 Cent Party“ oder auch „50 Cent Army“. Dieser Name ist damit verbunden, dass die Teilnehmer der Internetforen 50 Cent je Beitrag bzw. Kommentar erhalten sollen. Im April d.J. wurde von den Forschern der Harvard Universität eine interessante Entdeckung gemacht.⁴ Sie haben 43 800 Kommentare einer Regimepartei unter die Lupe genommen und dabei zum Schluss gekommen, dass 99,3% davon von den Angestellten der Regierungsinstitutionen geschrieben sind. Ihre Aktivitäten starten in aus politischer Sicht kritischen Perioden, wie, zum Beispiel,



Sitzungen der kommunistischen Partei, bei Unruhen oder sogar an Festtagen. Laut Studienangaben erscheinen im chinesischen Internet-Segment jährlich 488 Mio. Propaganda-Mitteilungen. Etwas leiser klingen in Europa die Tastaturschläge der ukrainischen Trolle, die in erster Linie auf russisch-ukrainischen Konflikt orientiert sind. Zuerst wurde mit Hilfe von irreführenden Portalen gekämpft, und 2015 wurde vom Ministerium für Informationspolitik der Ukraine eigene Troll-Armee für «Verbreitung der Wahrheit» zusammengestellt. Unterdessen haben die «Maidan»-Hacker die grossen Städte Russlands mit Informationen über evtl. Anwendung von Sprengmitteln in Furch versetzt. Das hat warum auch immer bei europäischen Mainstream-Medien nicht viel böses Blut gemacht. In Israel werden die Trolle auch aktiv für die Verbreitung von positiven Meldungen, sowie „richtige“ Interpretation der regierungsfreundlichen Politik und palästinische Regelung eingesetzt. «Wir müssen gemeinsam an einem Strang ziehen, um richtig auseinanderzusetzen können, dass wir über ein gesetzliches Recht verfügen, uns auf diesem Territorium Israels zu befinden», – so hat Dov Lipman, ein Politiker in Israel, die Notwendigkeit der Errichtung solcher Gruppierung vor vier Jahren vor «The Jerusalem Post» motiviert.⁵ Schreckt davor auch nicht zurück türkischer Staatspräsident R.T. Erdoğan. Seine «Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung» hat in Bezug auf Unruhen der Opposition 2013 eine 6 000-köpfige Gruppe geschaffen, die in sozialen Netzwerken beschäftigt ist und als staatliches Twitterteam bekannt ist. So war auch H. Clinton während ihres Wahlkampfes ganz müde, weil so viel Schlechtes geschrieben wurde und hat im Gegenzug 1 Mio. US-Dollar für einschlägige Informationsarbeit gewährt. Diese Meldung wurde jedoch nicht offengelegt. Es geht sicher nicht nur um spleenige Minderjährige, im diesem Bereich sind Journalisten, Blogger, PR-Manager und Designer beschäftigt.

Wenn man der Sache auf den Grund geht, so zeigt die «wohltuende Arbeit» der Trolle, die mit Politik verbunden ist, oder die «nichts weiters als» die alltägliche Kommunikation verdirbt, schön anschaulich, dass alle, die früher Internet als etwas rein Demokratisches betrachtet haben, aktuell verdrossen sein



sollten. Schnell sind auf dem Plan Betroffene erschienen, und der intelligente Dialog war gescheitert, indem von den Politikern die Manipulationsmöglichkeiten sofort erkannt wurden.

All diese Beispiele lassen durchblicken, es gäbe gute und schlechte Trolle, Propaganda und Wahrheit. Alles hängt davon ab, unter welchem Betrachtungswinkel das Problem behandelt wird. Trotzanfälle, gezielt auf „russische Propaganda“, könnten sich nur deshalb erweisen, weil sich die amerikanischen liberalen Eliten in die Gegebenheiten nicht schicken wollten, dass Moskau wieder festen Boden unter die Füße bekomme. Kreml hat, zwar mit grosser Verzögerung, – die Bedeutung der s.g. „weichen Kraft“ begriffen, derer Wert nicht nur mit Puschkin, Dostojewski, Tschaikowski, „Schnur“, Isinbayeva und Popularisierung der russischen Sprache abgegriffen wird. Die Russen haben auch, wie viele andere, eigene Trolle und Hacker. Was tatsächlich zur brennenden Wunde der Kreml-Gegner geworden ist, sind eigentlich die russischen als CNN weltweit angekündigten Channels, die alternative Interpretierungen darbieten und grosse Popularität erlangen, während sie den USA das Informationsmonopol abgewinnen könnten. Da kam ebenfalls China ins Spiel; neue, von Mainstream-Medien abweichende Information-Channels werden im Nahen Osten errichtet; wenn auch langsam, aber kann, wahrscheinlich, auch die Europäische Union ihr Bescheid sagen. Inzwischen hat nur Mitteleuropa seine Rhetorik gewechselt, während es von seinen euro-atlantischen, liberalen, pro-westlichen Positionen abgewichen hat, wobei diese neue, manchmal jedoch überschnappende, ab und zu die Gesetze des Professionalismus verletzende Stimme, weil diese zu einer Alternative gehört, ganz aus dem Rahmen fällt. Das Gesamtbild ist dasselbe, als in der Geopolitik. Russland ist tatsächlich ins Glied der Supermächte zurückgetreten und hat das Monopol des Westens durchgebrochen, während es sich in mehreren Hinsichten an Instrumente der Gegner anlehnt. Russland will, als jede Supermacht, zum Schlüsselakteur des internationalen Geschehens werden. Damit werden jedoch die Interessen sonstiger Mächte beeinträchtigt, die vom Westen verschwiegen werden, während er auf Kernwerte Bezug nimmt, die er selbst nicht würdigt. «Das ist die Frage der



Zielauswahl. Ich möchte hier nicht behaupten, dass die USA und Europa alles gut tun, aber ich kann nicht so pragmatisch sein, um von Russland alles anzunehmen. In der Aussenpolitik geht es gewiss um Interessen der Parteien, aber das soll als Boxkampf wahrgenommen werden. Die Schläge werden innerhalb der Ringseile geführt, manchmal sind diese sehr schmerzhaft, der Ring ist aber auf Kernwerte begrenzt. Grundproblem besteht darin, ob die Ringgrenzen zu ändern seien?» – so hat die für Europa typische Gesinnung der ungarische Experte im Bereich Sicherheitspolitik dargelegt.⁶ Dazu gibt es zwischen den Supermächten eine Art von Ratings, wo Russland den dritten Platz nach den USA und China einnehme. Manche sind der Meinung, dass die Moskauer Stellung unterhalb seiner Aktivitäten sei. Ihnen gefällt nicht, dass Russland, dessen Bruttoinlandsprodukt aktuell dem spanischen gleich ist, stetig steigende Resultate aufweist. Kreml-Gegenspieler nehmen ebenfalls daran Anstoss, dass traditionell reflektierende russische Aussenpolitik in den letzten zwei Jahren deutlich kreativer war, als die Aussenpolitik sonstiger grossen Spieler auf der politischen Bühne. Der geopolitische Erfolg – die Ukraine, Krim, Syrien etc. – binden dem Westen die Hände bei der Wahrnehmung seiner Interessen, und abweichende Sichtweise bereitet Schwierigkeiten bei Gewohnheitskomfort, weswegen diese ganz unentschulbar sei. Darauf muss der Westen alles wertlos machen, was von Moskau ausgeht, während der die ganze Kommunikation durchweg als Propaganda brandmarkt. Alle haben die Desinformation ständig im Munde, wenn Moskau die Events nur noch aus anderer Sicht beleuchtet. Weil wir in einer Welt leben, wo die Interpretierung erstrangige Bedeutung hat, so ist das aus Sicht Westens unentschulbar.

Das Problem besteht darin, dass solche Herangehensweise die Aufmerksamkeit von ursächlichen Hintergründen ablenkt. Die Politiker von H. Clinton und D. Trump bis A. Merkel zählen den Falschmeldungen alle für sie unbequemen Informationen zu, aber die meisten von diesen Meldungen haben neben professionellen Gründen grosse Gelder hinter sich. Die Menschentraube ist den «schmutzigsten» Dingen äusserst zugänglich, während dadurch



die Werbeeinnahmen erhöht werden. In der Hoffnung auf solchen Gewinn wurde die Branche auf Verbreitung falscher Nachrichten umgestellt. Auf der Jagd danach muss der grösste Teil von Mainstream-Portalen ihr Business bedarfsorientiert führen, während sie die Berufsethik oftmals zur Seite schieben und die Themen bevorzugen, die mehr Followers gewinnen. Die merkantilen Fragen treten bei oftmals falschen Aufmachern auf, während sie immer weiter die Reizschwelle des Followers beiseiteschieben und die Qualität der Materialien immer minderwertiger machen. Neben Änderung von gewohntem Informationsverbrauch wurde dieser Prozess genug deutlich am Beispiel des US-Wahlkampfes veranschaulicht – die Mainstream-Medien kämpfen mit Vertrauenskrise, was im verdrehten Medien-Raum die Followers ebenfalls zu Portal-Seiten mit „fake news“ führt. Man soll einfach keine grossen Augen machen, dass in solcher Sauwirtschaft auch die Politik ihre Chancen realisieren kann.

Letztlich kann man daraus schlussfolgern, dass die Presse weltweit den riesigen Herausforderungen gewachsen sein muss. Als es sich in einer Konferenz zu den Medienfragen in Budapest hören liess, wird die Rolle traditioneller Verlagshäuser immer mehr von den Medienmogulen «Google» und «Facebook» übernommen, während diese direkte Kontakte gegenüber Followers und zwischen den Followers pflegen.⁷ Das schafft neue Konkurrenzmöglichkeiten in bezug auf herkömmliche Presse. In Ungarn werden Umfrage von YouGov zufolge von 68% der Befragten als Nachrichtenquellen soziale Netzwerke benutzt, von 74% – TV, von 24% – Rundfunk, von 20% – Druckschriften.⁸ Entstehung sozialer Netzwerke als grundsätzliche Informationsquelle stellt nämlich ein Problem dar, weil diese Seiten die Urquellen von „fake news“ und Plattformen für deren Verbreitung. Die Gefahr, dass die Beschäftigten in verschiedenen Berufen durch Automaten ersetzt werden, traf auch die Journalistik, die Redakteure werden immer häufiger durch Algorithmen ersetzt. Mitunter ist das damit verbunden, dass die Nachrichten «Clickbait» bei Online-Benutzern wegen der Gewinnorientierung sehr populär sind. Dieser Trend trägt weitgehend zur Verbreitung von Pseudo-Nachrichten bzw.



halb wahrhaften Informationen bei. Die geänderte Online-Informationsplattform hat einen neuen Begriff „Echokammer“ («echo chamber») eingeführt, was eigentlich das grösste Paradox der sozialen Medien darstellt: die Community wird dermassen errichtet, dass sie isoliert und entfremdet. Eine strittige Frage: was eigentlich Social Media-Plattformen aus Sicht der rechtlichen Verantwortlichkeit darstellen. Sind es Mediengesellschaften oder IT-Unternehmen? Die Relevanz der Frage besteht darin, dass die gigantischen Plattformen, die zu vorrangigen Informationsquellen in immer mehr Ländern werden, können unsteuerbar bleiben, das heisst, unerlaubte Handlung ziehe nur eine minimale Haftung nach sich. Diese noch nicht gelöste Frage macht die Situation für traditionelle Medien ungünstig.

Wie eine Studie, vorbereitet für o.g. Konferenz, ergab, führt eine Unmenge von öffentlich zugänglichen Materialien, sowie neue Methoden von Nachrichtenverbreitung zur Vertrauenskrise in bezug auf Journalistik.⁹ Unter anderem gibt es noch sonstige, die Online-Journalistik beeinträchtigende Faktoren. Die Tatsache, dass jedermann ein Journalist werden kann, schwächt bedeutend die Presse ab, sowie ihr Renommee als zuverlässige und erstrangige Informationsquelle. Die Journalistik und ihre «Kontrollrolle» ist schon nicht mehr sozial anerkannt und legitim, als das noch vor der Entstehung der Online-Informationswelt der Fall war. Die Positionen der Presse werden noch durch merkbaren Einfluss der Wirtschaftskrise 2008-2009 kompliziert, die in den meisten Länder den Medienmarkt ökonomisch abgeschwächt, zur Liquidierung einer Unmenge von Unternehmen und Arbeitslosigkeit im Bereich Journalistik geführt hat. In jenen Redaktionen, wo man fürs Fortbestehen kämpft, tritt die qualitative Journalistik zurück, weil motivierte, objektive und ausgewogene Darbietung von Informationen stabilen Follower-Kreis nicht gewährleistet, deswegen ist diese aus Sicht von Eigentümern nicht wichtig. Obwohl die Verbreitung von Falschmeldungen nicht neu ist unter der Sonne ist, nie wurde dieser solche Aufmerksamkeit geschenkt, als vor und nach US-Wahlkämpfen 2016. Dem Bericht Reuters von 2017 zufolge hängt das Medien-Vertrauen in bedeutendstem Masse



von Verbreitung und Auswirkung von „fake news“ ab. Unterdessen wird aus Sicht von dessen Autoren die Vertrauensabnahme gegenüber Medien durch tiefe politische Polarisierung und politische Voreingenommenheit der Mainstream-Medienspieler, sondern nicht durch Überfluss an „fake news“ verursacht.

Es gibt nichts Neues unter der Sonne. Wir haben erst jetzt wegen politischer Spiele unsere Augen auf das Geschehen mit Erstaunen aufgemacht. Allerdings hat der französische Philosoph G. Debord noch Mitte der 60-er Jahre des XX.Jh. in seinem Buch «Die Gesellschaft des Spektakels» ganz genau die öffentlich-kommunikativen Verhältnisse in der Zukunft beschrieben.¹⁰ G. Debord hat das so definiert, «wenn man die Welt von den Füßen auf den Kopf stellt, so wird da die Wahrheit zur Lüge. Die Gestalten, isoliert von diversen Lebensaspekten, fließen jetzt in einen einheitlichen sprudelnden Strom zusammen, wo die vorige Lebenseinheit schon nicht herzustellen ist. Die Realität, die abschnittsweise behandelt ist, erscheint vor uns schon als selbstschöpferische Gänze in Form von eigenständiger Pseudo-Welt, die man nur betrachten darf. Alle Gestalten der Umwelt haben sich im eigenständigen Image-Universum gesammelt, das mit prahlerischer Lüge bis ins Mark imprägniert ist. Der Spektakel stellt grundsätzlich als konkrete Lebensverneinung ein selbständiger Marsch lebloser Natur dar. Der Spektakel ist eine fortlaufende Überlegung, Ode an die bestehende Ordnung und an sich selbst, ein prahlerischer Monolog. Das ist Selbstbildnis der Macht im totalitären Zeitalter mit Steuerung von Existenzbedingungen. Aber der Spektakel ist kein notwendiges Produkt technischer Entwicklung, die gewiss als naturgemäße Entwicklung betrachtet wird. Demgegenüber stellt die Gesellschaft des Spektakels eine Form dar, die selbst ihren technischen Inhalt wählt ». Dieser «Spektakel» mit unserer Beteiligung dauert seit Ende der 1980-er Jahre, und hat zur Zeit seinen Gipfelpunkt erreicht. In dieser Welt jenseits von Wahrheit ist viel wichtiger das, was die Presse sagt, als die Wahrheit selbst, die Grenze zwischen Wahrheit und Lüge ist verschwommen.



1. Fiona Macdonald: Bad News: 80% of Students Can't Tell The Difference Between Real And Fake News 2016. dec. 7. <http://www.sciencealert.com/bad-news-study-finds-80-of-students-can-t-tell-the-difference-between-real-and-fake-news>
2. Der Spiegel befragt Sigmar Gabriel über sein „umstrittenes“ Interview beim russischen Propagandainstrument Deutsch RT <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/sigmar-gabriel-gibt-angela-merkel-mitschuld-am-aufkommen-der-afd-a-1167451.html>
3. Letöltendő a kapott Amerikában a hírhedt román hacker <https://kronika.ro/kulfold/letoltendot-kapott-amerikaban-a-hirhedt-roman-hacker/print>
4. How the Chinese Government Fabricates Social Media Posts for Strategic Distraction, not Engaged Argument Gary King† Jennifer Pan Margaret E. Roberts April 9, 2017 <http://gking.harvard.edu/files/gking/files/50c.pdf>
5. Invasion of the troll armies: 'Social media where the war goes on...' [https://www.theguardian.com › Media › Social media](https://www.theguardian.com/Media/Social%20media)
6. „Egyik hatalom sem akar világháborút” Interjú Tóth Péterrel <https://mno.hu/hetvegimagazin/talas-peter-egyik-nagyhatalom-sem-akar-vilaghaborut-1383390>
7. A média és a politika új viszonya Magyarországon Friedrich Ebert Stiftung, Political Capital 2017. okt. 4.
8. „Reuters Institute Digital News Report 2017”
9. Szicherle Patrik, Wessenauer Veszna: A média és a politika új viszonya Magyarországon http://www.politicalcapital.hu/pc-admin/source/documents/FES_PC_A_media_es_a_politika_uj_kapcsolata%20_171004.pdf
10. Guy Debord: La société du spectacle Buchet-Castel 1967.

Schlüsselworte: Informationssicherheit, parallele Informationsrealität, Post-Wahrheit, Internet.

CHEFREDAKTEUR
ARMEN OGANESJAN

**HERAUSGEBER UND
VERFASSER DER AUSGABE**
Jewgenija Pjadyschewa

Kandidatin der
Geschichtswissenschaften

Berater:

Jewgenij Osipow, Kandidat der
Geschichtswissenschaften

Alexander Orlow, Kandidat der
Geschichtswissenschaften

Pogos Akopow, Außerordentlicher und
Bevollmächtigter Botschafter

Wladimir Petrowskij, Doktor der
Rechts- und Staatswissenschaften
Dr. rer. pol. habil.

Viktor Vassiliev, Doktor der
Geschichtswissenschaften

Lew Klepazkij, Kandidat der
Geschichtswissenschaften

Iwan Popow, Kandidat der
Geschichtswissenschaften

**Künstlerische Gestaltung,
Skizze, Umbruch**
Irina Znatnowa

Deutsche Ausgabe

Übersetzung aus dem
Russischen

© Offene Aktiengesellschaft
„Verlagsgruppe Progress“

Generaldirektor:

Sarkis Oganjan

Redaktionsleiterin:

Margarita Tarwerdowa

Übersetzer:

**Jelena Mokruschina,
Tatiana Rjazanova,
Julia Buschewa**

Redakteure:

Margarita Tarwerdowa,

Daria Dovgal

Computer-Operateur:

Alexej Uwarow

Wissenschaftlich-politische Monatszeitschrift «Internationales Leben».

Das in der Zeitschrift «Internationales Leben» veröffentlichte Material spiegelt nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wider.

Der Gründer ist das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Russlands und die Föderale Staatliche Haushaltsplangebundene Einrichtung die Redaktion der Zeitschrift «Internationales Leben».

Anschrift: 105064, Moskau, Gorochowskij Pereulok(Gasse), 14.

Tel.: 8 (499) 265-37-81; Fax: 8 (499) 265-37-71;

E-Mail: journal@interaffairs.ru

Herausgeber die Föderale staatliche haushaltsplangebundene Einrichtung die Redaktion der Zeitschrift «Internationales Leben».

Anschrift: 105064, Moskau, Gorochowskij Pereulok(Gasse), 14.

Tel.: 8 (499) 265-37-81; Fax: 8 (499) 265-37-71;

E-Mail: journal@interaffairs.ru

Gedruckt in der Druckerei der OOO(GmbH) «Polygraphisches Kombinat Krasnogorsk »

Russische Föderation, Moskau, 107140, 1. Krasnosselskij Pereulok(Gasse), H. 3, Büro 17

tender@krpol.com, http://krpol.com Tel. 8 (495) 374-98-90

Auflage 500. Freipreis.

Veröffentlichungsdatum 30.12.2017.

© Redaktion der Zeitschrift «Internationales Leben». 2017.

LEADER DES NACHRICHTENSEGMENTS IN RUSSLAND

N1

nach zitieren in Russland,
nah-und fernostenländern*



*Nach Daten "Factiva.com"
Medialogie, Integrum, 2016



24 STUNDEN
am Tage



7 TAGE
pro Woche

>90  **90 STÄDTE**
Kornetz



2000
Nachrichten am Tage



Globalerfassung von
Nachrichten in Moskau,
Kairo, Peking, Monevideo,
und Washington



HAUPTBAND

RIA Nachrichten. Alle Nachrichten
RIA Nachrichten. Hauptnachrichten
RIA Nachrichten. Blitznachrichten



MULTIMEDIEN-UND SERVICEBAND

RIA Nachrichten. Anoncenbasis
RIA Nachrichten. Anoncen
RIA Nachrichten. Photoanoncen
RIA Nachrichten. Tagesdynamik



REGIONALBAND

RIA Nachrichten. GUS, Baltika

NEW

RIA Nachrichten.
Regionen der RF

CONTENTZUSTELLUNG



Web-
Terminal



E-mail

FTP:// FTP-Server



THEMATISCHES BAND

RIA Nachrichten.
Weltereignisse

RIA Nachrichten. **NEW**
Wirtschaft: alle Nachrichten

RIA Nachrichten. **NEW**
Wirtschaft: Hauptnachrichten

RIA Nachrichten.
Verteidigung und Sicherheit

RIA Nachrichten. Immobilien,
Nachrichten der Immobilien

R-Sport. Nachrichten des Sports **NEW**

RIA Nachrichten.TEK

RIA Nachrichten. Umschau
der russischen Massenmedien

RIA Nachrichten. Umschau der **NEW**
ausländischen Massenmedien

RIA Nachrichten. Umschau **NEW**
"Tagesgeschehen"

RIA Nachrichten. **NEW**
Chronik der Ereignisse



BAND AUF FREMSPRACHEN

Sputnik News-
Service/englisch

Sputnik News-Service:Russlana/
englisch

Sputnik News-Service:
Russland/Ukraina&Baltika/
englisch

Sputnik Trending Today/
englisch

Sputnik Novosti/ spanisch **NEW**

Sputnik Trending Today/
spanisch

Sputnik Chinese **NEW**
News Service/ chinesisich

Sputnik Trending Today/
chinesisich

Sputnik Arabic News Service/
arabisch

Sputnik Trending Today/
arabisch

NOCH MEHR NACHRICHTEN! ABONNIEREN!



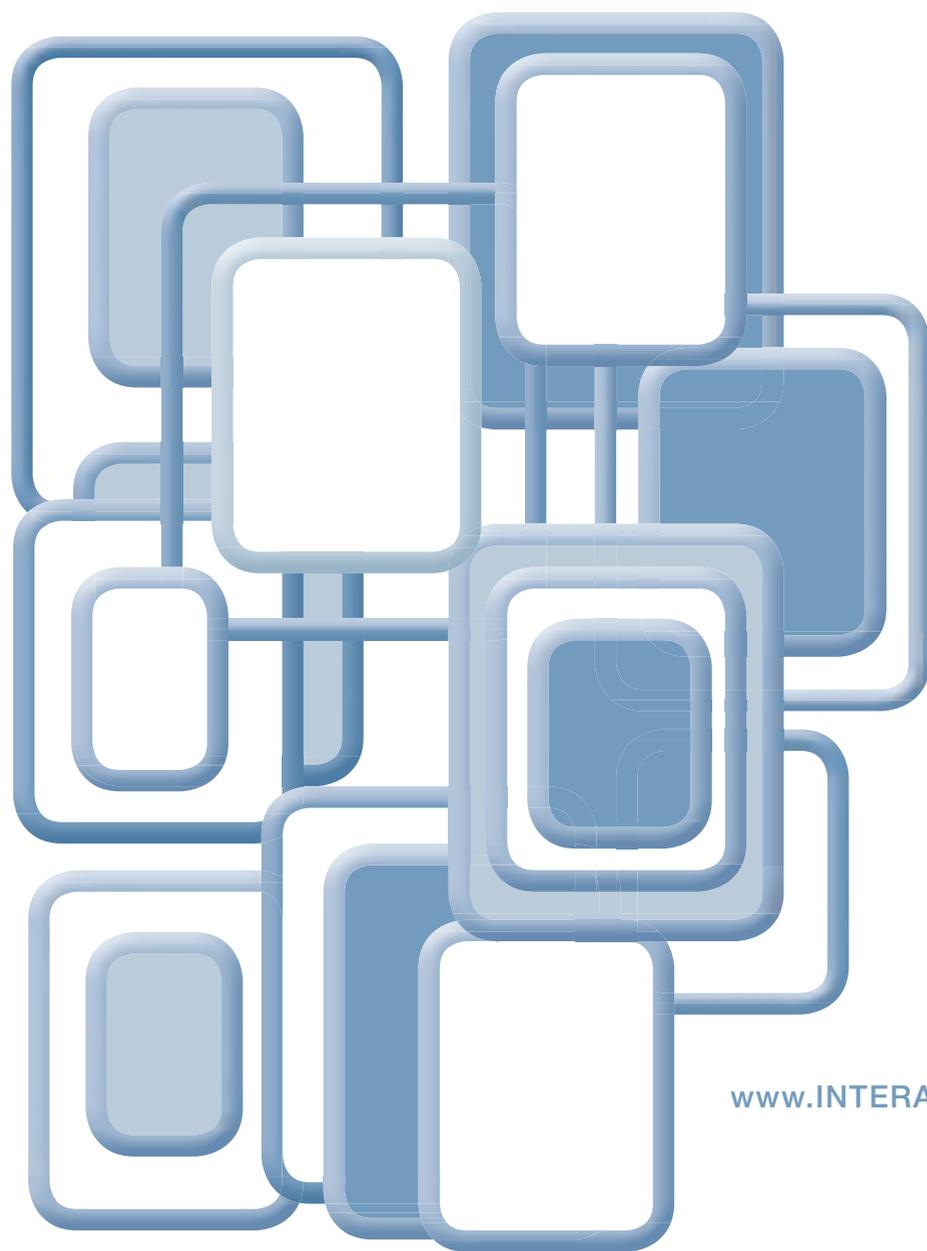
Tel:
+7(495) 645-6502



FAX:
+7(495) 637-2746



E-mail:
sales@ria.ru



www.INTERAFFAIRS.ru